

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mt., bei Selbstabholung 5.50 Mt. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mt., für einen Monat 6.— Mt. — Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4508. — Postfachkonto Nr. 53477

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13993. — **Verlag in Leipzig,**
Tauscher Straße 10/21 — Telephon 4598

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mt., bei Platzvorschrift 2.30 Mt.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mt. Reklame-Kolonelle 7.50 Mt. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die künftige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggelächte und alle Postanstalten entgegen.

Zur Regierungsumbildung, Die Antwort des Zentralkomitees der USPD.

Vom Vorstand der USPD. Ist beim Zentralkomitee unserer Partei am 8. Oktober folgendes Schreiben eingelaufen:

„Berlin, den 6. Oktober 1921.“

In den Vorstand der
Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands,
Berlin.

Werte Genossen!

Der Briefwechsel, den wir in den letzten Tagen wegen der Umbildung der Regierung mit der demokratischen und der Zentrums-partei geführt haben, ist Ihnen aus der Veröffentlichung in der Presse (siehe Freiheit Nr. 407 vom 6. Oktober 1921) bekannt. Sie haben aus ihm die Stellungnahme dieser beiden Parteien erfahren.

Der Vorstand der USPD. hat sich in seiner heutigen Sitzung mit dem Ergebnis dieses Briefwechsels befaßt und muß es seinerseits ablehnen, Ihre Partei, insbesondere wegen Ihrer Haltung zu den politischen Problemen der Vergangenheit, wie das in dem Schreiben des Herrn Koch gewünscht wird, zu examinieren.

Für die weitere Stellung unserer Partei zur Umbildung der Regierung wäre es für uns vor allem wertvoll, zu wissen, ob die USPD, die seit Annahme des Londoner Ultimatus die Regierung Wirth in der lokalen Erfüllung des Ultimatus und in der Führung einer republikanisch-demokratischen Politik unterstützt hat, bereit ist, vorbehaltlich der Festlegung des Regierungsprogramms im einzelnen, in dieses Kabinett Wirth einzutreten. Unsere Partei legt auf den Eintritt der USPD. in das Kabinett Wirth den größten Wert, weil dieses damit eine sichere parlamentarische Mehrheit erhielte, was uns vor allem im Hinblick auf die Steuerpolitik der nächsten Zukunft und auf die Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen dringend geboten erscheint.

Mit sozialdemokratischem Gruß
(gez.) Hermann Müller.“

Die hierauf von dem Zentralkomitee der USPD. erteilte Antwort hat folgenden Wortlaut:

„Berlin, den 8. Oktober 1921.“

Werte Genossen!

Ihr Schreiben vom 6. d. M. ist erst heute, also mit zweitägiger Verzögerung, in unsere Hände gekommen.

Sie verweisen uns darin offiziell auf die bereits am Morgen des 6. Oktober in der Presse veröffentlichten Antworten des Zentrums und der Demokraten.

Diese Antworten veranlassen Ihr Zentralorgan, den Vorwärts, in seiner Morgenausgabe vom 6. Oktober zu dem Geständnis:

„Niemand wird erwarten, daß diese Briefschreiberei noch zu einem positiven Ergebnis führt. Die Scherzfrage der Demokraten nach der unabhängigen Räterepublik ist zwar neckisch, führt aber vom Verhandlungsgegenstand weit ab. Sie dient ebenso wie die gleichartige Frage beider Parteien nach der Geneigtheit der USPD., sich mit der Volkspartei zu koalieren, nur dem Zweck, in höflicher Form zu verstehen zu geben, daß wohl die Verbreiterung nach rechts gewünscht werde, aber nicht die nach links. Damit wird auch klar, daß der Beschluß der Demokraten vom 13. September, der eine Koalition auch mit den Unabhängigen in den Bereich der Möglichkeit rückte, eine leere Geste war.“

In Ihrem Schreiben zu den Antworten des Zentrums und der Demokraten kommen Sie zu demselben Ergebnis.

Trotzdem wiederholen Sie die am 1. Oktober an uns gerichtete in unserer Antwort vom gleichen Tage zurückgestellte Frage, ob unsere Partei bereit sei, in das Kabinett Wirth einzutreten.

Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei eine Erweiterung der Koalition nach rechts wünschen, und nicht nach links, hat ihre wiederholte Frage keinerlei aktuelle und praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung, eine gemeinsame Sitzung der Parteileitung und der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Wie wir bisher zu dem Kabinett Wirth gestanden haben und in Zukunft stehen werden, haben wir in unserer Antwort vom 1. Oktober klar ausgesprochen. Hält die Regierung ihre Politik im Rahmen der dort aufgestellten Forderungen, so ist ihre parlamentarische Mehrheit „in der Steuerpolitik der nächsten Zukunft“ und in der „Durchführung der zur Sicherung der Republik notwendigen Maßnahmen“ sicher.

Mit sozialistischem Gruß
Das Zentralkomitee der USPD.
S. A.: Crispian.“

Das Regierungsprogramm der deutschen Volkspartei.

In einer Versammlung der Deutschen Volkspartei in München bezeichnete Rechtsanwalt Dahn, der schon den Koalitionsverhandlungen der Partei in Berlin beigewohnt hatte, als Hauptbedingungen der Deutschen Volkspartei für den Eintritt in die

Regierung: Anerkennung der Unerfüllbarkeit des Ultimatus durch den Reichskanzler Dr. Wirth, Aufstellung der Schuldfrage von Reichs wegen, Verwerfung der sozialistischen Vorschläge zur Erfassung der Sachwerte.

Wenn Herr Dahn die Bedingungen seiner Partei richtig wiedergegeben hat, so bedeuteten ihre Annahme durch die andern bürgerlichen Parteien nichts anderes als die Befestigung des Kabinetts Wirth und faktisch den Krieg nach innen und außen. Mit diesen Bedingungen hat die Deutsche Volkspartei ihr wahres Wesen von neuem enthüllt und die rechtssozialistischen Lobredner von Görlich werden dadurch schon bloßgestellt.

Eine kritische Wendung in der ober-schlesischen Frage. Uneinigkeit unter den Alliierten.

Paris, 9. Oktober. Nach einem Bericht des Genfer Korrespondenten des New Yorker Herald liegt die Entscheidung des Völkerbundes in der ober-schlesischen Frage den Mächten bereits vor. Diese hätten sich jedoch geweigert, ihren Vertretern im Völkerbund deren Billigung zu gestatten, falls nicht gewisse Abänderungen getroffen würden. Es verlautet, daß ein nicht-europäisches Mitglied des Völkerbundes gedroht habe, sich von der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen. Der Völkerbund halte nur noch zum Schein Sitzungen ab. Inzwischen würden leitende Mächte die Geheimverhandlungen über die vorgeschlagene Lösung fortzuführen.

Über die Lösung, die der Gegenstand der scharfen Erörterungen geworden sei, berichtet das Blatt, sie enthalte nicht nur gewisse Abänderungen der Sforzalinie, sondern auch den Vorschlag, eine dreigliedrige Kommission unter dem Völkerbund einzusetzen, die etwaige wirtschaftliche Streitigkeiten beilegen solle. Diese Kommission würde keine Verwaltungsbefugnisse haben, wie die Saar-Kommission, sondern lediglich Streitigkeiten zwischen den deutschen und den polnischen Gemeinwesen beiderseits der vorgeschlagenen Linie regeln, deren Wirtschaftslieben in gegenseitiger Abhängigkeit stehe. Die Kommission sollte zusammengesetzt sein aus einem Deutschen, einem Polen und einem Neutralen. Der Gedanke sei von dem belgischen Delegierten Symans ausgegangen und schließlich von seinen Kollegen gebilligt worden. Im einzelnen seien die Befugnisse der Kommission gegenwärtig Gegenstand der Kontroverse unter den Mächten. Gerüchtweise verlautet, daß die englische Regierung in gewissen untergeordneten Einzelheiten Einwendungen gegen die vorgeschlagene Grenze erhoben habe. Diese Linie würde: Königsbrunn und Rattowik an Polen fallen lassen, obwohl Lond George in Paris darauf bestanden hatte, daß sie Deutschland zugesprochen werden sollten.

In Anbetracht der in diesem ansehenden aus eingeweihten Kreisen stammenden Bericht gegebenen Darstellung kann die folgende Havas-Meldung nur als Verlesungsversuch betrachtet werden:

Paris, 9. Oktober. Havas meldet aus Genf, der Völkerbund sei noch nicht in der Lage, sein Gutachten über die ober-schlesische Frage abzugeben. Die Schlussfolgerungen der vier nicht ständigen Mitglieder, die mit der Prüfung der Frage beauftragt seien, fern dem Völkerbundrat noch nicht unterbreitet worden. Er werde erst Anfang nächster Woche in einer Vollversammlung davon Kenntnis nehmen.

Eine Rede des Reichskanzlers. Oberschlesien und das Angebot der Industriellen.

Berlin, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Der Reichskanzler hat seinen Urlaub abgebrochen und ist nach Berlin zurückgekehrt. Im katholischen Arbeiterverein zu Osnabrück hielt er noch eine Rede, in der er sich sehr besorgt um das Schicksal Oberschlesiens äußerte. Er sagte: „Ich weiß nicht, ob eine Gefinnungsänderung bei den Alliierten eingetreten ist, oder ob man etwa Lust verspürt, ein neues Land im Osten zu konstatieren, über das in Deutschland noch nach Jahrzehnten getrauert werden würde. Heute noch wäre eine Verständigung mit dem polnischen Volke möglich. In Warschau hat jedoch die Vergrößerungswut die Geister verblendet und das polnische Volk geht dazu über, sich mit dem deutschen Volke zu verbünden, nachdem es sich die Russen zu Todfeinden gemacht hat und obwohl in Litauen und Galizien der Kampf noch nicht abgeschlossen ist. Soll zwischen das deutsche und polnische Volk ein verpesteter Leichnam gesetzt werden? Der Gedanke einer solchen Konstruktion sollte die Politiker aller Länder abhalten, den Schritt zu tun, dem deutschen Volke deutsches Land, das jahrhundertlang zu uns gehört hat, durch ein Diktat zu rauben. Das deutsche Volk, das guten Willens ist, ein Reich der Freiheit und Gerechtigkeit und ein Reich des Friedens mit allen Völkern unter größten Opfern aufzubauen, darf nicht enttäuscht werden. Der Reichskanzler streifte später auch die Verhandlungen mit den Vertretern der Industrie, des Handels und der Banken, wobei er seiner Ansicht dahin Ausdruck gab, daß er durchaus damit einverstanden sei, daß jene Kreise, die dem deutschen Volke helfen wollten, auch mit Verantwortung tragen an den Regierungsgeschäften. Aber täuschen dürfe man das deutsche Volk nicht, das Angebot müsse Wirklichkeit werden. Das deutsche Volk sei zu retten, wenn es sich nicht selbst aufgäbe.“

Ein Finanzplan der österreichischen Sozialdemokratie.

Von J. Brod, Wien.

Als im Oktober 1920 die sozialdemokratische Partei in Folge des Wahlausganges, der ihr einen Verlust von sechs Mandaten gebracht hatte, die Koalitionsregierung verließ, atmte das Bürgertum rechts und links erleichtert auf; denn jetzt mußte die von der Entente sofort versprochene Hilfe kommen. Die Christlichsozialen hatten nämlich in allem Ernst geglaubt, oder taten so, als würden sie es glauben, daß die Ententemächte nur deshalb mit der Hilfsaktion zurückhielten, weil sie zu der von den Sozialdemokraten beeinflussten Regierung kein Vertrauen fassen konnten. Wenn erst einmal die Sozialdemokraten aus der Regierung ausgetreten seien, würden die Ententemächte ihr Versprechen sofort einlösen. Da die Sozialdemokratie bei den Wahlen in der Minderheit blieb, ergriff sie gern die Gelegenheit, aus der Koalition auszutreten und den Christlichsozialen das Heft zu überlassen. Die Herren konnten jetzt ungehindert arbeiten, die „alte bewährte Ordnung“ wieder herstellen, das Vertrauen zur österreichischen Währung wieder aufrichten, die Produktion fördern und Handel und Wandel wieder in Fluß bringen.

Die Neue freie Presse, das führende Organ des Bürgertums, machte sich bei dieser Gelegenheit über die Sozialdemokratie lustig, weil sie es nicht verstand, die Ernährungsverhältnisse zu bessern, den Goldwert zu heben, den „Mittelstand“ zu retten, das Elend des Volkes zu lindern und die „Hausfrauen in ihrem Jammer zu trösten“. Seitdem ist nun ein Jahr vergangen, die bürgerlichen Staatsmänner haben genügend Zeit gehabt, das Volk aus der größten Not zu befreien. Statt dessen ist das Elend des Volkes noch größer und der „Jammer der Hausfrauen“ noch eindringlicher geworden. Die Ernährungsverhältnisse sind noch schwieriger geworden als im Vorjahre, der „Mittelstand“ kämpft mit dem Hunger und der Goldwert ist so tief gesunken, daß die Preise der Lebensmittel nur noch für die neuen Reichen erschwinglich sind. Im Zeitraum von kaum 14 Tagen sind die Preise um 100 Prozent und mehr in die Höhe gegangen. Als Grund wird die Erhöhung der Devisenpreise oder, was dasselbe ist, die Entwertung der Krone angegeben. Das ist ebenso geistreich als wenn jemand sagen würde: Wir leiden an Kälte, weil es nicht warm ist. Die bürgerlichen Gelehrten bemühen sich wissenschaftlich nachzuweisen, daß die Entwertung der Krone in den wirtschaftlichen Verhältnissen gar nicht begründet sei; aber je klarer die Beweisführung ist, desto tiefer sinkt der Kurs der Krone. Am 4. Oktober stand der Kronenkurs in Zürich 0.24, das heißt, für 100 österreichische gestempelte Kronen wurden 24 Centimes gezahlt. Die Wiener Devisenzentrale verzeichnete folgende Valutakurse:

	3. Oktober	3. September
Amerikanische Dollar	2650	1129
Englische Pfund	9850	4290
Deutsche Mark	21,08	13,19
Ungarische Kronen	27,78	13,72
Schweizer Franc	482,75	195,75
Französische Franc	184,45	89,80

Diese mehr als hundertprozentige Kurssteigerung der Valuten in der kurzen Zeit von einem Monat wirkt katastrophal. Wie lange die Bevölkerung diesen Druck ertragen wird, kann niemand sagen.

In dieser großen Not Oesterreichs hat die Sozialdemokratie nach eingehender Beratung die Initiative zu einem Finanzplan ergriffen, der gegenwärtig in der bürgerlichen Presse „kritisiert“ wird. Es werden darin folgende Forderungen aufgestellt:

1. Novellierung des Gesetzes über die Vermögensabgabe, indem zu der vorgeschriebenen Abgabe ein Zuschlag eingehoben wird, um den gesunkenen Geldwert zu ersetzen.
2. Reorganisation der Steuerbehörden, da die bestehende Organisation ihrer Aufgabe nicht gewachsen ist, was durch das Anwachsen der Rückstände bewiesen wird.
3. Die einmalige Vermögensabgabe ist durch eine jährliche progressive Vermögenssteuer zu ergänzen.
4. Erhöhung der Grundsteuer auf das hundertfache ihrer Friedenshöhe, da infolge der Geldentwertung die gegenwärtige Steuer in einem lächerlichen Mißverhältnis zu den jetzigen Preisen der Agrarprodukte stehen, und weil ferner die Land- und Fortwirtschaft zum Staatshaushalt verhältnismäßig weniger beiträgt, als die städtische Bevölkerung.
5. Zeitgemäße Reform der Besteuerung der Industrie, und zwar in der Weise, daß der Staat der Gesamtindustrie eine Gesamtsteuer auferlegt, mit deren Aufbringung die in Verbände organisierte Industrie betraut wird.
6. Anpassung des Gebührenwesens an den verminderten Geldwert.
7. Monopolisierung des Großhandels mit Spiritus, Petroleum und Zündhölzern, um den Profit, der bis jetzt dem Privatkapital zugefallen ist, dem Staate zuzu-

führen. Die Monopole sind als gemeinschaftliche Anstalten zu organisieren, die von der bürokratischen Staatsverwaltung vollständig zu trennen sind.

8. **Arbeitsrechtlicher Aufbau der Staatszuschüsse** zu den Lebensmitteln, doch darf der Reallohn des Arbeiters nicht gekürzt werden. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten erhalten die staatlich bewirtschafteten Lebensmittel zu unverändertem Preise; die Mehrkosten werden durch eine Steuer gedeckt, die die Unternehmer dem Staat entrichten.

9. **Erhöhung der Eisenbahntarife**, der Post- und Telegraphengebühren, wie auch der Preise der Monopolartikel, solange die Selbstkosten infolge der Entwertung des Geldes steigen.

10. **Ermäßigung der Personaleinkommensteuer**; das gegenwärtige Steuersystem führt dazu, daß die Arbeiter einen stets wachsenden Teil ihres Einkommens versteuern müssen, obgleich ihr Reallohn sinkt oder bestenfalls unverändert bleibt.

Diese vorgeschlagenen Maßnahmen haben den Zweck, die Staatseinnahmen zu erhöhen. Der Finanzplan will aber auch eine Verminderung der Ausgaben bewirken. Dies soll durch folgende Maßnahmen erreicht werden:

1. **Auflösung der funktionslos gewordenen Behörden**, wie zum Beispiel die hofärztliche Verwaltung und die liquidierenden Ämter.

2. **Vereinfachung der Arbeiten aller Verwaltungsbehörden** und Verkürzung des Instanzenzuges. Die dadurch zu erzielende Entlastung der Behörden wird erst den Abbau der Beamtenschaft möglich machen.

3. **Alle Ausgaben aus öffentlichen Mitteln** für die Zwecke von Kirchen und Religionsgesellschaften sind einzustellen. Für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse haben die Kirchen zu gründenden Pfarrgemeinden zu sorgen.

4. **Übertragung der gemeinwirtschaftlichen Anstalten** (Post, Telegraphen, Telefon, Bundesbahnen, Industriewerke, Forste und Domänen) an gemeinschaftliche Anstalten. Zu ihrer Verwaltung ist ein Verwaltungsausschuß einzusetzen, in welchem die Bundesregierung, Nationalversammlung und das Personal vertreten sind.

5. **Sparame Gehaltung im öffentlichen Haushalte**, indem jede Körperschaft für die Bedienung der Ausgaben selbst sorgen muß, die sie bewilligt.

Den Ländern und Gemeinden sind die notwendigen Steuerquellen und Beteiligungen am Ertrage der Bundessteuern einzuräumen, gleichzeitig aber ist die Subventionierung der Länder und Gemeinden aus Bundesmitteln einzustellen.

In bezug auf die Kreditpolitik verlangt der Finanzplan die Anfordern von Valuten, Devisen und ausländischen Effekten. Die Verletzung der Ablieferungsverpflichtung ist unter strenger Strafe zu stellen. Besitzer ausländischer Zahlungsmittel, die ihre Ablieferungsverpflichtung erfüllen, sollen Staatsschuldverschreibungen erhalten, die vor der weiteren Entwertung der Krone geschützt sind, indem die Verzinsung in variabler, von der Kursbewegung der abgelieferten Valuten abhängiger Höhe geschieht. Gleichzeitig mit der Anfordern der Valuten tritt die öffentliche Bewirtschaftung der ausländischen Zahlungsmittel ein; sie werden nur noch gegen Nachweis legitimen Bedarfs ausgegeben.

Durch den Finanzplan soll das Sinken des Kronenkurses aufgehalten und die Umstellung der Industrie, die heute auf den Export eingestellt ist, zur Arbeit für den Staatsbedarf zu bewirken, zumal da die Gelbentwertung als Exportprämie wirkt. Der zu erwartende ausländische Kredit wird eine Stabilisierung der Krone und die industrielle Produktion für den Staatsbedarf ermöglichen. Dadurch wird auch die Bautätigkeit aufleben und sich den anderen Industriezweigen mitteilen.

Die Stellung der bürgerlichen Presse zu diesem in kurzen Umrissen skizzierten Finanzplan ist ablehnend, wenn auch etwas zaghaft und nicht so entschieden, wie das sonst bei sozialdemokratischen Anträgen zu geschehen pflegte. Bei dem katastrophalen Kronenkurs wagte sie es nicht, frech zu sein, zumal sie selbst im Währungschaos planlos herumirrt. Die öffentliche Bewirtschaftung der ausländischen Zahlungsmittel (Devisen) lehnt sie unter allen Umständen ab, darauf hinweisend, daß diese sich während des Krieges und auch später wenig bewährt hat, und eben deshalb von der christlich-sozialen Regierung, der jetzigen Beschäftigten der Bourgeoisie, aufgehoben wurde. Dieser Hinweis hinlt auf beiden Seiten. Diejenigen, die die Aufhebung der öffentlichen Bewirtschaftung verlangen und erreichen, sind die Aufsteiger des freien Valutahandels; es ist daher begreiflich, daß sie sich gegen die öffentliche Bewirtschaftung kehren.

Im großen und ganzen ist der sozialdemokratische Plan geeignet, die bürgerlichen Volkswirte zum Denken anzuregen. Wenn ihnen der Plan nicht entspricht, mögen sie einen anderen entwerfen. Bisher vertreten die bürgerlichen Gelehrten nur einen Plan: den **Aufbau der Arbeiterlöhne**. Ein Abbau der Profite kommt für sie natürlich nicht in Betracht. Die hohen Arbeiterlöhne hindern zwar nicht, daß die Reallohn sinken, aber das berührt die Gewehre der Bourgeoisie am wenigsten.

Solange die Entwertung des Geldes fortschreitet, ist selbstverständlich ein Lohnabbau nicht zu denken; es wird deshalb den Herren Volkswirten nichts anderes übrig bleiben, als die Vorschläge der Sozialdemokratie anzunehmen oder einen anderen, besseren Plan zu entwerfen. Auf keinen Fall geht es an, wie bisher den Dingen ihren Lauf zu lassen und raunzend dem Zusammenbruch entgegenzusehen.

Die Regierung trüffel die Bevölkerung.

Wien, 10. Oktober. (T.M.) Die Regierung wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung Österreichs gegen die Panikstimmung. Das Gelingen eines Putschs sei ausgeschlossen. Der Ernst der Lage werde von der Regierung keineswegs verkannt; es müsse jedoch gelagt werden, daß das Volk sich von der Panikstimmung nicht überrennen lassen dürfe. Die Lage Österreichs sei gemäß im Augenblick sehr schwierig, aber keinesfalls hoffnungslos. Sie werde erst hoffnungslos werden, wenn man sich selbst aufgeben. Binnen ganz kurzer Frist werden die Valutaverhältnisse wesentlich bessere werden. (?) — Der in Wien weilende englische Presserepäsentant Sir William Doore erklärte, daß in Österreich sowohl das Kapital wie auch die Arbeiterschaft große Opfer auf sich nehmen müssen, daß jedoch eine Konjunkturpolitik sowie ein entsehtlicher Abtuz nicht zu erwarten seien. Die gegenwärtige kritische Periode müsse durch finanziell einschneidende Maßnahmen überwunden werden, um den völligen Zusammenbruch zu vermeiden. — Die Wiener Polizeidirektion wendet sich in einem Aufruf an die Bevölkerung und warnt vor allen Angsttäufen. Die Polizei kündigt die strengsten Maßnahmen gegen alle Art von Preissteigerungen an.

Eine 250-Millionen-Anleihe.

Wien, 10. Oktober. (T.M.) Der Finanzminister Dr. Gürtler hat diese Unterhandlungen mit den Vertretern der Banken wegen einer Anleihe von 250 Mill. Kronen begonnen, das von den kleineren Banken gelehrt werden soll. Man glaubt, daß die Aufnahme dieser Anleihe erfolgen wird.

Die Freikorpsverführer in Schlesien.

In einer Breslauer Festschrift an die Soz. Korrespondenz finden wir über dieses Thema u. a. die folgenden bedeutenden Mitteilungen:

Obwohl seit dem 20. September die Freikorpsleute, die sich inzwischen in militärische Arbeitsgemeinschaften umgewandelt hatten, aus Schlesien entfernt sein sollen, sind sie dort noch immer stark vertreten und rauben und plündern weiter. Die Hauptgruppen dieser Verführergemeinschaften sind die folgenden:

Arbeitsgemeinschaft Kojbach, in Schlesien etwa 800 Mann stark.

Arbeitsgemeinschaft Aulok, in Schlesien etwa 300 Mann stark.

Arbeitsgemeinschaft des Oberleutnants Laubes mit dem Hauptstich in der Försterei Groß-Jfer.

Arbeitsgemeinschaft Bergerhof; sogenannt nach ihrem Besitzhaber, einem ehemaligen Schupo-Offizier; etwa 400 Mann stark.

Arbeitsgemeinschaft Heinz. Eine ausgesprochen rechtsbolshewistische Organisation, deren Führer sich Heinz nennt, aber in Wahrheit der Führer der See Hauentlein ist.

Dazu kommen die Arbeitsgemeinschaften Windheim, v. Hengsbred, Kubezahl unter dem Obersten a. D. von Reibnig usw. Die Organisationsgrundsätze aller dieser Verbände sind die gleichen: die Mitglieder haben weder Konstitutions- noch Streikrecht und sind zu unbedingtem Gehorsam verpflichtet. Sie werden außerdem durch ein raffiniert ausgelegtes Sparsystem festgehalten. Die Inspektoren, welche angeblich die Arbeitsaufsicht führen, sind durchweg Offiziere. Wer der Arbeitsgemeinschaft antwortet oder ihre Geheimnisse verrät, verläßt der Feinde. Die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft dürfen keiner „internationalen Partei“ angehören; darunter sind zu verstehen: Kommunisten und Sozialisten aller Richtungen, Demokraten und Zentrum. Alle diese Arbeitsgemeinschaften stehen miteinander in Verbindung und haben eine gemeinschaftliche Spitze, die allerdings bisher unbekannt ist. Welsch wird angenommen, daß der heimliche Führer des Ganzen Ehrhardt ist; wahrscheinlicher ist die Annahme, daß der ehemalige Ballistikgeneral v. d. Goltz und sein Stabschef Oberst Franz die Fäden der obersten Leitung in der Hand haben. Als sicher kann gelten, daß der bekannte russische Konterrevolutionär Awolow-Bremont seine Hand im Spiel hat.

Alle diese militärischen Arbeitsgemeinschaften sind Anstifter oder Hilfspersonen neuer Rechtsputzsch. Bis deren schnellst erwarbare Stunde schlägt, beschäftigen sie sich weniger mit Arbeit als mit Verbrechen und Lügen. Das gilt insbesondere von den Resten des Freikorps Oberland, dessen sogenannte Nachrichtenstellen kaum etwas anderes als organisierte Verbrecherbanden sind. Eine dieser Nachrichtenstellen hat ihren Sitz in Bielau. Ihre Leitung hatten zwei Leute, die sich Hauptmann von Kessel und Gehelmarth Berger nannten. Ihr wirklicher Name ist Leutnant Kiefer und ehemaliger Privatdozent Arnold Ruge. Ihre Mittel verschaffen sie sich durch Verschlebung staatlichen Eigentums, Requisitionen, Pferdebeschlebe, Veruntreuungen, Annahmungen öffentlicher Ämter, insbesondere der Befugnisse der Kriminalpolizei und allen möglichen andern Verbrechen. Ruge ist bekanntlich verhaftet, aber vom Amtsgericht alsobald wieder auf freien Fuß gesetzt worden und seitdem verschwunden. Das wichtige Aktenmaterial der Nachrichtenstelle Bielau hat der Staatsanwalt zu beschlagnahmen unterlassen.

Eine zweite derartige Nachrichtenstelle sitzt in Wagnsdorf. Ihr Leiter nennt sich Hauptmann Fischer und ist ein ehemaliger Kriminalpolizeibeamter namens Friedrich. Auch sie lebt von Erpressungen, willkürlichen Beschlagnahmen, Aufstößen in falschen Uniformen, Erschänden und Verbreiten von falschen Nachrichten. Der Oberstaatsanwalt in Neiße hat die Verhaftung der Führer dieser Nachrichtenstelle angeordnet, aber das Amtsgericht hat sie alsobald wieder freigelassen, weil kein Verbrechen vorläge. Seitdem ist neues schweres Beschlagsmaterial gefunden worden, aber die Verbrecher sind verschwunden. Festgehalten hat man von den vielen verhafteten Verbrechern der militärischen Nachrichtenstellen bisher nur einen Zahlmeister Nidel aus Ramon. Vorausgesetzt, daß die gefällige Justiz ihn nicht inzwischen auch hat laufen lassen. Freigelassen hingegen wurde vom Amtsgericht Neustadt o. S. die Führer der Nachrichtenstelle „Watterle Lempert und Berlet“. Diese harmlosen Leute hatten sich die Zeit bis zum nächsten Putsch mit dem Diebstahl von Hunderten von Pferden vertrieben und staatliches Material waggonweise verschoben. Trotzdem das Gericht auch hier keinen Putschverdacht schöpfen konnte, haben die Herren ihr Tätigkeitsfeld inzwischen nach unbekanntem Orten verlegt.

Katzenfellen stellen diese Verführerguppen auch eine internationale Gefahr dar. So hat eine Gruppe Sörgele den englischen Oberleutnant Stipin im besetzten Oberschlesien überfallen und zwecks Erpressung eines Lösegeldes entführt. Ueberhaupt ist die Gruppe Sörgele in der Organisation von Bandenüberfällen außerordentlich tätig; es dürfte dies auch diejenige Gruppe sein, die mitten aus Breslau heraus Leute entführt hat. In einem Falle mit Hilfe eines Privatautos, dessen Chauffeur mit vorgehaltenem Revolver zu der Tat gezwungen wurde. Ihren Sitz hat diese liebliche Arbeitsgemeinschaft gegenwärtig im Kreise Oberslogau.

So froht ganz Schlesien von Verführerguppen, bei denen die Grenze zwischen gewalttätigen Monarchisten und gewöhnlichen Verbrechern sehr schwer zu ziehen ist. Seit sechs Monaten hat der preussische Innenminister dieser abscheulichen Entwicklung der Dinge fast tatenlos zugegesehen. Das wenigste, was überhaupt geschehen ist, hat man ihm und dem Breslauer Volkspräsidenten von Uebermann geradezu abzwängen müssen. Es bedarf keines Wortes mehr, daß mit solchen Leuten die Republik nicht ernsthaft verteidigt werden kann. Eines der obersten Gebote zum Schutz der Republik besteht in der Ausrottung dieser Gemeinschaften der Arbeitlosen und Verführer und in der Befestigung ihres Schutzherrn vom Posten des preussischen Innenministers. Zum Schutz der Republik: Dominicus muß so rasch wie möglich fort, im Guten oder im Bösen.

Orgesch-Erlass in Bayern.

München, 10. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.) Seitdem die bayerischen Einwohnerwehren aufgelöst sind, ist Herr Orgesch bemüht, seine Organisation „**Organisten**“. Die Einwohnerwehr wird ja nach den örtlichen Verhältnissen in Sport- oder Turnvereine, in Schützenorganisationen oder Regimentsvereinigungen weitergeführt. In München hat man neben den verschiedenen Sportvereinen auch eine besondere Organisation zur Mobilisierung der Einwohnerwehr geschaffen. Man hat eine Vaterländische Vereinigung e. V. gegründet, die nach Stadtbezirken gegliedert ist. Die neue Organisation wird durch die frühere Finanzorganisation der Einwohnerwehr durch die „Organisten“ (Organisation Jenz) finanziert. Die Kassierer des 21. Stadtbezirks sind die Herren Knichs und Willm Kaiser.

Eine Verteidigungsrede Briands.

Paris, 9. Oktober. Ministerpräsident Briand hielt heute nachmittags bei einem zu seinen Ehren veranstalteten Bankett in St. Raphael eine Rede. Er sagte: Frankreich habe die größten

Opfer gebracht; es habe ein Recht auf volle Reparation seiner Schäden. Er habe aber gedacht, daß Frankreich nach dem Siege ein Recht auf Frieden habe und ein Recht darauf, in der Welt einen ersten Platz einzunehmen. Wäre das nicht so, dann seien die Männer, die Frankreich regieren, nicht auf der Höhe ihrer Aufgabe. Er habe die Regierung übernommen in der Absicht, den Frieden für Frankreich sicherzustellen. Das sei vielleicht keine Politik, die die Massen begeistere, aber sie führe wenigstens nicht zu Eventualitäten, aus denen die Länder oft ruiniert herauskämen. Während der Friedensverhandlungen habe Frankreich Konzessionen machen müssen. Wie sein Vorgänger habe auch er, um die Ausführung des Friedensvertrages möglich zu machen, in vollem Einverständnis mit Frankreichs Militärenten handeln müssen; ohne diese Solidarität wäre die Ausführung des Vertrages unmöglich. Aber niemals könne Frankreich alles erlangen, was man ihm schulde, weil es Dinge gäbe, die man nicht bezahlen könne.

Um den schlechtesten Willen des deutschen Militarismus zu begegnen, habe seine Regierung die Besetzung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort beschlossen. Das seien Ereignisse von großer Bedeutung, die der Regierung nicht auf das Allotonto gebucht würden, während man von ihrem Debet großes Aufsehen mache. Die Mobilisierung der Jahresklasse 1919 habe die Regierung nicht leichten Herzens unternommen; das Ergebnis habe gezeigt, daß sie gerechtfertigt war. Denn am Jahrestage des Friedensvertrages von Frankfurt a. M. habe der deutsche Reichstag die Niederlage Deutschlands anerkannt. Hätte man die Jahresklasse 1919 noch länger draußen gelassen, dann hätte man den Kriegszustand unnötig verlängert. Seitdem habe Deutschland gewissenhafter als in der Vergangenheit seine Verpflichtungen erfüllt; es habe entwaffnet. Frankreich habe an seinen Alliierten fest; es habe, ohne etwas von seinem Recht aufzugeben, nicht vergessen, was es den Alliierten schulde. Jetzt sei Frankreich nach Uebersee eingeladen. Man werde dahin gehen, um eine Dantesspflicht abzutragen und um eine Pflicht gegen Frankreich zu erfüllen. Frankreich müsse geküßt bleiben, solange seine Sicherheit nicht gewährleistet sei. Frankreich habe ein Recht auf Reparationen und auf seine Sicherheit. In dieser Hinsicht werde die Regierung keinen Augenblick schwanken. Die französische Regierung habe Vertrauen zur gegenwärtigen deutschen Regierung.

Briand beschäftigte sich dann mit den wirtschaftlichen Fragen, die der Friedensvertrag aufgeworfen hat. Er sagte, die Forderung an Deutschland habe, nachdem sie einmal festgesetzt worden sei, einer Zahlung entsprechen, die alle Voraussetzungen überprüfte. Die Zahlungsverpflichtung Deutschlands habe 132 Milliarden Goldmark betragen. Vor einem Monat sei sie auf 2000 Milliarden, heute auf 4000 Milliarden Papiermark angewachsen. So änderten sich die Zahlungsmöglichkeiten. Wie könne man da sagen, daß die Forderung Frankreichs verkleinert werde? Die Wahrheit sei, daß die gegenwärtige wirtschaftliche Abhängigkeit der Völker voneinander die Notwendigkeit erzeuge, die Schwankungen des Wechselkurses zu ertragen. Die Völker, deren Wechselkurs am höchsten sei, fänden in ihrem Reichtum selbst die Ursache der Verarmung, während Deutschland — das sei zwar paradox — weil es besetzt worden sei, gerade in dem schlechten Stande seiner Mark die Bedingung finde, die seine wirtschaftliche Konkurrenz auf dem Weltmarkt begünstige. Angesichts einer solchen Lage müßten die Großindustriellen und die großen Finanzleute der Welt das Bedürfnis fühlen, solidarisch zu sein im Interesse aller Länder, da die Lage niemals das völlige Gleichgewicht wiederherstellen könne, wenn die Weltsolidarität nicht hilfreiche Hand biete.

Späte Erkenntnis.

Wer sich der wüsten Anpöbelereien erinnert, mit denen die Note Fajne und nach ihr alle kommunistischen Schreihäuler unsern Genossen Dittmann bedachten, weil er nach seiner Rückkehr von Sowjetrußland die dortigen Verhältnisse wahrheitsgetreu schilderte, und sich die häßlichen persönlichen Angriffe vergegenwärtigt, die das gleiche Organ gegen Otto Mühlle, Friedrich Wind und andre wegen ihrer Schilderung der in Rußland gewonnenen Eindrücke richtete, wird nicht wenig erstaunt sein, nun in demselben Blatt eine Rechtfertigung all dieser Kritiker zu finden. Schreibt doch die Note Fajne in ihrer Nr. 453 vom 4. Oktober unter der Signatur: Der neue Kurs in der Wirtschaftspolitik Sowjetrußlands neben andern das Folgende:

Es gibt Genossen — und ihrer nicht wenige —, die da meinen, Kommunist sein bedeute in erster Linie, unter Verzicht auf jedes selbständige Denken all das, was brühen in Sowjetrußland geschieht, in den Tönen höchster Begeisterung zu preisen, womit sie dann auch ihrer Pflicht gegenüber der proletarischen Revolution im weitesten Maße gerecht zu werden wünschen. Trotz dem war es, der in einer Rede auf dem Dritten Kongress mit der ihm eigenen Schärfe und mit berechtigter Bitterkeit jene gewisse, die aus Moskau zurückgekehrt, glauben, nichts anderes tun zu müssen, als von jenem Paradies zu schwärmen, das sie dort angeblich geschaut, eben als Reher vorwandend, der die Dinge nicht ebenso rosig sieht, wie sie. So wenig man dem russischen Proletariat hilft, indem man mehr oder minder platonische Lobeshymnen auf seinen Herosismus anstimmt, so wenig hilft man auch der Sache des proletarischen Befreiungskampfes, wenn man die Arbeiter in Westeuropa mit Illusionen und kindlichen Märchen über die idealischen Zustände füttert, die ihrer sofort nach Eroberung der Macht harren.

Leicht ist der roten Fajne dieses Geständnis, daß die Schilderungen über die rüftigen Verhältnisse in Sowjetrußland, die sie selber selbst verbreitet hatte und die auch einen wesentlichen Bestandteil jeder Rede der kommunistischen Agitatoren gebildet hatten, ettel Schwindel waren. Hoffentlich kommt die späte Erkenntnis auch noch den Leipziger Kommunisten, die ja in der Verführung der Arbeiterschaft über die Zustände in Rußland besonders Vorortrapendes geleistet haben. Wir erinnern nur daran, daß es Paul Böttcher in seiner Broschüre über den Klassenkampf in Rußland als „**Berrat an der Revolution**“ bezeichnete, wenn Sozialisten Angriffe auf Fehler und Enttäuschungen der russischen Sowjetrepublik richteten, womit sie sich auf einer Basis mit der Bourgeoisie befänden. Leute, die in so gewinnloser Weise die Arbeiter gefälscht und irreführt haben, sind allerdings die Geeigneten, um die Leipziger Arbeiterbewegung in die „richtigen“ Bahnen zu leiten.

Besteuerung des Börsenverkehrs.

Die Reichstagsfraktion der USPD hat einen Gesetzentwurf eingebracht, nach dem aller Handel an der Börse einer Umsatzsteuer unterworfen werden soll, und zwar nicht nur der Handel mit Wertpapieren einschließlich Zahlungsmittel auf ausländische Währung, sondern auch mit Gold und Silber in Barren und inländischen Münzen, sowie mit börsenmäßig gehandelten Waren. Auch im Auslande abgeschlossene Geschäfte, die durch Briefwechsel, Telegramm oder Fernsprecher zustande gekommen sind. Der Entwurf unterscheidet drei Steuerklassen: Besteuerung von Händlergeschäften (bei denen sämtliche Vertragsteilnehmer Händler sind), Besteuerung von Kundengeschäften (wenn nur der eine Vertragsteil inländischer Händler ist) und Besteuerung von Privatgeschäften. Der Steuerfuß ist für die verschiedenen Abkässe verschieden, je nachdem, ob es sich um den Handel mit Schuldverschreibungen, die während des Krieges oder zu andern Zeiten ausgegeben wurden, um Schuld- und Rentenverschreibungen inländischer Gemeinden und Gemeindeverbände, Sparkassenscheine, Schiffsbesitzungsbanken, Siedlungsgesellschaften usw. um Aktien, Genossenschafts- und Bezugsrechte, um ausländische Banknoten, Papierreise und ausländische Geldforten, um Waren oder andere handelt. Händlergeschäfte werden am niedrigsten, Kundengeschäfte höher und Privatgeschäfte am höchsten besteuert. Die Steuer selbst ist von beiden Vertragsteilnehmern zu je Hälfte zu tragen.

Die 3. internationale Arbeiterskonferenz.

Vom 5. Oktober wird in Genf die dritte Internationale Arbeiterskonferenz eröffnet werden. Sie wird ungefähr 600 Delegierte aus allen Völkern und auch aus Deutschland und den Vereinigten Staaten vereinigen. Bis jetzt sprach man im Zusammenhang mit dieser Konferenz hauptsächlich von der landwirtschaftlichen Arbeit. Die Tagesordnung ist jetzt endgültig festgestellt wie folgt: 1. Reform der Zusammensetzung des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes. 2. Anwendung des Washingtoner Beschlusses betr. die Regelung der Arbeitszeit auf die Landwirtschaft. 3. Anwendung der anderen Washingtoner Beschlüsse auf die landwirtschaftliche Arbeit, und zwar: a) Maßnahmen zur Verhütung der Arbeitslosigkeit, b) Schutz der Frauen und Kinder. 4. Besondere Schutzmaßnahmen für die landwirtschaftlichen Arbeiter: a) Landwirtschaftlicher Fachunterricht, b) Wohnverhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter, c) Garantierung des Vereins- und Koalitionsrechts, d) Schulbestimmungen gegen Unfälle, Krankheit, Invalidität und Alter. 5. Desinfektion der Wolle gegen Milzbrandbakterien. 6. Verbot der Verwendung von Bleiweiß in der Malerei. 7. Wissenschaftlicher Ruhetag in Industrie und Handel. 8. a) Verbot der Beschäftigung von Personen unter 18 Jahren in den unteren Schiffsräumen und Heizen, b) Obligatorische ärztliche Untersuchung der an Bord der Schiffe beschäftigten Kinder. Weiter wird aus Genf noch berichtet: Zu der internationalen Arbeiterskonferenz wurden 52 Staaten, die Mitglieder der Internationalen Arbeitsorganisation sind, eingeladen, darunter auch Deutschland. Nach Artikel 380 des Versailler Vertrags darf jeder eingeladenen Staat vier Vertreter entsenden, nämlich zwei Regierungsvertreter und je einen Vertreter der Arbeiter und der Unternehmer, die von technischen Beratern begleitet sein können. Die deutsche Abordnung soll 40 Mitglieder zählen. Zu Auseinandersetzungen dürfte die Frage der Arbeitszeit in den landwirtschaftlichen Betrieben führen. Die französische Regierung hatte auf Grund des Artikels 402 des Versailler Vertrags dagegen protestiert, daß die Frage auf die Tagesordnung gesetzt würde. Da das Problem aber andere Länder interessiert, soll sie auf der Tagesordnung gelassen werden.

Billige Kartoffeln als Prämie für deutsch-nationale Gesinnung.

In dem deutschnationalen Wehauer Tageblatt vom 24. September befindet sich, wie dem Berliner Tageblatt berichtet wird, das folgende interessante Inserat:

Die Deutschnationalen Volkspartei, Kreisverein Wehau, hat beschlossen, zunächst ihren durch die Teuerung bedrängten, bereits eingeschriebenen Parteimitgliedern der Städte Wehau, Zaplan und Allenburg Kartoffeln und Roggenmehl zu billigen Preisen zu liefern. Diesbezügliche Anträge sind an die Ortsgruppenvorstände bis 30. September einzureichen. In den Landorten sind diese Anträge an den Kirchspielvorständen zu richten. Preise: Kartoffeln 25 M. je Zentner, Roggenmehl 1.10 M. das Pfund.

Deutschnationaler Volkspartei, Kreisverein Wehau.

Also, wer deutschnational gesinnt ist, bekommt billige Kartoffeln und billiges Mehl. Alle andern Verbraucher müssen Preise zahlen, die mehr als doppelt so hoch sind. Können sie das nicht, dann mögen sie verhungern. Das ist die „deutsche Art“.

Besonders interessant an der Ankündigung ist aber, daß sie ungewollt den Wucher, der mit den Nahrungsmitteln, besonders mit den Kartoffeln, getrieben wird, bestärkt. Selbstverständlich werden die deutschnationalen Agrarier auch an ihre Gesinnungsgenossen nichts. Wenn sie ihnen Kartoffeln und Mehl so billig liefern können, so beweist das nur, daß sie auch bei diesen billigen Preisen auf ihre Kosten kommen, daß sie aber bei den sonst geforderten Preisen ganz ungeheuerliche Wuchererträge einstreifen. Wann wird endlich gegen diesen Wucher eingeschritten werden?

Wichtig der Verbraucher wäre es, sich auch einmal um die Versorgung zu kümmern, die sich in Thüringen abspielt. Wie uns mitteilt wird, haben in der Gegend von Weimar und Göttinge Ende voriger Woche Händler bereits 86 M. für den Zentner Kartoffeln, nachdem noch in der vorausgegangenen Woche 52 M. gezahlt worden waren. Selbst die Bauern fanden die Angebot zu hoch. Es wurden Abschlüsse auf Tausende und Zehntausende von Zentnern gemacht. Ein Händler kaufte bei einem Bauern 1000 Zentner zum Preise von 66 M. pro Zentner, die nach Marburg an der Bahn verladen wurden. Das läßt mit Sicherheit darauf schließen, daß die Kartoffeln ins Ausland verführt werden sollen. Es ist die höchste Zeit, daß diesem verbrecherischen Treiben endlich Einhalt geboten wird.

Neue Zuchthausurteile gegen kommunistische Arbeiter.

Leisau, 8. Oktober. (M.W.) Das Schwurgericht hat nach dreitägiger Verhandlung das Urteil gegen zehn der kommunistischen Arbeiterpartei angehörende Arbeiter gefällt, die sich im März d. J. im Zusammenhang mit den Märzunruhen einer Dynamitverschöpfung schuldig gemacht haben mit dem Zweck, die mehrheitlich sozialistische Volkswacht in Bernburg und eine Eisenbahnbrücke in der Nähe dieser Stadt in die Luft zu sprengen. Der Hauptangeklagte und Vorsitzende der K.A.P.D. in Bernburg, der 23jährige Arbeiter Brandenburger, wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt. Gegen weitere fünf Angeklagte wurde auf Zuchthausstrafen von 1½ bis 7 Jahren erkannt; vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Strafantrag im Welberler Kochverratsprozess.

Der Oberreichsanwalt beantragte unter ausdrücklicher Erklärung, daß keine eheliche Gesinnung vorliegt und den Angeklagten mildere Umstände zuzubilligen seien, bei Graf und Waltersbach je sechs Jahre Festung, für Stolz 5 Jahre Festung, für die übrigen Angeklagten Festungshaft von 1 Jahr 6 Monate bis 2 Jahr 6 Monate und bei Thomas Freiinreue.

Verhaftung eines Stappflehens in München.

München, 10. Oktober. Der Arzt und Hofwirt G. Schiele aus Naumburg an der Saale, einer der acht Rapp-Entwickler, gegen den vom Oberreichsanwalt wegen Hochverrats ein Haftbefehl erlassen worden ist, ist gestern nachmittag in München verhaftet worden.

Italienische Bedenken gegen das Wiesbadener Abkommen.

Rom, 10. Oktober. Die Nationalen schlagen Alarm gegen das Wiesbadener Abkommen. Der Vorbehalt Italiens, gleichfalls ein derartiges Abkommen mit Deutschland schließen zu dürfen, genügt nicht, vielmehr müsse Italien entweder an dem bestehenden französisch-deutschen Montantrakt teilnehmen, oder sein Veto einlegen. Das Blatt, das der Ansaldo-Gruppe nahesteht, nimmt an, daß neben dem offenen ein Geheimabkommen abgeschlossen sei. Frankreich sichere sich die Vorbereitung seiner Reparationen zum Schaden der anderen Alliierten. In Deutschland begänne durch diese Grabsleistungen geradezu ein indu-

strielles goldenes Zeitalter. Italien dagegen sei vom Wiederaufbau ausgeschlossen.

Mörderzentrale und Münchner Polizeidirektion.

A.P. Durch den Rücktritt des Polizeipräsidenten Böhmert und des Leiters der politischen Abteilung des Oberamtmanns Friedl sind einige Stellen im Polizeipräsidium neu besetzt worden. Bei dieser Gelegenheit erhielt Regierungsrat Bernreuther die Leitung der politischen Abteilung. Bernreuther war aber die rechte Hand des Oberamtmanns Friedl und ist Mitglied der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei. Diese Parteiorganisation unterhält die enghen Beziehungen zum Freikorps Oberland, viele ihrer Mitglieder gehören gleichzeitig dem Freikorps an, das durch die letzten Enthüllungen als Mörderzentrale entlarvt wurde. Es besteht der dringende Verdacht, daß der jetzige Leiter der politischen Abteilung in der Münchner Polizeidirektion Kenntnis davon hat, auf welche Weise das Freikorps Oberland händlich von der Polizeidirektion über Material unterrichtet wurde, das gegen das Freikorps vorliegt. Bernreuther kennt auch wahrscheinlich die Zusammenhänge zwischen Polizeidirektion und Nationalsozialistischer Arbeiterpartei und weiß, warum sich diese Terrororganisation der Handhabung der Polizeigewalt eintrien soll, dann muß Bernreuther sofort von seinem Posten entfernt werden.

Aufhebung der militärischen Sanktionen vor der Washingtoner Konferenz?

Brüssel, 10. Oktober. (M.W.) Von Solz berichtet, daß die militärischen Zwangsmassnahmen in den ersten Tagen des November, jedenfalls aber vor der Washingtoner Abrüstungskonferenz aufgehoben werden.

Gulfschiffe für abgelieferte deutsche Schiffe.

Paris, 8. Oktober. Die Temps mitteilt, wurde Deutschland durch den Schiedsrichter für die an Frankreich abgelieferten Schiffe und Hafeneinrichtungen auf Reparationskonto die Summe von 15 450 000 Goldmark aufgeschrieben; die an die Tschechoslowakei auf der Donau abgetretenen Schiffe sind mit 338 840 Goldmark bewertet worden, die Schiffe auf der Elbe mit 8 350 000 Goldmark.

Die deutsche Hilfsexpedition in Rußland.

In einem Bericht an das deutsche Rote Kreuz vom 26. 9. teilt Prof. Wührens mit, daß die Hilfsexpedition des deutschen Roten Kreuzes in Petersburg von Vertretern der Regierung, des russischen Roten Kreuzes, der Ärzteschaft, sowie der Gewerkschaften auf das herzlichste empfangen wurde. Dem Wunsch des russischen Roten Kreuzes gemäß wird sich die Expedition zunächst in das am schwersten heimgesuchte Gebiet des Gouvernements Kasan begeben, um von dort aus auch die Wolga-Distrikte zu bereisen. Die Ausrüstung des Sanitätszuges ist nahezu vollendet, so daß er spätestens am 10. Oktober von Petersburg abgehen kann.

Behämpfung der Hungersnot durch Resolutionen.

Die internationale Konferenz verlangt Anerkennung der russischen Schulden.

Brüssel, 8. Oktober. Die Internationale Hilfskonferenz für Rußland nahm drei Resolutionen an und beendete damit ihre Arbeiten. Die erste Resolution erklärt, daß die durch die Hungersnot hervorgerufenen Verheerungen unter der russischen Bevölkerung derzeit schwer sind, daß die Konferenz ein sofortiges materielles und finanzielles Zusammenarbeiten der verschiedenen Regierungen für notwendig hält, um durch ein ausschließlich humanitäres und charitatives Hilfswerk der privaten Organisationen zu unterstützen. Eine strenge Kontrolle durch die Vereinten Nationen der Mächte in Rußland sei aber unerlässlich. Die zweite Resolution bestimmt, daß die Regierungen und privaten Organisationen aufgefordert werden sollen, bis zum 1. November sich über die Bedeutung ihres Zusammenarbeitens zu äußern. Die dritte Entschließung sieht vor, daß eine Mission nach Rußland entsandt wird, um über die tatsächliche Lage Bericht zu erstatten. Die vierte Resolution lenkt die Aufmerksamkeit der Fürsorge des Roten Kreuzes auf die Rettung der großen Zahl russischer Kinder, und zwar durch Methoden, die die Gesellschaften von Roten Kreuz für die besten halten werden. Die fünfte Entschließung erklärt, daß vor der Gewährung von Krediten die Regierungen die Anerkennung der bestehenden Schulden und der anderen Verpflichtungen, die aus der Verantwortlichkeit der russischen Regierung resultieren, durch die Sowjetregierung fordern werden. Außerdem sollen entsprechende Garantien für alle gewährten Kredite gegeben werden. Die Konferenz legt Wert darauf zu erklären, daß sie beim Fassen dieser Beschlüsse sich von der Verfolgung keines politischen Ziels (?) hat leiten lassen, und daß die Mittel, deren Anwendung sie verbindlich, die einzigen sind, die Garantien für die Bänderung des Elends in Rußland und für die Vermeidung einer Wiederholung bieten. Die italienische Delegation machte hinsichtlich der Anerkennung der Schulden durch die Sowjetregierung Vorbehalte. Wie verlautet, wird die Konferenz wieder zusammenzutreten, wenn neue Entschlüsse notwendig werden.

Der deutsche Vertreter erklärte Freitagnachmittag, daß infolge der Finanzlage Deutschlands eine Beteiligung an der fünftägigen Kreditaktion in Rußland nicht zulässig sei.

Wir meinen, wenn die Hungernden in Rußland keine anderen Garantien für die Bänderung ihres Elends und seine schnellere Hilfe bekommen könnten, dann wäre es schlimm um sie bestellt.

Kämpfe mit ungarischen Banden.

Wien, 10. Oktober. Ungarische Banden beschossen die Reichsbrücke bei Wiener-Neustadt und richteten Maschinengewehrfire gegen die Kirche und das Dorf Eisbühl. Die Bewohner des Dries flüchten nach Wiener-Neustadt. Der Reichswehr ist es gelungen, die ungarischen Banden zu vertreiben. Die Stadtwartung von Wiener-Neustadt hat von der Regierung eine Verstärkung für den Grenzschutz verlangt. Die Regierung hat diesbezügliche Maßnahmen getroffen.

Der österreichische Bundeskanzler Schober und die Vertreter Ungarns, Ministerpräsident Graf Bethlen und Graf Banffy sind zu der Konferenz in Venedig abgereist.

Die Goldvorräte in den Vereinigten Staaten.

New York, 4. Oktober. (M.W.) Nach Mitteilung des Schatzamtes betragen die Goldvorräte der Vereinigten Staaten 3 946 568 000 Dollar, während die Gesamtschulden um 1 788 000 gestiegen sind. Die Goldvorräte in den Vereinigten Staaten betragen am 1. September 3 377 417 980 Dollar. Das bedeutet eine Zunahme von 568 880 000 Dollar seit dem 1. August. Es ist dies die höchste Zunahme des Jahres. Unter den letzten Goldbeständen befinden sich 68 Millionen Goldmark aus den Reserven der Deutschen Reichsbank. Die Vereinigten Staaten verfügen jetzt über 42 Prozent der gesamten Goldvorräte.

Demzufolge befinden sich annähernd die Hälfte aller Goldvorräte der Erde in den Kellern der amerikanischen Banken. Sei der Bedeutung, die dem Golde unter den heutigen Verhältnissen innewohnt, ist zu ersehen, wach übertragenden Einfluß die Vereinigten Staaten auf die Entwicklung der Weltwirtschaftsverhältnisse zu nehmen imstande sind.

Trotz aller pazifistischen Schwärmerien scheinen die Amerikaner auf ihrem Schmelz zu bestehen. Nach einer Meldung des Daily Express drängen die Vereinigten Staaten auf Rückzahlung der eng-

lischen Kriegsschulden, die insgesamt 972 Millionen Pfund betragen. Diese Meldung ist zur Zeit noch unverbürgt. Bewahrheitet sie sich, dann wäre das der beste Beweis dafür, daß die Vorkämpfer Lloyd Georges bei den Leuten von der Downingstreet auf recht wenig Gegenliebe stoßen.

Auch die Morning Post meldet aus Washington, daß Amerika nicht die geringste Absicht zeige, die Kriegsschulden der Alliierten zu streichen. Nach anderen Meldungen heißt die Regierung der Vereinigten Staaten in Abrede, daß sie auf Bezahlung der internationalen Schulden dränge. Dagegen meldet Havas, Präsident Harding hege bezüglich der Rückzahlung der Schulden der Alliierten den „brennenden Wunsch“, daß der Kongreß die Verwaltung ermächtigt, den Schuldencrediten die Zahlungsbedingungen zu erleichtern. Er hegt die Hoffnung, daß der Kongreß die Bill bezüglich der Rückzahlung der fremden Schulden annehme, was seiner Ansicht nach die Lage zur Bezahlung dieser Transaktion bessern würde.

Das ist freilich auch nichts anderes, als ein platonisches Bekenntnis zu der Frage, in der man gegenwärtig die einzige Lösung der vollkommen verfahrenen Weltverhältnisse erblickt.

Ein Programm zur Rettung Polens.

Der Express berichtet aus Warschau: Das erste Auftreten des neuen Finanzministers Michalski im Sejm erweckte allgemeines Interesse durch die temperamentovolle Art, in der er große Vollmachten beanspruchte, um das verheerende Rettungsprogramm durchzuführen zu können. Diesem Programme nach soll durch ein Notopfer durch Ersparnisse in den einzelnen Ressorts und durch eine Milderung der Agrarreform die Tätigkeit der Notenpresse möglichst noch vor der Verausgabung der zur Deckung des Defizits erforderlichen weiteren 70 Milliarden allmählich zum Stillstand gebracht werden. Die Presse äußert sich im allgemeinen günstig für Michalski, während das Parlament sich zurückhaltender verhält. Die Arbeiterparteien nehmen Stellung gegen die Absicht Michalskis, den Zehntunzentag wieder einzuführen. Die Börse verhält sich abwartend, die polnische Mark notierte unverändert. Wie verlautet, beabsichtigt Michalski das Notopfer so hoch anzusetzen, daß es abgesehen von der geplanten Erhöhung der direkten Steuern allein etwa 70 Milliarden Mark ergeben soll.

Weiteres Vorrücken der Türken in Kleinasien.

Konstantinopel, 7. Oktober. (M.W.) Die jüngsten Berichte aus Kleinasien melden, daß die Türken in der Gegend von Marasli vorrücken, in der Absicht, die griechischen Truppenkonzentrationen im Jismus zu verhindern. Esti-Schehr ist vollständig eingeschlossen. Die Türken stehen zwischen Matala, 6 Kilometer nördlich der Stadt, und Akbair, 5 Kilometer südlich der Stadt. Auch an den übrigen Stellen der Front sind die türkischen Truppen im Vorrücken begriffen.

Es ist bereits viel von einem kleinasiatischen Sedan der Griechen geschrieben worden. Die vorliegende Meldung läßt dieses Ereignis als möglich erscheinen. Sie steht freilich im Gegensatz zu andern Nachrichten, die besagen, daß sich die griechische Front in den Aufnahmestellungen zwischen Esti-Schehr und Akbair Karahisar gefestigt habe. Die Meldungen von kleinasiatischen Kriegsschauplatz sind auch weiterhin mit größter Reserve aufzunehmen.

Angoras Stellung zu den Friedensverhandlungen.

Paris, 7. Oktober. Wie der Temps aus Konstantinopel meldet, wird aus Angora bekundet, daß Verhandlungen über eine Regelung des griechisch-türkischen Konflikts angebahnt sind. Man erwartet täglich die Entschloßung der Regierung. Wenn man jedoch der letzten Erklärung Mustafaas Rechnung trägt, erscheinen Verhandlungen unmöglich, bevor die nötige Räumung Anatoliens durch die griechischen Streitkräfte erfolgt sei.

Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien?

Neuer meldet, das japanische Volk sei für die Zurückziehung der japanischen Truppen aus Sibirien, hauptsächlich wegen der großen Unkosten. Mit Vertretern der Regierung von Tschita wurde über eine eventuelle Räumung verhandelt. Japan verlangt Garantien für die Sicherheit seiner Untertanen und des Besitzes.

Russische Erfolge in der Westmongolei. Aus Moskau wird gemeldet, die Truppen Sowjetrußlands und der Republik des Fernen Ostens hätten die Abteilungen des Generals Bakisch, eines Partisanenführers von Ungarn-Sternberg, in der Westmongolei vernichtend geschlagen. Die Stadt Scharamuma, das Hauptquartier Bakischs, sei nach hartem Kampf genommen, die Zahl der Gefangenen betrage über 2000. Bakisch sei mit den Überresten seiner Truppen in die mongolische Steppe geflohen und werde von der roten Kellerei verfolgt.

Von Nah und Fern.

Kraubüberfälle in Oberschlesien. Beuthen, 8. Oktober. Am Donnerstag in den späten Abendstunden wurden in der Schlammföhre der Heintzstraße 114 000 Mark geraubt. Der Raub war dadurch möglich, daß der Schichtmeister vor dem geöffneten Geldschrank infolge Herzschwäche zusammengebrochen war.

Boguskiß, 8. Oktober. Heute vormittag um 8 Uhr wurde die Stationenstraße von Boguskiß von vier Banditen überfallen. Diese hatten es auf die Borschußgelder für die Arbeiter, die heute gezahlt werden sollten, abgesehen. Der Raub mißlang. Die Räuber entflohen und wurden verfolgt, wobei sich auf dem Kirchhof ein Gefecht entspann. Von den Räubern soll einer verletzt sein.

Gesunkener Dampfer. London, 9. Oktober. (Neuer.) Der Dampfer Rowan ist auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin im Firth of Clyde bei dichtem Nebel naheinander mit zwei Dampfern zusammengestoßen und untergegangen. Nach einer amtlichen Meldung hatte der Dampfer 56 Passagiere und 37 Mann Besatzung an Bord. Vermutet werden drei Passagiere und 13 Mann der Besatzung.

Der erste Schnee in Neuork. Neuork, 10. Oktober. (M.W.) Am Sonnabend ist in Neuork der erste Schnee gefallen. Die Temperatur ist empfindlich gesunken.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Walter Freitag in Leipzig. Verantwortlich für den Inseratenteil: Friedrich Müller, Borsdorf-Weipzig. Druck u. Verlag Leipziger Buchdruckerei Aktien-Gesellschaft. Verlags-

Stenotypisten- und Handelskurse
Rackow
Auskunft und Prospekt kostenlos ab Montag, den 10. Oktober
Windmühlenstr. 32, III
Diese Nummer umfaßt 10 Seiten.

Nützliche Bekanntmachungen.

Gemeinde-Spartasse Liebertswolkwitz
25 800 000 Mark Einlage-Guthaben
1 287 000 Mark Rücklagen
Geschäftszeit 8-1 Uhr.

Die Spartasse Leubisch bleibt am 14. und 15. Oktober wegen Reinigung der Geschäftsräume geschlossen.

Spartasse Gaußsch
Wegen Reinigung [*] am 10. und 11. Oktober geschlossen.

USPD. Groß-Leipzig

Alt-Leipzig, Osten. Donnerstag, 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr. **Versammlung im Pantheon, Dresdner Straße.**
Tagesordnung: 1. Die Tätigkeit der USPD. im Gemeinderat. 2. Referent: Stadtverordneter Genosse K. Krüger. 3. Verschiedenes. Wir erwarten, daß alle Genossen und Genossinnen erscheinen.
Der Vorstand.

Achtung, Zimmerer!

Die auf Dienstag angelegte **Mitglieder-Versammlung im Pantheon** findet an diesem Tage nicht statt, sondern

Mittwoch, den 12. Oktober
abends 5 Uhr
im **Volkshaus, Gesellschaftssaal**
Pünktliches Erscheinen ist dringend notwendig.

Skatspieler finden ab 2 Uhr Anschluß. **W. Schäfer, Berliner Str. 28.**
Tapeten R. L. - Kan Bordo Meter von 5 3 an **Wachstuch-Rosto** blaug. **Körner, Elisenstraße 64, Ecke Körnerstr. Kein Laden.**

Nachtfalter

Hainstrasse 18
Allabendlich 7 1/2 Uhr
Kabarett.

Sonntags: Einlad 3, Anfang 7 1/2, Ende 11 Uhr
Wochentags: Einlad 4 1/2, Anfang 5, Ende 11 Uhr

Rindensfels

Karl-Seine-Straße 50 Fernruf 18105/06
Morgen Dienstag:
Goliath Armstrong

Der große Abenteuer-Film
4. Teil: Den Fluten preisgegeben
5. Teil: Der Tod im Norden.....
16 6 Akte

Die holländische Insel Marken.
Prachtvolle Naturaufnahme.

Wintergarten

Eisenbahnstraße 56 Fernruf 18195/06
Morgen Dienstag:
Die Geliebte Roswolskys.

5 Akte mit
Paul Wegener, Ulla Nielsen, Max Landa.

Seefahrt ist not!

Lebensbild in 5 Akten mit
Lucie Höflich - Hans Marr

(Ohne Verantwortung der Redaktion.)

Den Rauchern zur Beruhigung.

Viele Beschwerden, die man als nervöse erklärt, sind oft nur eine Folge des zu vielen Rauchens. Oft scheinen die Beschwerden mit dem Rauchen gar nicht im Zusammenhang zu stehen, aber der beste Beweis dafür liegt darin, daß sie von selbst verschwinden, wenn das Rauchen für längere Zeit eingestellt wird. Dierher gehören: Schlaflosigkeit, Halsentzündungen, Ohrenschmerzen, Schläfenwehen vor den Augen, Alpträumen, böse Träume, Appetitlosigkeit, Menenleiden, laures Aufstehen, Schlingen, Kopfen, Herzbeschwerden, Atemnot, Lungenleiden, Schwindelanfälle, sexuelle Entkräftung, Arbeitsunlust, Aufgeregtheit usw.

Wachten Sie diese Warnungen Ihres Körpers nicht, denn es können ernste Folgen daraus entstehen, wie Arterienverkalkung, Erblindung, ja sogar Geisteskrankheit und Schlaganfälle.
Wenn Sie also schon einige oder gar mehrere der vorgenannten Beschwerden an sich bemerkt haben, so sind Sie es sich und Ihrer Familie schuldig, Ihr Rauchen gänzlich einzuschränken; am besten stellen Sie es, wenigstens für längere Zeit, ganz ein.

Doch dies ist leichter gesagt als getan. Die ersten schädlichen Folgen des vielen Rauchens machen sich gerade im Nervensystem bemerkbar, meist durch Verabfolgung der Energie und Willenskraft. Aber selbst wenn Sie durch Aufbietung all Ihrer Energie und

Zentral-Verband der proletarischen Freier Deutschlands (Sitz Dresden)

Beirat Leipzig, Ortsgruppe Stötteritz-Größschke
Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

Gr. öffentl. Versammlung

im Brauereigarten „Berg-Idyll“, Stötteritz
Vortrag des Genossen B. Meite, Landtagsabgeordneter, Vorsitzender vom Zentral-Verband der proletarischen Freier Deutschlands (Sitz Dresden) über:
Die Arbeiterschaft, Schule und Kirche
Hierzu freie Aussprache.
Proletarier erscheint in Massen. Keiner darf fehlen.
Schließt Euch alle dem Proletar, Freier-Verbande an.
Der Vorstand der Ortsgruppe L.-Stötteritz.

Streireligiöse Gemeinde.

Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7 Uhr
im Volkshaus, Café

Gemeinde-Versammlung

Tagesordnung: 1. Bericht vom Bundestag. 2. Bericht über das Gemeindegeld. 3. Voranschlag für das Geschäftsjahr 1922. 4. Ist eine Beitragserhöhung notwendig? 5. Das Gehalt unseres Sprechers. 6. Bericht des Geschäftsführers über den Stand der Feuerbestattungstasse. 7. Erweiterungen der Säuhngen der Feuerbestattungstasse.
Mitglieder! Zeigt euer Interesse für das Wachsen der freigeistlichen Bewegung durch zahlreiches Besuch.
Der Vorstand.

„Senefelder-Verein“

Kranken- und Sterbe-, sowie Invaliden- und Witwenkasse der Lithographen und Steindruckere in Leipzig.
Freitag, den 14. Oktober 1921, abends 7 Uhr
Außerordentliche Generalversammlung
im Restaurant Bauer, Täubchenweg.
Tagesordnung: 1. Vnderung der Statuta in den §§ 8 u. 9. Den Beitrag auf 2 Mk. und das Krankengeld auf 30 Mk. wöchentlich zu erhöhen.
Der Vorstand.

Die beliebtesten Weigler-Liköre

dürften in keinem Lokale fehlen!
A. Weigler, Leipzig
Taubacher Straße 22
Kilbrige Vertreter gesucht.

Ortsverein L.-Ost

(U. S. P. D.)
Donnerstag, den 13. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

Halbjahrs-General-Versammlung

in Kahlers Festhale, Volkmarisdorf.
Tagesordnung: 1. Geschäfts- und Kassensbericht über das abgelaufene Sommerhalbjahr. 2. Die Tätigkeit der U. S. P. D. Vertreter im Stadtparlament. Referent: Genosse August Böhle. 3. Aussprache. 4. Vereinsangelegenheit.
Am Saaleingang ist das Mitliedsbuch vorzusetzen.
Zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwartet.
Der Vorstand.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands

Bureau: Oberstr. 1 (Hotel Victoria), I. Etage, Zimmer 8-4. Tel. 15790.
Zahlstelle Leipzig.
Bureauzeiten: Vorm. 9-12, nachm. 5-7 1/2 Uhr. Sonntags nur 9-11 Uhr.

Sitzung aller Funktionäre

Mittwoch, den 12. Oktober, abends 7 1/2 Uhr.
im Volkshaus, Café. Die Tagesordnung ist äußerst wichtig, jeder Funktionär muß erscheinen.

Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 14. Oktober, im Volkshaus, großer Saal. Eintritt nur gegen Vorzeigen des Mitliedsbuches.

Mausfrauen, jetzt für den Winter stricken!

Wolle wird sehr teuer!

Reinwoll. Strickgarn 4⁹⁵
wunderbare, welche Qualität 5 Gebind Mk.

Hemdentuche, Nessel, Barchente, Bettzeuge
zu billigen Preisen.

Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Gebr. Pergamenter
Windmühlenstr. 32

Windmühlenstr. 32

Selbstbeherrschung das Rauchen eine Zeitlang lassen würden, so wäre diese Art der Abgewöhnung doch eine unnütze Beanspruchung Ihrer Nervenkraft, die Sie wahrscheinlich für andere Zwecke besser verwerten oder aufsparen können.
Daher ist es zu befehlen, daß es leicht ein einfaches Mittel aus harmlosen Pflanzenextrakten gibt, womit Sie das Rauchen ganz nach Belieben einschränken können, ohne jede Entbehrung und ohne unnötigen Willensaufwand. Gerade wie niemand zu Schlagabne zum Rauchen haben, sobald er eine Pastille Raucherheil im Munde zergehen läßt. Es wagt eben nicht zusammen. Die Geschmacksnerven verlangen beim Schluckauf-Essen nicht nach laurem Hering, sie sind auf anderes eingestellt. Gerade so kann Raucherheil die Geschmacksnerven beeinflussen und umstimmen, so daß Sie kein Verlangen nach Tabakgenuß haben werden.
Diese Art, das Rauchen nach Belieben einzuschränken, oder es nach Wunsch eine Zeitlang einzustellen, ist doch weit angenehmer, als der kühnliche Kampf um jede Zigarre oder Zigarette. Dieser Kampf zerrüttet die Nerven vielmehr noch mehr als das Rauchen selbst, und meist unterliegt man noch dabei.
Daneben bereitet der witzige Geschmack des Raucherheils jedem Raucher schon allein Genuß, ebenso wie der feine, wohlthuende Duft. Außerdem aber bewirkt das Raucherheil jeden üblen Atem- oder Mundgeruch und wirkt den schädlichen Einflüssen des Tabaks entgegen, besonders beim giftigen Nikotin, so daß die Zigarre, Zigarette



Besten wir Qualitätsgarantie. Unsere neue Zweigfabrik Berlin-Pichelsdorf ist eröffnet und bitten wir, einen Besuch mit unseren Sabrikalen zu machen.

Bergisch-Märkische Margarine-Werke

F.A. Jisserstedt Akt.Ges.
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

Vertretung u. Fabriklager: **Alfred Neubauer**
Leipzig, Gabelbergerstrasse 1 — Telephon No. 5587.

Mieterverein Markranstädt.

Dienstag, 11. Oktober, in der Guten Quelle:
Öffentl. Versammlung.
Der Vorstand.

Inserate

sind nicht an die Redaktion sondern a. d. Expedition d. Zeits. Volkswirtschaft zu richten.

Echtes Thalyia-Grahambrot

markenfrei
Echtes Thalyia-Bumperridel
markenfrei

köstliches Kraft- und Gesundheitsbrot für Gesunde, bei Magen- und Darmleiden und für Zuckerfranke ärztlich empfohlen.

In den Thalyia-Geschäften
Neumarkt 40 und Vororten
sowie in den Brot-Verkaufsstellen von
Gebr. Joachim, Päß & Co.

Pilpeln

Wissner
bade ich durch Schaumauflage von Obermeyer's Medizinmal beseitigt.

Jurbor-Frisu
zur Nachbehandlung im Herbo-Graue besonders zu empfehlen. In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

Zahnpraxis Rehme,

Waffenfelder Str. 3, II. Am Alten Theater. Mod. preisw. Zahnersatz in Gold, Silber, Nickel u. Kunstschmelze. Täglich für preuß., sächs., Eisenbahn-, Post-, Innungs- und andre Krankenkassen.

Familien-Nachrichten

Unserem lieben Feuergeist und lobenswerten Genossen, Lehrer, Freund und Kämpfer
OTTO JENSSEN

senden wir zu seinem **Ehebunde** mit Genossin **LISA ALBRECHT**

ein donnerndes Vivat! mit dem Wunsche, daß die Beiden bald neu verjungt u. doppelt Finken sprühend in unserer Mitte stehen. Miroz, Prolet - arier, langer L., - oro, Kollontaj.

Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Vaters, Schwieger- und Großvaters, des **Rätkners**
Emil Geyer

sagen wir allen, die ihm durch Blumen und Gesel die letzte Ehre erwiesen, unsern herzlichsten Dank.
Dir aber, lieber Vater, rufen wir ein Ruhe sanft in dein kühles Grab nach.
Lebena u. den 8. Oktober 1921
Karl Golsberg und Frau geb. Geyer.

oder Weise, die Sie sich noch gönnen wollen. Ihnen nicht nur weit besser schmecken, sondern auch vorzüglich bekommen wird.
Versuchen Sie Raucherheil eine Zeitlang. Sie werden gewiß sehr befriedigt davon sein, eine so angenehme Methode kennen gelernt zu haben, das Rauchen nach Belieben einzustellen zu können und so wieder Herr über sich und Ihre Leidenschaft geworden zu sein, wie jeder rechte Mann es sein sollte.
Durch unsere Erfahrungen und die achillösen Anerkennungen sind wir so festensich von der prompten Wirktuna des Raucherheils überzeugt, daß wir Ihnen eine genügende Probe davon zu einem ausreichenden Versuch gratis und franko sehr gern übersenden wollen.
Versuchen Sie die Gratisprobe, he wird Ihnen gut bekommen, denn wir garantieren Ihnen für absolute Harmlosigkeit. Sie werden uns dankbar sein, daß wir Ihnen Gelegenheit geboten haben, ein so gutes Mittel ohne Kosten kennen zu lernen. Sie werden es gern weiter gebrauchen und weiter empfehlen. Darin liegt unser Vorteil.
Berichten Sie es nicht, sondern schreiben Sie heute noch nach Ihrer Gratisprobe, denn je eher Sie lernen, Ihr Rauchen auf ein vernünftiges Maß einzuschränken, desto weniger Beschwerden werden Sie später haben und desto mehr Jahre können Sie sich am Genuß eines guten Tabaks erfreuen; ja heute schon könnten Sie sich eine bessere Sorte rauchen, wenn Sie durch Raucherheil weniger rauchten, also schreiben Sie jetzt gleich, ehe Sie es vergessen, an Hauptniederlage für Raucherheil, Victoria-Apothete, Berlin B 37, Friedrichstr. 19. Zu haben in Leipzig in den Niederlagen: Engel-Apothete, Markt 12, König-Salomons-Apothete, Grimmaische Straße.

Wetterbeobachtungen (Zoologischer Garten) in Leipzig.

Table with weather data for Leipzig, including temperature extremes, precipitation, and wind direction for October 9th and 10th.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 10. Oktober.

Parteiangelegenheiten.

Nordbezirk. Dienstag, abends 7/8 Uhr, Besprechung der Ortsvereinsvorsitzenden im Rickau-Ausschank. Jeder Ortsverein muß vertreten sein.

Neuschönefeld. Dienstag, 11. Oktober, abends 8 Uhr, Funkkonzert im Sophienschlößchen. Pünktlich erscheinen.

Schönefeld. Heute Montag im Gesellschaftshaus Diskussionsabend. Referent Genosse Frenzel. Zahlreiches Erscheinen erwünscht.

Wühlig. Heute, abends 8 Uhr, Frauenabend im Stern. Vortrag über Blindensorge von der Leipziger Blindenpflegerin Frä. Mannsdag. Freitag Besichtigung eines Erziehungsheimes.

Frauen-Agitations-Kommission Groß-Leipzig tritt am Mittwoch, dem 12. Oktober, abends 7/8 Uhr, vor der Warm-Bersammlung in den Weidenhallen zusammen.

Kinder von Wagnitz-Lindenau-Schleswig treffen sich zum Besuch von Papa Kleinerich am Mittwoch, nachmittags 1/2 2 Uhr, auf dem Karl-Heine-Platz. Eintritt 75 Pfg. Karten sind in den Villalen zu haben.

Männerchor Leipzig-West und Sängerkor Thonberg-Stätterich. Dienstag, abends 7 Uhr, Gesangsprobe im Volkshaus. Pünktliches und vollständiges Erscheinen ist Pflicht. Der Vorstand.

Gewerkschaftsvorstände. Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, im Volkshaus, Gartensoal Konferenz. Tagesordnung geht schriftlich zu.

Kurze des Gewerkschaftsartikels. Am Dienstag, dem 11. Oktober, beginnen folgende Kurse: Das gewerbliche Arbeitsrecht, Lehrer Arbeitserleichterung, im Volkshaus, Billardzimmer, abends 7/8 Uhr; Das Betriebsratsgesetz, Lehrer Arbeitserleichterung, im Volkshaus, Zimmer 4, abends 7/8 Uhr; Allgemeine Bilanzkunde, Lehrer Buchhalter Helbig, Lehrsaal des Arbeiter-Bildungs-Instituts, Brauntstraße 17, abends 7 Uhr. Eine schriftliche Einladung erfolgt nicht. Meldungen werden vor Beginn noch angenommen. Gewerkschaftsartikell Leipzig.

Gruppenrat 7. Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 104.

Gruppenrat 4. Dienstag, den 11. Oktober, abends 7 Uhr, Sitzung im Kartell, Zimmer 101.

Eine Tagung für Rückschritt.

In Leipzig tagte am Sonnabend und Sonntag der zweite Sächsishe Handwerkerkongress. Sein Verlauf hat bewiesen, daß die Führer der selbständigen Handwerker vom Geiste des Rückschritts erfüllt sind, und daß zahlreiche Handwerker nicht sehen wollen, daß es eine Fortentwicklung gibt und daß auch das Handwerk dem Geiste der Veränderung unterworfen ist. Man will festhalten am Alten, Ueberlebten, und erkennt nicht, wie sehr man damit das Handwerk selbst schädigt.

Am Sonnabend beschäftigte sich der Handwerkerkongress, dem Vertreter der sächsischen Regierung und der Stadt Leipzig beiwohnten, mit der Aufstellung von Richtlinien zur Durchführung des neuen Handwerkergesetzes in Sachsen. Am Sonntag wurde die Stellung des Handwerks zur Wirtschafts- und Sozialpolitik der Gegenwart erörtert. Der Referent, Syndikus Weber-Dresden, sprach gegen die Kommunalisierungsbestrebungen. Er wandte sich dagegen, daß die sächsische Regierung die Bauhütten und Genossenschaften finanziell unterstütze. In einer Entschliessung, die einstimmig angenommen wurde, fordert das sächsische Handwerk u. a. die Unterlassung jeder Art von Kommunalisierung für die Betriebe des Handwerks und Gewerbes. Es ist bezeichnend, daß die Handwerkermeister sich auf diesem Gebiete blind stellen, denn wenn sie sehen würden, müßten sie erkennen, daß die wirtschaftliche Entwicklung, die Not der Gemeinden zur Kommunalisierung drängen. Willst der Handwerker wäre es, rechtzeitig hierzu im positiven Sinne Stellung zu nehmen. Das würde im Interesse des Handwerks dienlicher sein. Die Kommunalisierung bedeutet noch nicht das Ende des Handwerks, des Gewerbes, sondern nur die Zusammenfassung seiner Kräfte, die bessere Ausnutzung der entwickelten Technik, die Wahrung der Interessen der Allgemeinheit. Viele Handwerker, die sich heute nur mühsam über Wasser halten, die in mangelhaften Werkstätten mit technisch veralteten Arbeitsmitteln produzieren, würden in einem kommunalisierten Betriebe eine wesentlich glücklichere Position haben.

In der Entschliessung wurde weiter gefordert die Beseitigung jeder Art von Zwangsverwaltung, einschließlich des Wohnungsgewerbes. Würde diese Forderung erfüllt werden, so würden zahlreiche kleine finanzschwache Handwerker in eine trostlose Lage kommen. Die Mieten für Wohnungen, für Werkstätten würden enorm steigen. Dann würden die Hauswirte erst einmal grübeln, die Konjunktur auszunutzen, wobei zahlreiche Handwerker als Mieter zweifellos unter den Schritten kommen würden. Wenn sie sich von der Freigabe der Wohnungen ein Aufblühen der privaten Bautätigkeit oder mehr Aufträge über Ausführung von Reparaturen versprechen, so täuschen sie sich. Auf dem Wohnungswesen gibt es nur einen Weg, und das ist der Weg zur Sozialisierung des Grund und Bodens, der Gebäude, der Weg zum umfangreichen Bau von Wohnungen durch Gemeinden, Staat und Reich. Eine Rückkehr zu den alten Methoden auf dem Gebiete des Wohnungswesens kann es nicht geben. Damit sollten sich Hausbesitzer und Handwerker endgültig abfinden.

Der Handwerkerkongress unternahm auch einen Vorstoß gegen den Achtstundentag, indem er in der Entschliessung Rücksichtnahme der verschiedenen Arbeitszeitbestimmungen auf die besonderen Betriebsverhältnisse des Handwerks und die Bedürfnisse der Volkswirtschaft (Saisengewerbe) forderte. Werden solche Konzessionen ge-

macht, so kommen auch Handel und Industrie und der Achtstundentag ist dahin. Weiter verlangte der Handwerkerkongress wirksamen Schutz gegen die Schädigung des selbständigen Handwerks durch die nebenberufliche Tätigkeit der in einem festen Arbeitsverhältnis stehenden Personen nach ihrer gesetzlichen Arbeitszeit. Der beste Schutz ist die ausreichende Bezahlung der im festen Arbeitsverhältnis stehenden Personen, die Bekämpfung des Nahrungsmittelewuchers. Nach der Richtung hat der Handwerkerkongress vollkommen verfehlt. Nicht ein Wort gegen die Ausraubung der arbeitenden Bevölkerung durch die Großindustriellen, Großarbeiter und Großkapitalisten. An diesen brennenden Tagesfragen ist der Handwerkerkongress, ohne ein Wort zu sagen, vorbeigegangen. Dabei werden viele Handwerker durch diesen Wucher ebenso schwer getroffen wie die Arbeiter. Doch für berat wichtige Fragen haben die im deutsch-nationalen Fahrwasser gelegenen Führer des Handwerks kein Interesse. Nur beim Kapitel Steuererleichterung und Handwerk erwählte der Referent, Obermeister Biener-Chemnitz, den „verbreiterlichen Betrieb an der Börse mit Industriepapieren“. Das war alles. In einer Entschliessung betonte zwar das Handwerk, an der Aufbringung der Steuerlast mitzuwirken, man wandte sich gegen das Steuerprivileg der Konsumvereine im sächsischen Gewerbesteuergesetz, und es wurde weitgehende Rücksichtnahme auf die Produktionsmittel des Handwerks gefordert. Auch soll jeder steuerliche Eingriff in die Betriebsmittel des Handwerks unterbleiben. Ungefähr so begründen auch die Agrarier ihre abschneidende Haltung zu den Besitzsteuern. Daß auf kleine Handwerker Rücksicht genommen werden muß, ist selbstverständlich, daß aber die wohlhabenden Gewerbetreibenden zur Aufbringung der Kosten für den verlorenen Krieg herangezogen werden müssen, ist ebenso selbstverständlich, zumal auch in ihren Reihen während des Krieges das Durchhalten gepredigt wurde, und zumal diese Kreise sich ebenfalls am Kriege bereichert haben.

Nach der Tagung, die mit dem Gesänge: Deutschland, Deutschland über alles geschlossen wurde, formierten sich die Teilnehmer zu einem Umzuge durch die Stadt, der auf dem Reichsgerichtspratz sein Ende erreichte. Außerlich sahen die Arrangements noch einmal das mittelalterliche Handwerk entstehen, um zu dokumentieren, daß sie von dem Geiste der neuen Zeit nichts wissen wollten. Trotzdem wird sich dieser Geist auch im Handwerk durchsetzen. Kommunalisierung und Sozialisierung werden marschieren, trotz aller rednerischen Bemühungen, trotz des Aufwands aller Fahnen und Reliquien aus dem Mittelalter.

Die Stadtverordneten Leipzigs zur Verkehrsfrage.

Der Verkehrsverein Leipzig schreibt: Die Stadtverordneten haben in ihrer Sitzung vom 5. Oktober 1921 auf Antrag ihres Verkehrsausschusses und im Anschluß entsprechender Eingaben des Verkehrsvereins Leipzig und der Arbeitsgemeinschaft zur Förderung des Leipziger Verkehrs (darunter die Handelskammer) beschlossen, den Rat der Stadt Leipzig zu ersuchen, Mittel und Wege zu finden, um die Errichtung eines Bezirksseilbahnstrahls und einer Eisenbahndirektion in Leipzig nach Kräften zu fördern. Wie bekannt, sieht der Entwurf der Reichsregierung über die Errichtung von Bezirksseilbahnstrahlen einen solchen Bezirksseilbahnstrahl auch für Leipzig vor, der die Bezirke der Eisenbahndirektionen Dresden, Leipzig, Erfurt und Halle umfassen soll. Gegen diesen Entwurf sind in letzter Zeit aus den genannten Städten heftige Widersprüche laut geworden, die sich nur auf eine unzureichende und partikuläre Auffassung stützen können; im Verkehrs- und Wirtschaftsleben darf eine solche engherzige Ansicht nicht mehr maßgebend sein. Der Reichsausschuss hat sich durchaus kein geschlossenes „Wirtschaftsgebiet“; die Interessen seiner größten Städte, Leipzig, die unmittelbar an den Grenzen der Freistaaten Preußen und Thüringen liegt, nähern ebenso sehr nach dem Freistaat Sachsen wie nach den benachbarten preussischen und thüringischen Gebieten zu, und es ist deshalb mit großer Freude zu begrüßen, daß jetzt auch die Stadtverordneten Leipzigs sich energisch in dieser für Leipzigs künftige Entwicklung so wichtigen Angelegenheit eingeklagt haben.

Schutz der Kriegshinterbliebenen gegen Zwangsvollstreckung.

Das Versorgungsamt schreibt uns: „Nach Ablauf der zuletzt durch Gesetz vom 22. Dezember 1920 bis zum 1. Juli 1921 verlängerten Gültigkeit des zum Schutze der Kriegsteilnehmer gegen Zwangsvollstreckung erlassenen Gesetzes ist von einer Verlängerung dieses Schutzgesetzes abgesehen worden, da nach übereinstimmender Ansicht der zuständigen Reichs- und Landesstellen der Zweck des Gesetzes durchaus erreicht war. Die Kriegsbeschädigten sind inzwischen in den weitaus meisten Fällen wieder in der Lage, ihre wirtschaftlichen Verhältnisse allein zu regeln; ein weiterer gesetzlicher Schutz würde ihrer Selbstständigkeit und auch ihrer Kreditfähigkeit Abbruch tun. Anders stehen in dieser Beziehung die Kriegshinterbliebenen da. Infolge des Todes ihres Ernährers plötzlich auf sich selbst angewiesen, bedürfen sie in der Regel wegen ihrer Unkenntnis der Verhältnisse und Unselbstständigkeit eines besonderen und länger andauernden Schutzes, und zwar sowohl auf dem Gebiete der Zwangsvollstreckung, wie überhaupt bei der Prozeßführung. Dieser Schutz ist den Kriegshinterbliebenen gewährt worden, zwar nicht in Gesetzesform, wohl aber durch die Einführung eines zweckentsprechenden, den wirtschaftlichen Verhältnissen Rechnung tragenden Zusammenwirkens zwischen den Prozeßgerichten und den Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge. Auf Anregung des Reichsarbeitsministers hat der Herr Reichsjustizminister am 29. April 1921 ein Rundschreiben (vergl. Reichsversorgungsblatt Jahrg. 1921 Bl. 37, Nr. 637) an die Landesjustizverwaltungen gerichtet, in welchem die Gerichte veranlaßt werden, von sich aus Verfügungen zu treffen, ob es sich bei Beklagten um schutzbedürftige Kriegshinterbliebenen handelt. Kommen solche in Frage, dann werden die Gerichte hinsichtlich der Fürsorgestellen Mitteilungen machen und diese Stellen dadurch in die Lage versetzen, mit größter Beschleunigung zu prüfen, ob ein Eingreifen der Fürsorge nach Lage des Falles notwendig erscheint. Die erforderlichen, falls alsdann sofort einsetzende Tätigkeiten der Fürsorgestellen hat dahin zu wirken, daß durch Verhandlungen mit den Gläubigern erleichterte Zahlungsbedingungen, Stundung, Herabsetzung der Schuldsomme usw. vermittelt werden. Sie hat ferner für Berechtigung von Mitteln und Herabgabe von Darlehen Sorge zu tragen, aber auch andererseits der pünktlichen Innehaltung der für die Verpflichteten erwirkten günstigeren Zahlungsbedingungen Beachtung zu schenken. Es darf erwartet werden, daß durch dieses Zusammenwirken von Gerichten und Fürsorgestellen wirtschaftlichen Schädigungen der Kriegshinterbliebenen in vielen Fällen vorgebeugt werden wird.“

Soweit ausnahmsweise einzelne Kriegsbeschädigte zur Führung ihrer Angelegenheiten, einschließlich etwaiger Prozesse, nicht in der Lage sein könnten, werden die Fürsorgestellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge ebenfalls ohne weiteres eintreten und ihnen Schutz und Hilfe angedeihen lassen.

Nochmals die Liste des Bürgerauschusses. Wie wir bereits berichtet, läßt der Bürgerauschuss in den Häusern der Stadt Listen zirkulieren, in denen sich die Wähler für die Stadtverordnetenwahl einzeichnen sollen. Diese Listen werden jetzt zum Teil ohne Angabe über ihre Herkunft ausgeben, so daß damit der Eindruck erweckt wird, es handle sich um amtliche Listen. Wir warnen die Bevölkerung, die Listen auszufüllen; sie gehören in den Wahllokalen! Bei der Gelegenheit wollen wir auch die Kleinliche Gehässigkeit festnageln, mit der der rote Kurier die Wahlvorbereitungen der Unabhängigen beurteilt. Die Tatsache, daß die Funktionäre unserer Partei Hausanfragen getrieben haben, wobei sie Namen der Wähler in eine Liste eintrugen, nennt der rote Kurier „das Fischen im Trüben“. Wörtlich schreibt er dann: Sie schickte Mitte September ihre Funktionäre in die Wohnungen der Leipziger Einwohner mit Formularen zum Ausfüllen. Ganz Kluge verstanden natürlich der Gehässige einen etwas amtlichen Anstrich zu geben. Nun ist der Leipziger Bürgerauschuss auf dieselbe Methode verfallen. Nur ist er auf seine Art ehrlicher und hat seinen Namen bekanntgegeben, was bei den Unabhängigen nicht der Fall gewesen ist.

Der vom roten Kurier gelobte „eheliche“ Bürgerauschuss kann sich diese Ehrenerklärung hinter den Spiegel stecken, die Arbeiter aber können daraus ersehen, daß der rote Kurier jetzt noch tiefer gesunken ist, als er es schon war.

Eine öffentliche Sitzung der Stadtverordneten findet am Mittwoch, dem 12. Oktober, anschließend an die gemeinsame Sitzung der beiden städtischen Kollegien statt. Das Stadtverordneten-Kollegium wird u. a. beraten über die Gewährung weiterer Beihilfe an das Konservatorium der Musik, über den Haushaltplan der Stadt Leipzig auf das Jahr 1921/22 im allgemeinen, über Bewilligung von Mitteln zur Vertilgung der Ratten, über eine Eingabe wegen Zusammenlegung der städtischen Malerei- und Antiquarier-Abteilungen, über eine Eingabe wegen der Mietsteigerungen des Einigungsamts usw., über die Erhebung von Gebühren von den die Poliklinik des Kinderkrankenhaus aufsuchenden Patienten, über die Eingabe wegen Anlegung einer Gartenparanlage im Volkspark zu Leipzig-Schönefeld, über die Einrichtung eines Wohlfahrtsamts, über Ausbau der Erziehungs- und Pflegeanstalt Leipzig-Lindenau als Pflanzamt für sittlich gefährdete Frauen und Mädchen.

Billige Schuhe — der militärische Köder. Zu dieser Notiz in der Freitagnummer teilt uns Herr Walter Martin mit, daß er die Beizugscheine der Freien Vereinigung Gren. Reg. Nr. 100 nicht zugestellt hat. Er hat sie einem Herrn verabfolgt, der sie, ohne daß er etwas davon wußte, an die genannte Freie Vereinigung abgegeben hat.

Geschäftszeit beim Rat und beim Polizeiamt vom 15. Oktober 1921 bis 31. März 1922 täglich von 8-4, Sonnabends bis 1/4 4 Uhr. Publikumsverkehr: Täglich von 8-1 Uhr, ausgenommen:

- 1. Arbeitsnachweis von 8-4, Sonnabends bis 1/4 4 Uhr
2. Kartenverteilung von 8-1/4 4 Uhr
3. Leihhaus von 8-3, Sonnabends von 8-2 Uhr
4. Kassenstellen der Sparkasse von 8-3, Sonnabends von 8-1/3 3 Uhr
5. Berufsberatungstelle von 9-2 Uhr
6. Schulgebäude im Stadthaus von 12-2 Uhr
7. Stadtpolizei, Stiftungsbudhalterei, Sportel-, Depoiten- und Hauptpostamt von 9-1 Uhr
8. Erledigung dringlicher Polizeiangelegenheiten noch bis 6 Uhr nachmittags im Polizeigebäude, Kriminalabteilung im Polizeigebäude, Kriminalstelle im Hauptbahnhof und sämtliche Bezirkswachen tags und nachts ununterbrochen geöffnet.

Beihilfen für bedürftige ehemalige Kriegsgefangene. Die Reichsregierung hat alle bisherigen Bestimmungen für die Abgabe der Kriegsgefangenenanträge auf Wohnung und auf Entschädigung für abgenommene Gegenstände aufgehoben und den Landeshilfsausschüssen Mittel zur Verfügung gestellt, um den ehemaligen Kriegsgefangenen, die Lösung oder Entschädigung noch nicht erhalten haben, Beihilfen zu gewähren. Dabei soll jedoch nicht nach dem formalen Gesichtspunkt, die bisher hierfür bestimmend waren, sondern unter freier Würdigung aller Umstände nach sozialen Gesichtspunkten und den wirtschaftlichen Bedürfnissen entschieden werden. Als soziale Notlage sollen besonders gegenwärtige Bedürftigkeit, anhaltende Arbeitslosigkeit, Krankheit des Antragstellers oder seiner Familie, große Kinderzahl oder unmittelbare mit der Kriegsgefangenschaft zusammenhängende Gründe gelten. Es soll also nicht jeder nachträglich Lösung oder Entschädigung erhalten, sondern nur derjenige eine Beihilfe, der ihrer besonders bedarf. Anträge darauf sind bis spätestens 30. November 1921 an den zuständigen Hilfsausschuss für ehemalige Kriegsgefangene zu richten.

Zulage auf Zehnpfennigkarten. Auf Drucksachentarten sind im allgemeinen handschriftliche Zulage nicht zulässig. Das Reichspostministerium hat jedoch neuerdings erklärt, daß derartige Karten gegen eine Gebühr von 10 Pfg. nicht beanstandet werden, wenn sie auf der linken Hälfte der Vorderseite zu einem Vorwurf, wie: „Betrifft unser Angebot vom ...“ den handschriftlichen Zusatz des Tages, also etwa 13. 9. tragen.

Polizeinachtichten.

Ein eigenartiger Schwindlertrick! Jener Schwindler, über den schon vor einigen Tagen unter obenannter Spitzmarke an dieser Stelle berichtet worden ist, treibt seine Betrügereien mit Erlöse weiter. In neuerer Zeit sucht der Gauer Ivoziel Blumengehälte auf, deren Eigentümern er ebenfalls vorwandelt, seine Ehefrau sei vor einigen Stunden tödlich überfahren worden. Nachdem er dann Blumenbestellungen zur Beerdnung bestellt hat, rückt er mit seinem Anliegen, oft sogar unter Tränen, heraus und erbittet sich ein Darlehen. Angeblich könne er nicht in seine Wohnung und deshalb nicht zu seinem Gelde, da die Polizei die Wohnungsschlüssel bei dem Unfall an sich genommen habe. In einem Falle hat er zunächst unter Jammern nur die Blumen bestellt, in einem anderen ein Beerdnungsinstitut angegangen, wo er sich eine Kostenaufstellung über die Beerdnung seiner angeblich tödlich verunglückten Ehefrau anfertigen, ja sogar die Beerdnngsträger bestellen ließ und dann noch ein Sterbepfeil mitnahm. Dieses trug er noch am selben Tage nach jenem Blumengehälte, deren Eigentümern er nun erst 100 Mt. abhandelte. Der ergebene Betrüger, der in allen Fällen als Bruno Müller aufgetreten ist, soll nach den Angaben der Betroffenen etwa 35 Jahre alt, etwa 1,60 Meter groß, schlank sein, dunkles Haar haben, kurz verhaartene Schnurrbart tragen und bairische Mundart sprechen. Bei seinem Wiederauftreten lasse man ihn festnehmen.

Ein nichtswürdiger Bubenreich! Wie der Kriminalpolizei erst jetzt bekanntgeworden ist, hat eine unbekante Person am Freitag, dem 10. v. Mts., abends kurz nach 6 Uhr, ein mit einer brennenden Masse versehenes Stück Draht durch ein offenes Fenster oberhalb der in ein Dienstkammer des Volkamts Nr. 2 in der Brandenburger Straße hier geworfen. Dadurch sind eine auf einem Tisch liegende Schreibunterlage sowie die darunter befindliche Papiere in Brand geraten. Der in dem Zimmer dienthuende Beamte, der in dem Augenblick das Zimmer auf kurze Zeit verlassen hatte, hat bei seiner Rückkehr die Gegenstände brennend vorgefunden und den Brand sofort löschen können, ehe größerer Schaden angerichtet wurde. Ob es sich hierbei um einen bloßen Bubenreich oder aber um einen Raubeck handelt, hat bisher nicht festgestellt werden können. Etwaige verdächtige Wahrnehmungen der Beamten wären, den Täter zu ermitteln, teils man unverzüglich der Kriminalabteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Fremdenverkehr! In der Zeit vom 25. vorigen bis zum 1. dieses Monats sind in hiesigen Fremdenhöfen 13452 Reichsdeutsche und 1822 Ausländer abgehenden und vollständig angemeldet worden. Wer kann über nachstehenden Zusammenstoß Angaben machen? Am Dienstag, dem 27. vorigen Monats, gegen 12 Uhr mittags, hat in der Dresdner Straße, hier, an der Einmündung der Langen Straße ein Zusammenstoß eines Lastkraftwagens mit einem Straßenbahnwagen der Linie 21 stattgefunden. Zur Klärung der Schuldfrage werden diejenigen Personen, die über den Derang des Vorfalls genaue Angaben zu machen vermögen, gebeten, sich baldmöglichst bei der Krim. Abteilung oder der nächsten Polizeiwache zu melden.

Aus der Umgegend.

hr. Dehsh-Marktseeberg-Gaugh. Etwas von der Eisenbahnerverwaltung. Daß der Eisenbahnbetrieb sich immer noch nach dem alten Schema abwickelt und daß den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht Rechnung getragen wird, ist nichts neues. Bittere Erfahrungen konnten jetzt wieder die Arbeitermassen sammeln, die jeden Tag die Eisenbahn benutzen müssen. Statt den Vorortverkehr zu verbessern, wird er verschlechtert. Den ganzen Sommer ist ein Zug gefahren, der gegen 17 Uhr früh am Bahnhofs Bahnhof eintraf und der voll besetzt war. Eine hohe Bureaupost steht jetzt einfach diesen Zug — nein, sie „verlegt“ ihn nur auf rund 38 Minuten später. Dabei brauchte dieser verlegte Zug gleich am ersten Tag eine Fahrzeit von 22 Minuten (sonst nur 10 und 11 Minuten). Alle die Arbeiter und Arbeiterinnen, die nun nicht einfach ihren Arbeitsbeginn auch „verlegen“ können, sind gezwungen, früher zu fahren. Der Zug ist dadurch so überfüllt, daß mitunter die Türen an der Plattform nicht geschlossen werden können. Die lieben Unterthanen sind ja nun gewöhnt, massenweise in die breckigen und spritzigen Wagen gepfercht zu werden. Eingepfercht ist vielleicht noch zu milde geäußert; der Wahrheit näher kommt es, wenn man sagt: „geschichtert“. Man mühte die Fahrplan„macher“ einmal zwingen, einen Winter lang als Arbeiter früh und abends zu „reisen“. Ist es denn nicht möglich, den Vorortverkehr so zu gestalten, daß er wenigstens einigermaßen dem Bedürfnis gerecht wird? Es ist doch unerhört, Züge einfach zu streichen, die voll besetzt sind, wo demnach bewiesen wird, daß sie notwendig sind. Die paar höheren Schüler und Studienräte, die im Winterhalbjahr später fahren, können doch den Ausschlag zur Verlegung der Züge nicht geben! Oder doch? Das fahrende Publikum unserer Orte verlangt zunächst die Wiederherstellung des Zuges 6 Uhr 30 Min. ab Dehsh. Dann überhaupt eine bessere Gestaltung des Vorortverkehrs, und namentlich mehr Pünktlichkeit. Das öftere Halten der Züge am Schächthof muß in Wegfall kommen. Das Publikum wird gebeten, die gegenwärtig zirkulierende Petition ohne Ausnahme zu unterschreiben.

on. Gaugh. Gemeinderat. Eine Besichtigung des von der Gemeinde erbauten Dreigruppenhauses, welches 21 Wohnungen enthält, hat stattgefunden. Mithin bediente die zweckentsprechende Gliederung und Ausgestaltung der einzelnen Räume, die bei aller Einfachheit doch den Ansprüchen an eine moderne und gesunde Wohnung Rechnung trägt. 21 Wohnungen sind geschaffen worden, eine Zahl, die allerdings die zahlreichen Wohnungen der Wohnungsverhältnisse nicht alle befriedigen kann. Die Arbeiterwohnungen, die hier geschaffen worden sind, können wohl als vorbildlich bezeichnet werden. Große Schwierigkeiten hatte die Bauleitung zu überwinden und über die Hiesigen bis zur schließlich genehmigten des nun fertiggestellten Hauses ließ sich ein ganzes Buch schreiben. Wenn der Gemeindevorstand deshalb dem Bauleiter, Maurermeister Naumann, den Dank des Gemeinderats ausdrückt, so war das jedenfalls angebracht. Es mag dabei darauf hingewiesen sein, daß gerade unsere Genossen im Gemeinderat und besonders im Bauausschuß alles daran gesetzt haben, um das Bauprojekt zu fördern und seiner Vollendung entgegenzuführen. Die guten und schlechten Erfahrungen, die dabei gemacht worden sind, werden jedenfalls dazu beitragen, daß sie bei zukünftigen Bauten, die bei der andauernden Wohnungsnorot selbstverständlich sind, berücksichtigt werden. Eigentümlich muß es berühren, wenn einzelne Gewerke, die sich erst zur Ausführung der Arbeiten drängen, dann ihren Verpflichtungen nicht nachkommen. Der Gemeinderat wird derartige Lieferanten in Zukunft von jedem Wettbewerb ausschließen. Im Anschluß an die Besichtigung fand eine Gemeinderatssitzung statt. Die Pflasterung des Fußweges in der Webersstraße wurde Steinmetzmeister Beganck hier übertragen. Eigentümlich berührten die Preisdifferenzen dieser Arbeit. Es forderten Walter 18 380 M., Weichlag 22 880 M. und Beganck 11 887. Der Unterschied zwischen Höchst- und Mindestangebot macht hier 100 Prozent aus, dabei will aber doch jeder der Meister noch „verdienen“! — Die beim Wohnhausbau befindlichen Gärten sollen mit 25 Pfg. pro Quadratmeter verpachtet werden, nicht mit 150 M. pro Garten, wie besonders eifrige Klatschbasen im Dorfe wieder kolportieren. — Für das Ziegelwerk wird ein Auto-Raitenanhang angekauft. Der Ziegelpreis wird entsprechend der erhöhten Produktionskosten auf 385 M. pro Tausend festgelegt. — Die Sportplatzfrage ist wieder einmal in das Stadium der Verlegung getreten dadurch, daß die Festpächter des Siedlungsgebietes das erpachtete Areal nicht abtreten wollen. Hier stehen sich die verschiedenen Interessen scharf gegenüber und eine Einigung ist unter diesen Umständen nicht zu erzielen. Der Gemeinderat steht nach wie vor auf dem Standpunkt, daß er die Schaffung eines Sportplatzes für alle Sportliebenden Vereine als dringend notwendig anerkennend, er lehnt es allerdings ab, für einen einzelnen Verein eine solche Anlage zu schaffen, da damit die Bedürfnisfrage nicht erledigt wird. — Als Vertreter zum Sächsischen Landgemeindetag in Chemnitz werden die Gemeindevorstände Naumann und Hansen bestimmt. — Die kommenden Gemeindevorstandswahlen verursachen dem Leitartikel unseres Wertschätzers jetzt schon Kopfschmerzen, er drückt den Wunsch aus, daß die verdammte Politik aus dem Gemeindeparkett verschwinden solle und macht den Vorschlag, eine schiedlich-friedliche Kaffeekränzchenliste aufzustellen, wo Vertreter aller Interessen im Orte gewählt werden könnten — eine Liste des Ausgleichs, der Verständigung. — Was wenn nicht gerade die dominiierende Stellung der UGV im Gemeinderat den notwendigen Ausgleich zu früher herbeiführt hätte, wo früher unter dem Sächsischen Wahlrecht die Arbeiterherrschaft überhaupt nichts zu sagen hatte. Wir können dem schiedlich-friedlichen Herrn Tögel nur sagen, wir sind und bleiben oben — trotz allem, und wir werden sachlich und in aller Ruhe am sozialistischen Aufbau der Gemeinde weiter arbeiten. Die Einwohnererschaft aber wird einsehen, daß ihren Wünschen dabei am besten gedient ist. Die Tögelische Wasserluppenpolitik würde letzten Endes doch nur die Gemeinde auf Abwege führen, deren Kosten die breite Masse zu tragen hätte.

au. Döhl. In seiner letzten Sitzung hat der Gemeinderat beschlossen, daß die Neuwahlen am 13. November stattfinden sollen, und schon erscheint die Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei mit einem Flugblatt auf dem Plan, um die Wähler „aufzuklären“ und nachzuweisen, daß die jetzige sozialistische Mehrheit beseligigt, eine Politik getrieben zu haben, welche die Gemeinde ins Unflut gestürzt hätte oder noch stürzen würde. Der Flugblattschreiber ist aber nicht in der Lage, auch nur eine einzige Tatsache anzuführen, wo dies geschehen sein soll, sondern er macht nur dunkle Andeutungen. Jedenfalls geht er von dem Grundsatze aus, verleihe nur frisch drauflos, etwas bleibt doch hängen. Viel Glück wird er dabei nicht haben, denn die Mehrzahl der Wähler weiß, daß die Politik der jetzigen Mehrheit die richtige war und nur zum Besten für die Gemeinde gewesen ist. Es ist ja erklärlich, daß die früheren Größen ihren Verrag haben, daß sie nicht mehr die erste Geige spielen und Beschlüsse fassen können, welche sie entlasten und die Vermisten belasten, wie dies bei den früheren Ortskörpersitzungen der Fall war, wo die arme Witfrau, welche pro Tag 1 M. verdiente, mit 250 Prozent besteuert wurde, während die Besitzenden für sich den Normalsteuersatz in Anrechnung brachten. Dieses nennt man Gerechtigkeit. Selbstverständlich ist es nun, daß unter den heutigen Verhältnissen mehr Geld notwendig ist, um die Bedürfnisse der Gemeinde zu befriedigen, und daß das Geld von denen ausgebracht werden muß, die dazu in der Lage sind. Denn diese Kreise sind mitschuldig an diesem Elend der heutigen Zeit, sie stehen ihrer Unterstützung der deutschnationalen Politik. Wenn nun der Flugblattschreiber weiter die Deutschnationale Volkspartei als eine wahre Volkspartei und nicht etwa als eine Partei der Großen hinzustellen versucht, beweist er, daß er nichts von Politik versteht, oder er spekuliert auf die, die trotz der herrschenden Not nicht alle werden. Denn die Vorgänge im Reich beweisen, daß es wohl nie eine Partei gegeben hat, welche eine solche verdröckelnde Politik getrieben hat, wie die Deutschnationale Volkspartei.

Wie im Reich, so treibt sie es auch in der Gemeinde, wenn sie die Macht dazu hat. Das muß verhindert werden. Deshalb, Arbeiter, seid auf der Hut! Wähler und Wählerinnen! Gebt am Tage der Wahl diesen Feinden des Volkes die richtige Antwort und tretet ein für die Liste der unabhängigen Sozialdemokratie.

Sächsische Angelegenheiten.

Der Kartoffelstand.

Die Frage der Kartoffelversorgung wächst sich geradezu zu einem öffentlichen Skandal aus, der die betagten Vorgänge im vorigen Jahre noch zu übertreffen droht. In den Städten und Industriebezirken kann man schon jetzt von einer Kartoffelnot sprechen. Dabei sind die Preise im Steigen begriffen. Obwohl im allgemeinen eine gute Mittelernte — trotz des trockenen Sommers — zu verzeichnen ist, gibt es in manchen Orten überhaupt keine Kartoffeln, weil die profitgierigen Bauern sie zurückhalten in der Erwartung, daß bald die Preise noch erheblich höher hinaufgeklautert sein werden. Es wird höchste Zeit, daß die Behörden energisch eingreifen und diesem standalösen Treiben ein Ende bereiten. Wie weit es in dieser Beziehung bereits gekommen ist, zeigten die Verhandlungen im Bezirksausschuß Dresden-Rustadt am Mittwoch. Hier wurde die Frage vom mehrheitssozialistischen Vertreter Kamp-Bozdorj angeschnitten, der darauf hinwies, daß die Organisations der Landwirte und der Verbraucher zwar Abmachungen getroffen haben, um Kartoffeln zu einigermassen erträglichen Preisen auf den Markt zu bringen, daß diese Abmachungen bisher aber nur auf dem Papier stehen, weil es dem größten Teil der Landwirte gar nicht einfällt, Kartoffeln zu den vereinbarten Preisen zu liefern. Unter 55 und 60 M. für den Zentner seien schon jetzt keine Kartoffeln zu haben und selbst für diesen Preis wollten die Bauern keine Kartoffeln hergeben. Sie wären vielmehr bestrebt, die Konjunktur rücksichtslos auszunutzen. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, daß keine Arbeiterfamilie imstande sei, derartige wahnwitzige Preise zu zahlen und daß die Erbitterung in der Bevölkerung bereits einen Grad erreicht habe, daß man sich nicht wundern dürfe, wenn das Publikum zur Selbsthilfe greife.

Der Gutehoffer Bähr aus Borsberg wollte damit beruhigend wirken, daß die Hauptkartoffelernte noch ausstehe. Zugabe wurde er auch, daß die Kartoffelernte im allgemeinen nicht schlecht ausgefallen sei. Er will seine Kartoffeln für 45 und 50 M. abgeben und sie den Bestellern noch vor Haus gefahren haben. Ein Beweis mehr, welchen unverkäuflichen Wucher die weitaus meisten Kartoffelkäufer treiben. Freilich versuchte Herr Bähr seine Berufsgenossen in Schutz zu nehmen, indem er sich beschwerte, daß die Landwirte vielfach auf andre Weise „gehackt“ würden. So müßten sie ihren Roggen nach der Bahstation bringen und für 105 M. pro Zentner abliefern und die dafür eingetauschte Acker mit 107 M. bezahlen. Wenn dem wirklich so ist, so müßten sich die Landwirte eben dagegen entscheiden zur Wehr setzen; auf keinen Fall dürfen sie diese Ungehörigkeit zum Anlaß nehmen, die wertvolle Bevölkerung zu begannen und zu benehmen. Sehr begrünnt wird der Wucher zweifellos auch durch die großen Arbeiterlöhne, die bei ihren Kartoffelkäufen für ihre Arbeiterlöhne jeden Preis bieten, um Preise herabzubekommen, und dadurch die Preise natürlich in die Höhe treiben. Große Güter haben ganz unverkennbar erklärt, sie verkaufen jetzt nicht, sondern wollen erst die Gestaltung der Preisfrage abwarten.

Der Bezirksausschuß hat die Amtshauptmannschaft beauftragt, umschend die zuständigen Stellen und besonders die landwirtschaftlichen Organisationen auf die ernstesten Besorgnisse hinsichtlich der Kartoffelversorgung hinzuweisen.

Daß dies viel helfen wird, glauben wir nicht. Wandel wird bei der Geldgier unserer Agrarier erst eintreten, wenn die Arbeiterlöhne nicht länger schwinden mit sich treiben läßt.

In der Deutschen Tageszeitung vom 28. September wimmelt es auf der ersten Beilagsseite geradezu von Kartoffelinfanterien. Allerdings handelt es sich hier angeblich um Saatkartoffeln. Dafür bestehen nämlich keine Preisvorschriften. Für Saatware werden schlankweg 100 bis 150 M. pro Zentner verlangt. Wir leben wieder in der herrlichen freien Wirtschaft, in der die Kartoffelkäufer machen können was sie wollen. Die Warnungen der UGV sind in den Wind geschlagen worden — nun müssen die Vermisten die Folgen tragen.

Ueber die Preisbildung auf dem Kartoffelmarkt läßt sich die T.-U. von zuständiger Stelle aus Dresden schreiben: Die Preisbildung auf dem Kartoffelmarkt hat in Sachsen in der letzten Zeit Formen angenommen, die zu schweren Bedenken Anlaß geben. Ob schon die beim Landesamt eingereichte, aus Erzeugern, Verbrauchern und Händlern zusammengesetzte Preisnotierungskommission ständig in der Tagespresse die Preise veröffentlicht, die unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse als angemessen anzusehen sind, gehen aus vielen Teilen des Landes Klagen darüber ein, daß diese Erzeuger zu diesen Preisen keine Kartoffeln abgeben. Solche Klagen sind vor allem die Verbraucher und Händler selbst in der Lage, indem sie es vermeiden, höhere Preise zu bieten und sich weigern, geforderte höhere Preise zu zahlen. Im übrigen müssen die Verbraucher aber auch bei ihren Einkäufen auf Besserung beruhsichtigen, daß die Kartoffelernte noch im Gange ist und die Landwirte neben andern im Herbst unaufschiebbaren Feldarbeiten in großem Umfange die Handbestellung der abgeräumten Kartoffelfelder auszuführen haben. Unübrig, für die Preisbildung überbes nachteiliges Einwirken ist um so weniger am Platze, als sich erfahrungsgemäß die Winterernte mit Kartoffeln in der Regel bis Mitte Dezember ausführen läßt.

Die Aufforderung an die Verbraucher und Händler, die geforderten höheren Preise nicht zu zahlen, ist sicher ganz gut gemeint, muß aber völlig wirkungslos bleiben, weil nach dem Einsehen der völlig freien Bewirtschaftung der Landesregierung die Handhabe fehlt, diese Selbsthilfe zu unterstützen. Das sächsische Wirtschaftsministerium hat versucht, die Preise durch eine besondere Instanz nachprüfen und feststellen zu lassen, um den schrankenlosen Wucher einzudämmen. Aber was nützen diese Maßnahmen, wenn den wuchernden Landwirten die Möglichkeit offen bleibt, ihre Kartoffeln zu höheren Preisen außerhalb Sachsens zu verkaufen. Es ist tatsächlich vorgekommen, daß sächsische Händler große Posten Kartoffeln hätten aufkaufen können, daß die Lieferung aber abgelehnt wurde, weil Sachsen „keinen angemessenen Preis“ habe und Bayern und andre Länder weit mehr zahlen. So gehen große Mengen guter Kartoffeln über die sächsische Grenze, während minderwertige Ware aus Ostpreußen zu hohen Preisen nach Sachsen eingeführt werden muß. Hier könnte nur Wandel geschaffen werden, wenn die völlig freie Wirtschaft wieder aufgehoben würde und die Landesregierung die Möglichkeit bekäme, die Ausfuhr der dringend im Lande gebrauchten Kartoffeln zu verhindern. Moralische Entrüstung, gutes Zureden und der Appell an das „paterfamiliasche“ Gewissen der Landwirte haben nicht den geringsten Erfolg.

Landwirtschaftliche Pachtverträge.

Wie uns aus Dresden gemeldet wird, weist das sächsische Wirtschaftsministerium, um etwaigen Zweifeln zu begegnen, darauf hin, daß Pachtverträge ebenfalls zu den Verbindungen gehören, die den Genus der Erzeugnisse eines Grundstückes zum Gegenstand haben, also im allgemeinen der Genehmigung bedürftig. Die Anordnungen, die über die Beteiligung des Landesamtes an dem Verkauf von Wirtschaftsgütern erlassen worden sind, sind infolgedessen auch bei Pachtverträgen, nicht nur bei Kaufverträgen, zu beachten.

Eine neue Industrie im Vogtlande.

Plauen, 8. Oktober. In den letzten Wochen ist eine Aktiengesellschaft gegründet worden, deren Bestrebungen darauf gerichtet

sind, die Uhrenindustrie nach dem Vogtlande zu verpflanzen. Der Betrieb wird in den ehemaligen Hochwerken in Plauen am Montag aufgenommen werden. Vorgelesen ist die Herstellung von Taschenuhren und Weckeruhren.

Plauen. Der Bezirkstag der Amtshauptmannschaft Plauen beschloß in seiner letzten Sitzung die Erhebung einer Jagdsteuer von 40 v. H. sowohl für die Genossenschafts- als auch für die eigenen Jagden.

Glauchau. In der letzten Sitzung des Stadtrats stand die Frage der Erweiterung des Elektrizitätswerkes zur Beratung. Hinsichtlich des Anschlusses des Wertes an die staatliche Kraftverorgung war man der Meinung, daß auf die Mithilfe des Staates bei der Kraftverorgung nicht ernsthaft gerechnet werden kann und daß, selbst wenn der Anschluß in einigen Jahren technisch möglich sein sollte, der Strompreis eine solche Höhe erzielte würde, daß damit der blühenden Bevölkerung nicht gebietet wäre. Aus diesen Gründen beschloß man die Beschleunigung der Vorbereitungen für die Werkserweiterung.

Vimbach. Der Hausbesitzerverein zu Oberfrohna hat die Erhöhung der Mieten um mindestens 60 Prozent der Mietensumme beschloßen.

Hohenstein-Ernstthal. Zwischen den Gemeinden Gröna, Mittelbach und Wüstenbrand ist ein Zweifelhändel für die Knabenfortbildungsschule geschlossen worden, der mit dem 1. Oktober d. J. ins Leben treten soll.

Freital. Durch ein Schadenfeuer wurde das Klotzlocher der Firma Kamprath und Gen hier völlig vernichtet. Die Ursache des Brandes konnte noch nicht festgestellt werden. Der entstandene Schaden beträgt schätzungsweise 170 000 M.

Wilsdruff. Gegen die hohen Kartoffelpreise demonstrierte die Arbeiterschaft auf dem Marktplatz. Stadtrat Jochke gab den Besammelten das Scheitern der Versöhnungsaktion bekannt, da die Landwirte nur zu Tagespreisen zu liefern gewillt seien. Die Arbeiterschaft könne höchstens einen Preis von 35 M. für den Zentner, aber nie und nimmer mehr aufbewenden.

Thum. Der Gemeinderat zu Tahnshach bei Thum beschloß die Einführung einer Gewerbesteuer. Steuerfrei sollen Einkommen bis zu 15 000 M. bleiben. Ferner genehmigte der Gemeinderat den von den Arbeitervertretern eingebrachten Antrag auf Kostenlosbestattung.

Plauen. Die Gemeinden Großglauchau und Niedererschlag haben den Wunsch geäußert, zu einer Gemeinde vereinigt zu werden. Sie haben deshalb dem Bezirksausschuß das hier Ortsgeheut gutachtlich vorgelegt. Mit der Vereinigung beider Orte scheidet Großglauchau aus dem Bezirk Plauen aus, die Gemeinde wird danach insgesamt 4700 Einwohner zählen. Das Ortsgeheut soll nach dem Beschluß des Bezirksausschusses dem Ministerium befürwortend vorgelegt werden mit dem Eruchen, die Vereinigung erst dann auszusprechen, wenn die Auseinanderlegung erfolgt ist.

Briefkasten der Redaktion.

H. S., 35. 1. Feststehende Bestimmungen gibt es darüber nicht. 2. Auch darüber ist gesetzlich oder durch Verordnung nichts festgelegt. Hierüber entscheidet von Fall zu Fall das Mieteneingangsamt. 3. Der Hauswirt kann das Amt sofort anrufen. 2. Markt Partikasse.

E. B., Schleißig. 1. 15. Markt. 2. Uns ist davon nichts bekannt. Wir würden auch sofort den schärfsten Protest dagegen einlegen. 1. Markt Partikasse.

Die Vorbestrafen. Neulich fragte man uns nach der Adresse des Rechtschutzverbandes der Vorbestrafen in Leipzig. Wie uns jetzt von diesem Verband mitgeteilt wird, befindet sich das Bureau Kurprinzstraße 3.

Gaugh. Der Höchstpreis wird nicht vom Reich, sondern von den Gemeinden festgelegt. Für Leipzig beträgt er 10 Pfg. Reize Sie das Pachteneingangsamt an.

Sportartikel.

Warum muß man schwimmen können?

Ein noch recht jugendliches Mitglied des Arbeiter-Schwimmervereins sendet uns folgende Zeilen:

Ich las kürzlich in einer Zeitung, daß in Deutschland jedes Jahr 5000 und noch mehr Menschen ertrinken. Der vergangene Sommer war sehr heiß. Die Leute machten überall Freibadepflege auf. Weil da keine Aufsicht war, sind viele ertrunken. Wenn am Jahresende die Todesfälle gezählt werden, wird eine bedeutend höhere Zahl herauskommen. Ich denke mir nun, wenn alle Menschen schwimmen könnten, wäre das doch unmöglich. Man muß aber sicher schwimmen können, so daß man nicht untergehen kann. Man muß aber auch tauchen können. Am schönsten wäre es, wenn wir schon in der Schule Schwimmunterricht bekämen, selber und wir noch nicht so weit. Ich habe es von meiner Mutter gelernt. Jeder Mann sollte deshalb den Schwimmlehrer aufsuchen, um es zu lernen, schwer ist es gar nicht.

Wer aber schon etwas schwimmen kann, muß noch soviel dazu lernen, daß er einen Ertrinkenden vom Tode retten kann. Das kann man aber nur in einem Schwimmverein lernen. Für uns kommt nur der Arbeiter-Schwimmerverein in Frage. Da sind tüchtige Schwimmwarte und man kann viel lernen. Jede Wohnungsstunde ist ein Vergnügen. Wer mehr wissen will, komme Montag, Dienstag, Mittwoch oder Donnerstag ins Dianabad, Lange-Strasse 8, auch Dienstag im Ostbad, Konradstr., Donnerstag im Stadtbad, Eutzschstr., und Freitag im Carolabad, Dousorfstr., wird Auskunft erteilt, immer abends um 8 Uhr.

Sächsische Spielvereinsliste.

4. Kreis, 1. Bezirk. Mitglied des Arbeitervereins und Sportklub. Reichtümer vom Sonntag, 9. Oktober. 1. Klasse. Sächsisch 07 I—Schneid 1 2:1. Müden I—Sächsisch 1:6. Sächsisch I—Sächsisch 1:1. Sächsisch I—Sächsisch 1:2. Sächsisch I—Sächsisch 1:3. Sächsisch I—Sächsisch 1:4. Sächsisch I—Sächsisch 1:5. Sächsisch I—Sächsisch 1:6. Sächsisch I—Sächsisch 1:7. Sächsisch I—Sächsisch 1:8. Sächsisch I—Sächsisch 1:9. Sächsisch I—Sächsisch 1:10. Sächsisch I—Sächsisch 1:11. Sächsisch I—Sächsisch 1:12. Sächsisch I—Sächsisch 1:13. Sächsisch I—Sächsisch 1:14. Sächsisch I—Sächsisch 1:15. Sächsisch I—Sächsisch 1:16. Sächsisch I—Sächsisch 1:17. Sächsisch I—Sächsisch 1:18. Sächsisch I—Sächsisch 1:19. Sächsisch I—Sächsisch 1:20. Sächsisch I—Sächsisch 1:21. Sächsisch I—Sächsisch 1:22. Sächsisch I—Sächsisch 1:23. Sächsisch I—Sächsisch 1:24. Sächsisch I—Sächsisch 1:25. Sächsisch I—Sächsisch 1:26. Sächsisch I—Sächsisch 1:27. Sächsisch I—Sächsisch 1:28. Sächsisch I—Sächsisch 1:29. Sächsisch I—Sächsisch 1:30. Sächsisch I—Sächsisch 1:31. Sächsisch I—Sächsisch 1:32. Sächsisch I—Sächsisch 1:33. Sächsisch I—Sächsisch 1:34. Sächsisch I—Sächsisch 1:35. Sächsisch I—Sächsisch 1:36. Sächsisch I—Sächsisch 1:37. Sächsisch I—Sächsisch 1:38. Sächsisch I—Sächsisch 1:39. Sächsisch I—Sächsisch 1:40. Sächsisch I—Sächsisch 1:41. Sächsisch I—Sächsisch 1:42. Sächsisch I—Sächsisch 1:43. Sächsisch I—Sächsisch 1:44. Sächsisch I—Sächsisch 1:45. Sächsisch I—Sächsisch 1:46. Sächsisch I—Sächsisch 1:47. Sächsisch I—Sächsisch 1:48. Sächsisch I—Sächsisch 1:49. Sächsisch I—Sächsisch 1:50. Sächsisch I—Sächsisch 1:51. Sächsisch I—Sächsisch 1:52. Sächsisch I—Sächsisch 1:53. Sächsisch I—Sächsisch 1:54. Sächsisch I—Sächsisch 1:55. Sächsisch I—Sächsisch 1:56. Sächsisch I—Sächsisch 1:57. Sächsisch I—Sächsisch 1:58. Sächsisch I—Sächsisch 1:59. Sächsisch I—Sächsisch 1:60. Sächsisch I—Sächsisch 1:61. Sächsisch I—Sächsisch 1:62. Sächsisch I—Sächsisch 1:63. Sächsisch I—Sächsisch 1:64. Sächsisch I—Sächsisch 1:65. Sächsisch I—Sächsisch 1:66. Sächsisch I—Sächsisch 1:67. Sächsisch I—Sächsisch 1:68. Sächsisch I—Sächsisch 1:69. Sächsisch I—Sächsisch 1:70. Sächsisch I—Sächsisch 1:71. Sächsisch I—Sächsisch 1:72. Sächsisch I—Sächsisch 1:73. Sächsisch I—Sächsisch 1:74. Sächsisch I—Sächsisch 1:75. Sächsisch I—Sächsisch 1:76. Sächsisch I—Sächsisch 1:77. Sächsisch I—Sächsisch 1:78. Sächsisch I—Sächsisch 1:79. Sächsisch I—Sächsisch 1:80. Sächsisch I—Sächsisch 1:81. Sächsisch I—Sächsisch 1:82. Sächsisch I—Sächsisch 1:83. Sächsisch I—Sächsisch 1:84. Sächsisch I—Sächsisch 1:85. Sächsisch I—Sächsisch 1:86. Sächsisch I—Sächsisch 1:87. Sächsisch I—Sächsisch 1:88. Sächsisch I—Sächsisch 1:89. Sächsisch I—Sächsisch 1:90. Sächsisch I—Sächsisch 1:91. Sächsisch I—Sächsisch 1:92. Sächsisch I—Sächsisch 1:93. Sächsisch I—Sächsisch 1:94. Sächsisch I—Sächsisch 1:95. Sächsisch I—Sächsisch 1:96. Sächsisch I—Sächsisch 1:97. Sächsisch I—Sächsisch 1:98. Sächsisch I—Sächsisch 1:99. Sächsisch I—Sächsisch 1:100. Sächsisch I—Sächsisch 1:101. Sächsisch I—Sächsisch 1:102. Sächsisch I—Sächsisch 1:103. Sächsisch I—Sächsisch 1:104. Sächsisch I—Sächsisch 1:105. Sächsisch I—Sächsisch 1:106. Sächsisch I—Sächsisch 1:107. Sächsisch I—Sächsisch 1:108. Sächsisch I—Sächsisch 1:109. Sächsisch I—Sächsisch 1:110. Sächsisch I—Sächsisch 1:111. Sächsisch I—Sächsisch 1:112. Sächsisch I—Sächsisch 1:113. Sächsisch I—Sächsisch 1:114. Sächsisch I—Sächsisch 1:115. Sächsisch I—Sächsisch 1:116. Sächsisch I—Sächsisch 1:117. Sächsisch I—Sächsisch 1:118. Sächsisch I—Sächsisch 1:119. Sächsisch I—Sächsisch 1:120. Sächsisch I—Sächsisch 1:121. Sächsisch I—Sächsisch 1:122. Sächsisch I—Sächsisch 1:123. Sächsisch I—Sächsisch 1:124. Sächsisch I—Sächsisch 1:125. Sächsisch I—Sächsisch 1:126. Sächsisch I—Sächsisch 1:127. Sächsisch I—Sächsisch 1:128. Sächsisch I—Sächsisch 1:129. Sächsisch I—Sächsisch 1:130. Sächsisch I—Sächsisch 1:131. Sächsisch I—Sächsisch 1:132. Sächsisch I—Sächsisch 1:133. Sächsisch I—Sächsisch 1:134. Sächsisch I—Sächsisch 1:135. Sächsisch I—Sächsisch 1:136. Sächsisch I—Sächsisch 1:137. Sächsisch I—Sächsisch 1:138. Sächsisch I—Sächsisch 1:139. Sächsisch I—Sächsisch 1:140. Sächsisch I—Sächsisch 1:141. Sächsisch I—Sächsisch 1:142. Sächsisch I—Sächsisch 1:143. Sächsisch I—Sächsisch 1:144. Sächsisch I—Sächsisch 1:145. Sächsisch I—Sächsisch 1:146. Sächsisch I—Sächsisch 1:147. Sächsisch I—Sächsisch 1:148. Sächsisch I—Sächsisch 1:149. Sächsisch I—Sächsisch 1:150. Sächsisch I—Sächsisch 1:151. Sächsisch I—Sächsisch 1:152. Sächsisch I—Sächsisch 1:153. Sächsisch I—Sächsisch 1:154. Sächsisch I—Sächsisch 1:155. Sächsisch I—Sächsisch 1:156. Sächsisch I—Sächsisch 1:157. Sächsisch I—Sächsisch 1:158. Sächsisch I—Sächsisch 1:159. Sächsisch I—Sächsisch 1:160. Sächsisch I—Sächsisch 1:161. Sächsisch I—Sächsisch 1:162. Sächsisch I—Sächsisch 1:163. Sächsisch I—Sächsisch 1:164. Sächsisch I—Sächsisch 1:165. Sächsisch I—Sächsisch 1:166. Sächsisch I—Sächsisch 1:167. Sächsisch I—Sächsisch 1:168. Sächsisch I—Sächsisch 1:169. Sächsisch I—Sächsisch 1:170. Sächsisch I—Sächsisch 1:171. Sächsisch I—Sächsisch 1:172. Sächsisch I—Sächsisch 1:173. Sächsisch I—Sächsisch 1:174. Sächsisch I—Sächsisch 1:175. Sächsisch I—Sächsisch 1:176. Sächsisch I—Sächsisch 1:177. Sächsisch I—Sächsisch 1:178. Sächsisch I—Sächsisch 1:179. Sächsisch I—Sächsisch 1:180. Sächsisch I—Sächsisch 1:181. Sächsisch I—Sächsisch 1:182. Sächsisch I—Sächsisch 1:183. Sächsisch I—Sächsisch 1:184. Sächsisch I—Sächsisch 1:185. Sächsisch I—Sächsisch 1:186. Sächsisch I—Sächsisch 1:187. Sächsisch I—Sächsisch 1:188. Sächsisch I—Sächsisch 1:189. Sächsisch I—Sächsisch 1:190. Sächsisch I—Sächsisch 1:191. Sächsisch I—Sächsisch 1:192. Sächsisch I—Sächsisch 1:193. Sächsisch I—Sächsisch 1:194. Sächsisch I—Sächsisch 1:195. Sächsisch I—Sächsisch 1:196. Sächsisch I—Sächsisch 1:197. Sächsisch I—Sächsisch 1:198. Sächsisch I—Sächsisch 1:199. Sächsisch I—Sächsisch 1:200. Sächsisch I—Sächsisch 1:201. Sächsisch I—Sächsisch 1:202. Sächsisch I—Sächsisch 1:203. Sächsisch I—Sächsisch 1:204. Sächsisch I—Sächsisch 1:205. Sächsisch I—Sächsisch 1:206. Sächsisch I—Sächsisch 1:207. Sächsisch I—Sächsisch 1:208. Sächsisch I—Sächsisch 1:209. Sächsisch I—Sächsisch 1:210. Sächsisch I—Sächsisch 1:211. Sächsisch I—Sächsisch 1:212. Sächsisch I—Sächsisch 1:213. Sächsisch I—Sächsisch 1:214. Sächsisch I—Sächsisch 1:215. Sächsisch I—Sächsisch 1:216. Sächsisch I—Sächsisch 1:217. Sächsisch I—Sächsisch 1:218. Sächsisch I—Sächsisch 1:219. Sächsisch I—Sächsisch 1:220. Sächsisch I—Sächsisch 1:221. Sächsisch I—Sächsisch 1:222. Sächsisch I—Sächsisch 1:223. Sächsisch I—Sächsisch 1:224. Sächsisch I—Sächsisch 1:225. Sächsisch I—Sächsisch 1:226. Sächsisch I—Sächsisch 1:227. Sächsisch I—Sächsisch 1:228. Sächsisch I—Sächsisch 1:229. Sächsisch I—Sächsisch 1:230. Sächsisch I—Sächsisch 1:231. Sächsisch I—Sächsisch 1:232. Sächsisch I—Sächsisch 1:233. Sächsisch I—Sächsisch 1:234. Sächsisch I—Sächsisch 1:235. Sächsisch I—Sächsisch 1:236. Sächsisch I—Sächsisch 1:237. Sächsisch I—Sächsisch 1:238. Sächsisch I—Sächsisch 1:239. Sächsisch I—Sächsisch 1:240. Sächsisch I—Sächsisch 1:241. Sächsisch I—Sächsisch 1:242. Sächsisch I—Sächsisch 1:243. Sächsisch I—Sächsisch 1:244. Sächsisch I—Sächsisch 1:245. Sächsisch I—Sächsisch 1:246. Sächsisch I—Sächsisch 1:247. Sächsisch I—Sächsisch 1:248. Sächsisch I—Sächsisch 1:249. Sächsisch I—Sächsisch 1:250. Sächsisch I—Sächsisch 1:251. Sächsisch I—Sächsisch 1:252. Sächsisch I—Sächsisch 1:253. Sächsisch I—Sächsisch 1:254. Sächsisch I—Sächsisch 1:255. Sächsisch I—Sächsisch 1:256. Sächsisch I—Sächsisch 1:257. Sächsisch I—Sächsisch 1:258. Sächsisch I—Sächsisch 1:259. Sächsisch I—Sächsisch 1:260. Sächsisch I—Sächsisch 1:261. Sächsisch I—Sächsisch 1:262. Sächsisch I—Sächsisch 1:263. Sächsisch I—Sächsisch 1:264. Sächsisch I—Sächsisch 1:265. Sächsisch I—Sächsisch 1:266. Sächsisch I—Sächsisch 1:267. Sächsisch I—Sächsisch 1:268. Sächsisch I—Sächsisch 1:269. Sächsisch I—Sächsisch 1:270. Sächsisch I—Sächsisch 1:271. Sächsisch I—Sächsisch 1:272. Sächsisch I—Sächsisch 1:273. Sächsisch I—Sächsisch 1:274. Sächsisch I—Sächsisch 1:275. Sächsisch I—Sächsisch 1:276. Sächsisch I—Sächsisch 1:277. Sächsisch I—Sächsisch 1:278. Sächsisch I—Sächsisch 1:279. Sächsisch I—Sächsisch 1:280. Sächsisch I—Sächsisch 1:281. Sächsisch I—Sächsisch 1:282. Sächsisch I—Sächsisch 1:283. Sächsisch I—Sächsisch 1:284. Sächsisch I—Sächsisch 1:285. Sächsisch I—Sächsisch 1:286. Sächsisch I—Sächsisch 1:287. Sächsisch I—Sächsisch 1:288. Sächsisch I—Sächsisch 1:289. Sächsisch I—Sächsisch 1:290. Sächsisch I—Sächsisch 1:291. Sächsisch I—Sächsisch 1:292. Sächsisch I—Sächsisch 1:293. Sächsisch I—Sächsisch 1:294. Sächsisch I—Sächsisch 1:295. Sächsisch I—Sächsisch 1:296. Sächsisch I—Sächsisch 1:297. Sächsisch I—Sächsisch 1:298. Sächsisch I—Sächsisch 1:299. Sächsisch I—Sächsisch 1:300. Sächsisch I—Sächsisch 1:301. Sächsisch I—Sächsisch 1:302. Sächsisch I—Sächsisch 1:303. Sächsisch I—Sächsisch 1:304. Sächsisch I—Sächsisch 1:305. Sächsisch I—Sächsisch 1:306. Sächsisch I—Sächsisch 1:307. Sächsisch I—Sächsisch 1:308. Sächsisch I—Sächsisch 1:309. Sächsisch I—Sächsisch 1:310. Sächsisch I—Sächsisch 1:311. Sächsisch I—Sächsisch 1:312. Sächsisch I—Sächsisch 1:313. Sächsisch I—Sächsisch 1:314. Sächsisch I—Sächsisch 1:315. Sächsisch I—Sächsisch 1:316. Sächsisch I—Sächsisch 1:317. Sächsisch I—Sächsisch 1:318. Sächsisch I—Sächsisch 1:319. Sächsisch I—Sächsisch 1:320. Sächsisch I—Sächsisch 1:321. Sächsisch I—Sächsisch 1:322. Sächsisch I—Sächsisch 1:323. Sächsisch I—Sächsisch 1:324. Sächsisch I—Sächsisch 1:325. Sächsisch I—Sächsisch 1:326. Sächsisch I—Sächsisch 1:327. Sächsisch I—Sächsisch 1:328. Sächsisch I—Sächsisch 1:329. Sächsisch I—Sächsisch 1:330. Sächsisch I—Sächsisch 1:331. Sächsisch I—Sächsisch 1:332. Sächsisch I—Sächsisch 1:333. Sächsisch I—Sächsisch 1:334. Sächsisch I—Sächsisch 1:335. Sächsisch I—Sächsisch 1:336. Sächsisch I—Sächsisch 1:337. Sächsisch I—Sächsisch 1:338. Sächsisch I—Sächsisch 1:339. Sächsisch I—Sächsisch 1:340. Sächsisch I—Sächsisch 1:341. Sächsisch I—Sächsisch 1:342. Sächsisch I—Sächsisch 1:343. Sächsisch I—Sächsisch 1:344. Sächsisch I—Sächsisch 1:345. Sächsisch I—Sächsisch 1:346. Sächsisch I—Sächsisch 1:347. Sächsisch I—Sächsisch 1:348. Sächsisch I—Sächsisch 1:349. Sächsisch I—Sächsisch 1:350. Sächsisch I—Sächsisch 1:351. Sächsisch I—Sächsisch 1:352. Sächsisch I—Sächsisch 1:353. Sächsisch

Peter Schaller.

Von Frida Schwarzer.

Die Stadt, in die Peter kam, war keines jener brüllenden, tosenden Großstadtungeheuer, in denen sich alles Streben einer...

Arg teuer war alles in der Stadt, noch viel, viel teurer als auf dem Dörfchen. Und da hatte die Mutter immer schon geklagt...

Es gab nur wenig ständige Arbeiter in der Fabrik, denn die Arbeit war sehr beschwerlich und wurde schlecht genug bezahlt...

Und doch war Peters Gelfthunger so brennend, so gewaltig. Randauf, wenn er Sonntags bei einem Spaziergang in die Stadt...

Ram er dann heim und bedachte, daß er am andern Tage wieder zeitig zu der geisttötenden Arbeit gehen müßte, die seine Zeit ausfüllte...

(Fortsetzung folgt.)

Der herbstliche Laubfall.

Der du die Wälder särbst, sonntiger, milder Herbst, schöner als Rosenblüh...

In dieser Woche des Wiener Aristokraten Ferdinand von Saar steigt viel unwillkürliches Festhalten, viel schwermütige Resignation...

ansieht und stehen in aufrechter Ehrfurcht vor dem großzügigen und doch so feinnervigen Schaffen der Natur...

Woher dann aber überhaupt der Laubfall? Ist er nicht un-energetische Kraft- und Stoffvergeudung? Die alten Blätter...

Der regelmäßige Laubfall ist in unserer Zone notwendig, weil der winterlich harte, kalte Boden den wasserlaugenden Wurzeln...

Als nicht der drohende Tod des Erzielens, wie auf den ersten Blick angenommen wird, heißt die Blätter abwerfen, sondern...

Immergrüne Laubbücher herrschen in der subtropischen Zone, in den Mittelmeerländern vor, wo Feuchtigkeit und Wärme geringen Schwankungen unterliegen...

Als zweite Ursache wirkt die Verminderung der Tageslänge und damit des Lichteinflusses mit. Ein interessantes Bild aus dem menschlichen Weltanschauungsleben...

Der Baum ist aber ein wirtschaftlicher Organismus von unübertrefflicher Sparsamkeit. Wenn er schon die im Frühjahr mühsam beschaffte Laubfläche...

Manche der ausgepflanzten, toten Zellengewebe fällen sich dafür mit einem roten Saft (Rindsaft, wilder Wein), einem Antijapan genannten Farbstoffe...

Die Lösung der Verbindung mit dem Zweige wird sorgfältig vorbereitet. Am Grunde des Blattstieles bildet sich eine rauh wachsende, latratische Querschnitts-Blase...

Der Laubfall verurteilt dem Baume an den Lösungsstellen unzählige Verletzungen. Hier könnte die Verbundung nun hemmunglos einfallen, hier würden auch säureerregende Spaltflüssigkeiten...

Wenn wird die menschliche Gemeinschaft sich dazu verstehen, die den Laubbäumen innewohnende, im harten Daseinskampfe gewonnene Intelligenz...

Freunden überlag, gefolgt von um so intensiverer, schönerer Lebensentfaltung; er bewirkt eine Auslese der Besten...

Wieviel mehr Recht können wir unsere praktischen Folgerungen ziehen aus den Tatsachen des Laubfalls...

Kleine Chronik.

Städtische Theater. Am Sonntag, dem 10. Oktober, vor-mittags 11 Uhr, findet im Neuen Theater unter der musikalischen Leitung...

Schauspielhaus. In der Erstaufführung von Shakespeares Wie es Euch gefällt, die Sonntag, den 10. Oktober, stattfindet und der die neue Uebersetzung von Hans Rothke zugrunde liegt...

Konzerte. Boris Schwarz, ein noch sehr jugendlicher Geiger, zeigt gute Anlagen und verpricht, noch einmal weit zu kommen...

Herz Günther Ramin veranstaltet am 11. Oktober, abends 8 Uhr, in der Thomaskirche anlässlich des 25jährigen Todesjubiläum von Anton Bruckner ein Orgelkonzert...

Kleines Theater. Am Freitag beginnt Max Wallenbergs Gastspiel in Familie Schmal als Jawadil, den er sechs Tage hintereinander spielt...

Eingelaufene Schriften.

Dr. Engelen, Gedächtniswissenschaft und die Steigerung der Gedächtniskraft. Verlag der Verlagsbuchhandlung Otto Gmelin, München.

Dr. Behr, Das Magengeschwür. Heft 9 der Sammlung diagnostisch-therapeutischer Abhandlungen für den praktischen Arzt. Verlag der Verlagsbuchhandlung Otto Gmelin, München.

Dr. A. A. B. Bernstein, Arbeit und Gesundheit. Der Arzt als Erzieher, Heft 45. Verlag der Verlagsbuchhandlung Otto Gmelin, München.

Hans Günther, Radiotechnik. Das Reich der elektrischen Wellen mit 28 Abbildungen im Text und einem farbigen Umschlagbild. Kosmos, Gesellschaft der Naturfreunde, Fränkische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

Dr. E. Schulz-Langenberg, Auswanderung, Ausbeutung und Schutz der deutschen Auswanderer. Nationaler Wiederaufbau. Verlag Es werde Licht, Berlin. Preis 6 Mk.

Georg Bernhard, Die Steuergemeinschaft. Ein Weg zur finanziellen Neugestaltung des Reiches. Verlag J. Bensheimer, Mannheim-Berlin-Leipzig. Preis 7.50 Mk.

Hans Günther, Die Selbstanfertigung kleiner Dynamos und Elektromotoren (Basteln und Bauen-Bücherei). Fränkische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Preis geb. 5.20 Mk.

Hans Günther, Der Bau einer Funktion. Lebt An-leitung zur Selbstanfertigung von Induktionsapparaten (Basteln und Bauen-Bücherei). Fränkische Verlagsbuchhandlung, Stuttgart. Preis geb. 5.20 Mk.

Bruno Schoenlant, Gefänge der Zeit. Verlags-gesellschaft Freiheit, e. G. m. b. H., Berlin C. 2. Preis 1.50 Mk.

Karl Kautsky, Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Leo Joglitzsch. Ihre Bedeutung für die deutsche Sozialdemokratie. Ver-lagsgesellschaft Freiheit, e. G. m. b. H., Berlin C. 2. Preis 2 Mk.

Rudolf Weid, Die Erwerbslosenfürsorge nach dem neuesten Stande. Heft 8 der Gesellschafterführungen für Arbeiter und Ange-stellte. Verlagsgesellschaft Freiheit, e. G. m. b. H., Berlin C. 2, Breitestraße 8/9.

Neues Theater.
 Montag, den 10. Oktober 1921
Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
 (Nachdruck verboten.)
 Verfassend: Hermann, Dirigent von 2 Sängern (Hans Müller, Tannhäuser, Wolf von Eisenbach, Walter von der Vogelweide, Hilke, Heinrich der Gärtner, Selma von Lieber, Ritter von Sanger, Josef Wolf, Ernst Wolf, Hans Wilmann, Otto Selmann, Alfred Wolf, Emil Gerbeling, Elisabeth, Nichte des Tannhäusers, Marie Martini, Emma Wehr, Martha; Ein Mönch (Hedwig Vorderer); Ein Herr (Hans Müller, Fritz Reichardt, Paula Schmiedel, Frau Wehrmann).
 Ritter, Edelknecht, Edelknecht, Pfarrer, Eisen, Pächter, Tannhäuser, Wartburg. — Zeit: Anfang des 14. Jahrhunderts, Choreographie, angeordnet von Emma Wehrmann, ausgeführt von Gertrud Wehrmann, Alice Schmidt, Tänzerinnen und Tänzer.
 Preise nach dem 1. und 2. Akt.
 Besondere Karten für die Anwesenheit aufzufassen.
 Einfache Preise: Freitag 7, 10, 12, 15, 20, 25, 30, 40, 50, 60, 70, 80, 90, 100, 120, 150, 200, 250, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1200, 1500, 2000, 2500, 3000, 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 10000, 12000, 15000, 20000, 25000, 30000, 40000, 50000, 60000, 70000, 80000, 90000, 100000, 120000, 150000, 200000, 250000, 300000, 400000, 500000, 600000, 700000, 800000, 900000, 1000000, 1200000, 1500000, 2000000, 2500000, 3000000, 4000000, 5000000, 6000000, 7000000, 8000000, 9000000, 10000000, 12000000, 15000000, 20000000, 25000000, 30000000, 40000000, 50000000, 60000000, 70000000, 80000000, 90000000, 100000000, 120000000, 150000000, 200000000, 250000000, 300000000, 400000000, 500000000, 600000000, 700000000, 800000000, 900000000, 1000000000, 1200000000, 1500000000, 2000000000, 2500000000, 3000000000, 4000000000, 5000000000, 6000000000, 7000000000, 8000000000, 9000000000, 10000000000, 12000000000, 15000000000, 20000000000, 25000000000, 30000000000, 40000000000, 50000000000, 60000000000, 70000000000, 80000000000, 90000000000, 100000000000, 120000000000, 150000000000, 200000000000, 250000000000, 300000000000, 400000000000, 500000000000, 600000000000, 700000000000, 800000000000, 900000000000, 1000000000000, 1200000000000, 1500000000000, 2000000000000, 2500000000000, 3000000000000, 4000000000000, 5000000000000, 6000000000000, 7000000000000, 8000000000000, 9000000000000, 10000000000000, 12000000000000, 15000000000000, 20000000000000, 25000000000000, 30000000000000, 40000000000000, 50000000000000, 60000000000000, 70000000000000, 80000000000000, 90000000000000, 100000000000000, 120000000000000, 150000000000000, 200000000000000, 250000000000000, 300000000000000, 400000000000000, 500000000000000, 600000000000000, 700000000000000, 800000000000000, 900000000000000, 1000000000000000, 1200000000000000, 1500000000000000, 2000000000000000, 2500000000000000, 3000000000000000, 4000000000000000, 5000000000000000, 6000000000000000, 7000000000000000, 8000000000000000, 9000000000000000, 10000000000000000, 12000000000000000, 15000000000000000, 20000000000000000, 25000000000000000, 30000000000000000, 40000000000000000, 50000000000000000, 60000000000000000, 70000000000000000, 80000000000000000, 90000000000000000, 100000000000000000, 120000000000000000, 150000000000000000, 200000000000000000, 250000000000000000, 300000000000000000, 400000000000000000, 500000000000000000, 600000000000000000, 700000000000000000, 800000000000000000, 900000000000000000, 1000000000000000000, 1200000000000000000, 1500000000000000000, 2000000000000000000, 2500000000000000000, 3000000000000000000, 4000000000000000000, 5000000000000000000, 6000000000000000000, 7000000000000000000, 8000000000000000000, 9000000000000000000, 10000000000000000000, 12000000000000000000, 15000000000000000000, 20000000000000000000, 25000000000000000000, 30000000000000000000, 40000000000000000000, 50000000000000000000, 60000000000000000000, 70000000000000000000, 80000000000000000000, 90000000000000000000, 100000000000000000000, 120000000000000000000, 150000000000000000000, 200000000000000000000, 250000000000000000000, 300000000000000000000, 400000000000000000000, 500000000000000000000, 600000000000000000000, 700000000000000000000, 800000000000000000000, 900000000000000000000, 1000000000000000000000, 1200000000000000000000, 1500000000000000000000, 2000000000000000000000, 2500000000000000000000, 3000000000000000000000, 4000000000000000000000, 5000000000000000000000, 6000000000000000000000, 7000000000000000000000, 8000000000000000000000, 9000000000000000000000, 10000000000000000000000, 12000000000000000000000, 15000000000000000000000, 20000000000000000000000, 25000000000000000000000, 30000000000000000000000, 40000000000000000000000, 50000000000000000000000, 60000000000000000000000, 70000000000000000000000, 80000000000000000000000, 90000000000000000000000, 100000000000000000000000, 120000000000000000000000, 150000000000000000000000, 200000000000000000000000, 250000000000000000000000, 300000000000000000000000, 400000000000000000000000, 500000000000000000000000, 600000000000000000000000, 700000000000000000000000, 800000000000000000000000, 900000000000000000000000, 1000000000000000000000000, 1200000000000000000000000, 1500000000000000000000000, 2000000000000000000000000, 2500000000000000000000000, 3000000000000000000000000, 4000000000000000000000000, 5000000000000000000000000, 6000000000000000000000000, 7000000000000000000000000, 8000000000000000000000000, 9000000000000000000000000, 10000000000000000000000000, 12000000000000000000000000, 15000000000000000000000000, 20000000000000000000000000, 25000000000000000000000000, 30000000000000000000000000, 40000000000000000000000000, 50000000000000000000000000, 60000000000000000000000000, 70000000000000000000000000, 80000000000000000000000000, 90000000000000000000000000, 100000000000000000000000000, 120000000000000000000000000, 150000000000000000000000000, 200000000000000000000000000, 250000000000000000000000000, 300000000000000000000000000, 400000000000000000000000000, 500000000000000000000000000, 600000000000000000000000000, 700000000000000000000000000, 800000000000000000000000000, 900000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000, 1200000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000, 2500000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000, 12000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000, 25000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000, 120000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000, 250000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000, 1200000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000, 2500000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000, 12000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000, 25000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000, 120000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000, 250000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000, 1200000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000, 2500000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000, 12000000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000, 25000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000000, 120000000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000000, 250000000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000000, 1200000000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000000, 2500000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000000000, 10000000000000000000000000000000000000, 12000000000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000000000, 20000000000000000000000000000000000000, 25000000000000000000000000000000000000, 30000000000000000000000000000000000000, 40000000000000000000000000000000000000, 50000000000000000000000000000000000000, 60000000000000000000000000000000000000, 70000000000000000000000000000000000000, 80000000000000000000000000000000000000, 90000000000000000000000000000000000000, 100000000000000000000000000000000000000, 120000000000000000000000000000000000000, 150000000000000000000000000000000000000, 200000000000000000000000000000000000000, 250000000000000000000000000000000000000, 300000000000000000000000000000000000000, 400000000000000000000000000000000000000, 500000000000000000000000000000000000000, 600000000000000000000000000000000000000, 700000000000000000000000000000000000000, 800000000000000000000000000000000000000, 900000000000000000000000000000000000000, 1000000000000000000000000000000000000000, 1200000000000000000000000000000000000000, 1500000000000000000000000000000000000000, 2000000000000000000000000000000000000000, 2500000000000000000000000000000000000000, 3000000000000000000000000000000000000000, 4000000000000000000000000000000000000000, 5000000000000000000000000000000000000000, 6000000000000000000000000000000000000000, 7000000000000000000000000000000000000000, 8000000000000000000000000000000000000000, 9000000000000000000000000000000000000000, 100, 12000000000000000000000000000000000000000, 15000000000000000000000000000000000000000, 200, 25000000000000000000000000000000000000000, 300, 400, 500, 600, 700, 800, 900, 1000, 1200, 1500, 2000, 2500, 3000, 4000, 5000, 6000, 7000, 8000, 9000, 100, 12000, 15000, 200, 25000, 300000000000

Sächsischer Gemeindegtag.

Das Referat Segers.

Wir geben im Folgenden zunächst das Referat des Genossen Segers über die Gemeindegreform, das wir schon in dem Bericht über den ersten Verhandlungstag kurz abgedruckt haben, ausführlicher wieder:

Stadtverordnetenvorsitzer Segers (USP.): Ueber den Umfang und die Art einer Reform werden stets Meinungsverschiedenheiten bestehen. Mein Herr Mitreferent forderte mit besonderer Betonung, daß die Gemeindeverwaltungen unpolitisch sein müßten, wenn sie ihrer Aufgabe gerecht werden wollten. Das kann nur heißen, daß keine Sozialdemokraten hinein kommen, denn auch jetzt schon sind die Verwaltungen politisch orientiert, und zwar im Sinne der bürgerlichen Parteien. Es ist also unmöglich, die Gemeindeverwaltungen zu entpolitisieren. Die Hauptfrage der gesamten Gemeindegreform ist: wer soll in der Gemeinde die entscheidende Stellung haben, die Vertretung oder die Verwaltung? Da erfordert es nun die Demokratie, daß die Vertretung diese Stelle ist, weil sie aus den allgemeinen Wahlen hervorgeht und weil nur sie, und nicht die Verwaltung, den Wählern verantwortlich ist. Die Verwaltung darf und kann in einem demokratischen Gemeinwesen nichts anderes sein, als das vorbereitende und ausführende Organ der Gemeindevertretung. Damit ist nicht gesagt, daß nun die Verwaltung von der Gemeindevertretung selbst ausgeübt wird. Das verbietet in den großen Gemeinden schon der Umfang der Geschäfte. Wenn mein Mitreferent verlangt hat, daß das Wahlrecht zur Gemeindegvertretung an einen einjährigen Wohnsitz in der Gemeinde gebunden sein müsse, so widerspricht das den Interessen der Gemeindeglieder. Wenn er darauf hingewiesen hat, daß nur solche Gemeindeglieder ein Interesse an einem geordneten Gemeinwesen haben, die dauernd in der Gemeinde wohnen, so ist dies die alte verkehrte Auffassung, wie sie schon zur Begründung des Hausbesitzer-Privilegiums in den Dreiklassen-Gemeindepacten angeführt wurde. Dabei hat sich herausgestellt, daß nicht einmal der Grundbesitz der schärfste Faktor, als der er immer hingestellt wurde, ist. Statistiken haben bewiesen, daß der Wechsel des Grundbesitzes noch schneller und häufiger vor sich gegangen ist, als der Wechsel der Wohnungen durch die Mieter. Auch daß die Saisonarbeiter und Abkommendarbeiter aus benachbarten Gemeinden das Ergebnis der Gemeindegewahlen falschen könnten und so das Interesse der Gemeinde schädigen, ist hinfällig und unrichtig. Selbst wenn solche Fälle vorkämen, so bildeten sie eine Ausnahme, und auf Ausnahmefälle baut man doch keine Verfassung auf. Dasselbe gilt für die Ausführungen des Herrn Mitreferenten, in denen er nachzuweisen versuchte, daß wir wegen des Verfallens der Verträge völlig unfrei seien und von einer Selbstverwaltung der Gemeinden nicht mehr reden könnten. Wir sind wohl imstande, die Gemeindegreform so frei und weitgehend als nur möglich zu gestalten. Der durch den Verfall der Verträge geschaffene Zustand ist kein dauernder, er wird vorübergehen und wir werden wieder zu normalen Verhältnissen kommen. Daher muß das Gesetz auf normale Verhältnisse zugeschnitten und für Jahrzehnte hinaus berechnet sein. Vornehmlich sind die Aufgaben, die den Gemeinden in der Gemeindegreform von 1873 gestellt sind, mit dem, was mittlerweile durch die Entwicklung geschaffen wurde, so sieht man den ungeheuren Abstand von damals und heute. Wir müssen also, um unsere Aufgabe richtig zu erfüllen, neben den veralteten, technischen Reformen in der Gemeindegreform ein Wirtschafts-, Kultur- und soziales Programm haben, das den Gemeinden zeigt, welche Aufgaben sie jetzt und für die Zukunft haben.

Vor allem kommt es darauf an, den längst veralteten und durch die tatsächlichen Verhältnisse beseitigten Gegensatz von Stadt und Land aufzuheben. In den Städten spielt sich das eigentliche kulturelle, soziale und wirtschaftliche Leben ab und das Land wird von der Kultur der Städte mit getragen. Es ist also ein Unsin, das Land von der Stadt zu trennen. Durch überlokale Organisationen müssen die gemeinschaftlichen Aufgaben von Stadt und Land erfüllt werden, wie sie jetzt einerseits den Bezirksstellen in Städten und andererseits den Bezirksorganisationen zugewiesen werden. Ich weiß wohl, daß dies eine sehr weitgehende Forderung ist und daß sie vorerst nicht auf Erfüllung rechnen kann. Das darf uns aber nicht hindern, die Richtlinien anzustellen, die bei einer weitestgehenden Gemeindegreform als Grundlage zu dienen haben. In Sachen ist es auch geschichtlich interessant, warum man das Land so streng von der Stadt geschieden hat. Es entspringt den ausschließlichen politischen Interessen der Konserverativen. Mit den Landbesitzern beherrschten die Konserverativen jahrelang die Städte, und das Bürgerrecht der Städte, das eigentlich liberal hätte sein müssen, war zu feig, um gegen diesen unwürdigen und die Städteinteressen schädigenden Zustand vorzugehen. Nachdem aber die konserverative Macht in Sachen gebrochen ist, müssen wir auch von dem alten System des Gegensatzes von Stadt und Land loskommen.

Es ist richtig, was mein Mitreferent sagte, daß den Gemeinden die Steuerhoheit genommen wurde. Seinen Forderungen aber, wie die Gemeinden zukünftig an der Gemeindegemeinschaftsteuer Teil haben sollen, kann ich nicht zustimmen. Das Zuschlagsrecht, das die Gemeinden zur Einkommensteuer haben sollen, würde zur Folge haben, daß kein Ausgleich zwischen den steuerkräftigen und steuerkräftigen Gemeinden stattfindet. Das Budgetrecht der Gemeinden muß vielmehr so sichergestellt werden, daß sie ihren Bedarf festlegen und vom Reich den Betrag aus den allgemeinen direkten Steuern erhalten. Denn ich erhebe mit besonderem Nachdruck die Forderung, daß das Steuerprogramm, das unsere Partei aufgestellt hat, durchgeführt werde. Jetzt ist das Verhältnis zu früher umgekehrt. Das Reich hat die Reichseinkommensteuer übernommen und den Gemeinden die indirekten Steuern zugewiesen, die eine starke Belastung der besitzlosen Bevölkerung bedeuten. Wenn Sie mit Ihrem Widerspruch der Meinung sind, daß wir diese Steuerpolitik nicht durchsetzen können, so erklären Sie damit nur, daß die bürgerliche Gesellschaft bankrott ist.

Wenn nun besonders von den wohlwollenden Rechten der höheren Gemeindebeamten die Rede ist und wenn gar jetzt noch gefordert wird, daß Wahlen auf Lebenszeit vorgenommen werden, so möchte ich demgegenüber nur das Folgende anführen: In den Jahren von 1906 bis zum Kriegsausbruch haben eine Anzahl Bundesstaaten ihre alten Gemeindegerechtigungen geändert, und das haben sie, sogar der medienbunische Landtag, die Lebenszeitwahl abgeschafft. Was diese alten, verrotteten Parlamente gekannt haben, das wird man wohl drei Jahre nach der Revolution auch in Sachsen vermögen. Wenn aber gesagt wird, daß, wenn diese Sicherstellung dieser Gemeindebeamten wegfiel, dann keine Schaffensfreudigkeit mehr vorhanden sei, so wird diesen Beamten ein sehr schlechtes Zeugnis ausgestellt. Was aber mit besonderem Nachdruck verlangt werden muß, das ist ein Kommunalisierungsgesetz, das den Gemeinden das Recht der Enteignung und Monopolisierung von Unternehmungen gibt. Nur dann werden die Gemeinden in der Lage sein, ihre großen wirtschaftlichen Aufgaben lösen zu können.

Ich habe in meinen Thesen die Forderung erhoben, daß ein einheitliches Reichsgemeindegerechtigungsrecht geschaffen wird. Das ist möglich und notwendig. Diese Forderung darf aber nicht dazu benutzt werden, um in Sachsen die Gemeindegerechtigungsreform zu verzögern oder zu verzögern, indem man sagt: Warten wir ab, bis ein Reichsgemeindegerechtigungsrecht geschaffen ist! Wir müssen vielmehr in Sachen ein fortschrittliches Gemeindegerechtigungsrecht schaffen, das dieses als Muster für das Reich dienen kann. Den Regierungsentwurf halte ich für eine geeignete Grundlage, um daraus ein fortschrittliches, den Bedürfnissen der Gegenwart und Zukunft entsprechendes Gemeindegerechtigungsrecht zu schaffen. Hüten wir uns, Stümperarbeiten zu machen,

zeigen wir uns auf der Höhe und bohnen wir dem Fortschritt den Weg, so dienen wir den Gemeinden am besten. (Lebh. anhaltender Beifall.)

Der Redner schlägt folgende

Verträge

vor:

„Die Gemeindegerechtigungsreform muß den durch die Entwicklung des Gemeindegerechtigungsbedingten Forderungen entsprechen. Die letzte Gemeindegerechtigungsreform stammt aus dem Jahre 1873. Seit dieser Zeit ist die Entwicklung der Gemeinden in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht gewaltig fortgeschritten. Die Gemeindegerechtigungsreform wird nicht nur für die Gegenwart, sondern für die ferne Zukunft geschaffen, sie muß daher umfassend und weltbildend sein. In ihr muß der Gedanke der Einheit, der Einheit der Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land verankert sein. Die von der Einwohnerschaft durch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gewählte Vertretung ist für alle Gemeindegerechtigungen allein zuständig. Ihr obliegt die Beschaffung aller Gemeindegerechtigungen, einschließlich der Verwaltung. Wo, wie in allen großen Gemeinden, eine von der beschließenden Gemeindevertretung getrennte Berufsverwaltung nötig ist, ist diese nur vorbereitendes und ausführendes Organ (Ein-Kammer-System). Sowohl die Gemeinde und die Bezirksorganisation als auch der Staat und das Reich sind, unterliegen sie der Staatsaufsicht, in den Gemeindegerechtigungen nur insoweit, als die Organe gegen Reichs- oder Landesgesetze verstoßen, oder die in der Gemeindegerechtigungsreform bezeichneten Aufgaben nicht erfüllen. Das Wahlrecht ist dem Reich und dem Reichsgemeindegerechtigungsrecht vorbehalten. Die von der Gemeindevertretung und der Bezirksverwaltung durch die Regierung ist aufzuheben. Zur Selbstverwaltung der Gemeinden gehört das vollständige Verfügungsrecht über die Polizei. Der Aufgabenkreis der Gemeinden und der Bezirksorganisationen in wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Hinsicht ist im Gesetz zu umschreiben. Das Budgetrecht der Gemeinden ist sicherzustellen. Ueber die Verwaltung und Verwendung des Gemeindegerechtigungsentscheidet nur die Gemeindevertretung und für den Bezirk die Bezirksorganisation. Das Gesetz muß das Referendum für bestimmte wichtige Gemeindegerechtigungen enthalten. Damit die Gemeinden und Bezirksorganisationen ihre Aufgaben erfüllen können, ist die schnelle Schaffung eines Reichs-Kommunalisierungsgesetzes nötig, das den Gemeinden das Enteignungsrecht gibt. Der Gemeindegerechtigungsreferent, um in die Gemeindegerechtigungen und Bezirksorganisationen des ganzen Reiches eine einheitliche Verwaltung und Gemeindegerechtigungsgebung zu bringen, die Schaffung eines einheitlichen Reichs-Gemeindegerechtigungsrechts.“

Zweiter Verhandlungstag.

Die Sonnabendtagung begann mit der Vorstandswahl. Zu wählen waren 16 Vorstandsmitglieder, 8 weitere Mitglieder werden durch Vorstandsbeschluss hinzugezogen. Nach den Vereinbarungen wurde der Vorstand zu zwei Dritteln aus bürgerlichen und sozialistischen Mitgliedern zusammengesetzt. Die sozialistischen Mitglieder sind die Unabhängigen Segers-Leipzig, Tunniger, Marktscheidt, Ambohr-Burg, von den Rechten Sozialisten wurden in den Vorstand gewählt Rixsche, Dresden, Straube-Chemnitz, Hlig-Kadeberg, Kimpel-Sohlau a. Spree, Orpha-Leipzig. Von den Bürgerlichen wurden gewählt: Blüher, Oberbürgermeister, Dresden, Dr. Roth, Oberbürgermeister, Leipzig, Dr. Hübschmann, Oberbürgermeister, Chemnitz, Dr. Küll, Oberbürgermeister, Jitza, Schaarschmidt, Bürgermeister, Löbau, Kimpel, Gemeindevorsteher, Wiltau, Linke, Bürgermeister, Dohna, Seydel, Gemeindevorsteher, Königshain.

Zwischen den Unabhängigen und den Rechtssozialisten ist vereinbart worden, daß von den noch vorzuschlagenden vier sozialistischen Vorstandsmitgliedern je zwei Unabhängige und zwei Rechtssozialisten sein sollen, so daß dann im Vorstand des Gemeindegerechtigungs fünf Unabhängige und sieben Rechtssozialisten sitzen.

Nach der Vorstandswahl sprach der Geschäftsführer des Gemeindegerechtigungs, Dr. Kammann-Dresden über

die finanzielle Lage der sächsischen Gemeinden.

Er begann mit dem Hinweis, daß man ohne Geld nicht selbst verwalten kann. Das Reich hat die wichtigsten Einnahmequellen der Gemeinden an sich gezogen, den Gemeinden sind nur Lappalien geblieben. Viele der kleinen Steuern sind ein großer Anflug, ihre Verwaltung kostet oft mehr als sie einbringen. Helfen können den Gemeinden nur große Steuern. Durch die verzögerte Veranlagung der Einkommensteuer werden dem Reich, den Staaten und den Gemeinden wahrheitsgemäß Milliarden entgehen. Die Gemeinden müssen verlangen, daß für neue Aufgaben, die ihnen das Reich zuweist, auch die Kosten vom Reich getragen werden. Die Gemeinden müssen vom Reich entschädigt werden für alle Ausgaben für Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, für Mieteingangsämter, für Ständesämter. Alle Ausgaben, die als Kriegssolge anzusehen sind, müssen vom Reich getragen werden. Zum Beispiel muß die Arbeitslosenfürsorge vollständig durch das Reich übernommen werden, daselbst gilt von der Not der Sozialrentner und der Kleinrentner. Auch die Erhöhung der Beamtengehälter gehört zu den Kriegssolgen, sie muß unbedingt vom Reich getragen werden.

Wir müssen als wichtigste Forderung vom Reich die völlige Umkehr von der Steuerpolitik verlangen. Das Reich hatte früher nur indirekte Steuern, durch die sogenannte Finanzreform wurde die Reichseinkommensteuer geschaffen. Diese kann den Reichsbedarf nicht decken, aber den Gemeinden würden aus der Einkommensteuer neue Kräfte zufließen. Die Gemeinden müssen größeren Anteil an den großen Steuern erhalten. Steuern bezahlen heute doch nur Arbeiter und Beamte (Zustimmung), die große Menge der Gewerbetreibenden, die ihre Steuern gar bezahlen möchten (Allgemeine Heterkeit), die können sie gar nicht los werden.

Daß die Erträge aus der Umschlagsteuer erhöht werden müssen, halte ich für selbstverständlich, ihre Erhebung und Verwaltung muß den Gemeinden überlassen bleiben. Vom Staat müssen wir verlangen, daß die finanzielle Hilfe des Staates nicht verbunden sein darf mit einer weiteren Einschränkung der Selbstverwaltung. Wenigstens eine große Steuer muß der Gemeinde selbstständig überlassen bleiben. Neun Zehntel unseres Finanzelends wären gehoben, wenn die Einkommensteuer zur rechten Zeit eingegangen wäre. (Das heißt: Wenn die Besessenen Einkommensteuern bezahlt hätten.)

In den Gemeinden muß größte Sparsamkeit herrschen. Es fragt sich, ob nicht auch am Personalaufwand gespart werden kann. Die Wirtschaftsbetriebe dürfen keine Zuschußbetriebe sein. Er schlägt mit den Worten: „daß Wege vorhanden sind, die Gemeinden aus ihrem Finanzelend herauszuführen, das glaube ich gezeigt zu haben; daraus kann auch die Gelundung des Volkes entstehen.“

Die Aussprache.

Als erster Debatter sprach Oberbürgermeister Dr. Küll, der verlangte, die Gemeinden müßten bei sich selbst mit sparen anfangen. Die Ausgaben müßten sich nach den Einnahmen richten, zweckmäßige Ausgaben müßten zurückgestellt werden, wenn die Mittel nur für die notwendigen Ausgaben vorhanden sind. Die Gemeinden müßten auf eine Verringerung der Reichseinkommensteuer hinarbeiten. Die Träger und Bewirtschaftler der Einkommensteuer müssen die Gemeinden werden, das Reich müsse Kostgänger sein.

Von den Rechtssozialisten sprachen eine Anzahl Redner, darunter der ehemalige Innenminister und jetzige Bürgermeister Hlig von Kadeberg und der Gemeindevorstand Kimpel, der hervorhob, daß die Finanznot nur in den Arbeitergemeinden besteht.

Von den unabhängigen Sozialdemokraten beleuchtete Genosse Segers Leipzig die Finanzlage der Gemeinden. Er hob hervor, daß es nicht nur darauf ankomme, die Steuerpolitik zu betonen, sondern vielmehr darauf, die wirtschaftlichen und politischen Ursachen der Finanznot zu erkennen. Hier ist immer wieder die Forderung aufgestellt worden, es soll gespart werden. Vor allem wird verlangt, die Gemeindebetriebe so zu gestalten, daß sie selbst tragen können. Da muß man doch fragen, ob die Reichspolitik danach ist, daß die Betriebe sich selbst tragen können. Die Politik des Reiches ist auf dem Gebiete der Nahrungsmittelherstellung arbeiterfeindlich. Das freie Spiel der Kräfte hatte Verringerung der Lebensmittel zur Folge. Dadurch mußten die Löhne und Gehälter erhöht werden, was zur Folge hatte, daß die Betriebe sich nicht mehr selbst erhalten konnten. Das Reich muß also erst seine Wirtschaftspolitik ändern, ehe an eine Gesundung in den Gemeinden gedacht werden kann.

Die Steuerfragen sind ebenso politische Machtfragen wie die Verfassungsfragen. Die Steuern müssen gleichmäßig über das Reich erhoben werden, die Gemeinden müssen für ihre Aufgaben vom Reich entsprechende Zuwendungen erhalten.

Es müßten einmal die Ausgaben der Gemeinden zusammen gestellt werden, die eigentlich Sache des Reiches sind. Täuschen wir uns nicht darüber, daß wir in den Finanzverhältnissen auf einem Punkt angekommen sind, auf dem es nicht weitergeht. Wir müssen dazu kommen, den Gemeinden die indirekten Steuern wieder abzunehmen. Verlangt werden muß eine andre Gestaltung der Einkommensteuer, die Vermögenssteuer, die Erlösung der Gewinne durch das Reich!

Oberbürgermeister Dr. Rothke-Leipzig verlangte eine erhöhte Zuzahlung der Gemeindegerechtigungen der Umschlagsteuer. In Preußen hätten die Gemeinden bereits zur Selbsthilfe gearbeitet und die Umschlagsteuer nicht abgeleitet, das sei aber doch kein gelunder Zustand.

Im wesentlichen bewegte sich die weitere Aussprache, an der sich eine große Anzahl Redner beteiligten, um die Steuerpolitik. Von einer Anzahl Rednern der Linken, unter denen sich auch Genosse Börner-Knauffleberg befand, wurde an der jetzigen Steuerpolitik scharfe Kritik geübt. Gegen Mittag wurde die Aussprache durch Annahme eines Schlußantrags beendet.

Folgende Anträge wurden einstimmig angenommen:

Antrag Kimpel-Liebmann: 1. Der Sächsische Gemeindegerechtigungsreferent soll den Reichsbehörden die sofortige Befreiung der durch die Durchföhrung der Steuererhöhungen hindernden Organisationsfehler.

2. Vermeidung eines weiteren Ausbleibens der Gemeinden von der Steuerverwaltung.

3. Tatsächliche Erfassung und Erhebung der Reichssteuern von den bestehenden Klassen des Volkes mit größter Beschleunigung.

Antrag Seidel-Linke: Der Gemeindegerechtigungsreferent tritt mit vollem Ernst dafür ein, daß dem Landesausgleichsstad weit größere Mittel als bisher zufließen.

In seinem Schlußwort verurteilte der Vorsitzende, Oberbürgermeister Blüher, die auf der Tagung hervorgetretenen Gegensätze dadurch zu verschleiern, daß er erklärte, die Tagung habe Uebereinstimmung der Anschauungen von den Deutschnationalen bis zu den Unabhängigen gezeigt; er erntete damit aber nur die ungeheilte Heterkeit der Verammelungsteilnehmer. Ueber die Niederlage, die der Vorstand mit seiner Resolution zur Gemeindegerechtigungsreform erlitten hatte, tröstete sich Blüher mit den Worten: Wenn der Vorstand die Stimmung der Mitglieder besser gekannt hätte, dann hätte er sicherlich eine andre Formulierung vorgeeschlagen. Ja, wenn!

Zweifellos ist der Gemeindegerechtigungsreferent anders ausgefallen als die Rückwärtler unter den Gemeindepolitikern wollten.

Die Leipziger Parteigenossen zur Regierungsbildung.

In einer sehr stark besuchten Versammlung, die von dem großen Interesse zeugte, das die Parteigenossen der Frage der Regierungsbildung entgegenbringen, referierte am Sonntag Genosse Segers über die Stellung der USP. zur Regierungsbildung.

Er gab einen kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Wirkungen des Eintritts sozialistischer Mitglieder in bürgerliche Kabinette in Frankreich und England, die nicht ihre Auffassung durchsetzen konnten, sondern nur die Verantwortung für arbeiterfeindliche Handlungen mit auf sich selbst bekamen. Das führte dazu, daß schon der Internationale Kongreß 1904 den Eintritt in bürgerliche Regierungen verbot. In Deutschland vorwarfen die Parteitage von Ulm und Magdeburg die Budgetbewilligung als ein Mittel zur Störfung der monarchistischen Regierungen.

Wenn es sich jetzt darum handelt, durch Eintritt in eine Regierung der Republik den Fortschritt zu ermöglichen, so scheint das nur eine taktische Frage zu sein, vom Standpunkt des Machtverhältnisses der Klassen aus betrachtet ist es aber eine prinzipielle, grundsätzliche Frage. Noch im vorigen Jahre erklärte die USP., daß sie grundsätzlich mit bürgerlichen Parteien keine Regierung bilden würde.

Wenn wir die Beteiligung nur als eine taktische Frage ansehen, kommen wir zu der rechtssozialistischen Augenbildungs- und Opportunitätspolitik, daß man bei Fragen, die momentan eine große Rolle spielen und die Arbeiterinteressen aufs tiefste berühren, in eine Regierung eintreten müsse. Wir würden dann nicht von einem festen Standpunkt und klaren Zielen ausgehen und würden zu demselben Ergebnis kommen wie die Rechtssozialisten, die von ihren Führern mit dieser Politik von Niederlage zu Niederlage geführt werden. Nicht die Hunderttausende von Mitgliedern, sondern die prinzipielle Politik machen den Wert einer Partei aus und verleihen der USP. das moralische Gewicht in der Politik und das Vertrauen der Massen, weil sie mit Planmäßigkeit unbefleht ihrem Ziele zustrebt. Wir dürfen uns nicht um augenblickliche Erfolge willen von dieser Bahn abbringen lassen.

Wie im November 1918 das politische System zusammenbrach, so geht jetzt das wirtschaftliche seinem Zusammenbruch entgegen. In absehbarer Zeit wird jede Regierung erklären müssen, wir sind am Ende unseres Lateins. Die Reaktion fühlt sich so gezwungen, daß nur die vorzeitigen Schüsse auf Erzberger, die die Arbeiter zusammenführten und ihnen zeigten, welche Macht sie darstellen den Ausbruch eines Rechtsputsches verhindern. Wenn die Mehrheitssozialisten glauben, mit diesen rechten sozialistischen Zielen, vorwiegend zu können, geben sie sich einer großen Täuschung hin. In einer Koalitionsregierung mit Reuten, die auf verschiedenem wirtschaftlichem und politischem Standpunkt stehen, ist ein Ausgleich unmöglich, entweder hat die eine oder die andre Seite das Uebergewicht. Hätten die Sozialisten die Mehrheit, dann ließe sich über diese Frage sprechen, so aber scheitert daran alles.

Wenn die Rechtssozialisten sagen, wir verschaffen den Bürgerlichen die alleinige politische Macht in Deutschland, wenn wir nicht in die Regierung eintreten, so ist das nur zum Teil richtig. Es können keine Änderungen im Interesse der Arbeitererschaft erreicht werden, aber die bestimmende Richtung der Politik wird von jenen Parteien ausgeht. Schon das Vorhandensein einer revolutionären Armee würde jede reaktionäre Politik ausschalten. Aber die rechtssozialistischen Führer, die einst vor einem Zusammengehen mit der Deutschen Volkspartei nicht genug warnen konnten, sehen jetzt in einer sozialistischen Regierung die Gefahr eines Bürgerkrieges. Die Arbeitererschaft denkt aber gar nicht an einen Bürgerkrieg, sie will nur ihre Existenz und ihre Interessen gewahrt wissen. Die Rechtssozialisten sind das Opfer ihrer übergroßen Schläue geworden, wenn sie

Stauben, den Klassenkampf ausschalten zu können und durch die Koalition die Demokratischen zu isolieren. Sie haben sich nach links und rechts als politische Stümper erwiesen. Ihre bisherigen Koalitionspartner wurden geschwächt und das Ministerium Wirth nahezu gestürzt. Es zeigte sich, daß es bei den bürgerlichen Parteien noch größere Schieber gab als bei den Rechtssozialisten. Diese sprengen durch ihr Angebot der finanziellen Kreditbeihilfe die Bilanz der Arbeiterklasse und schwächen die Regierung. Jetzt stellt sich heraus, daß man die Eisenbahnen in Privat- oder gemeinschaftlichen Betrieb überführen will. Dann hätte allerdings der Achtstundentag für die Eisenbahner aufgehört.

Die rechtssozialistischen Arbeiter sehen sich durch die Görtlicher Beschlüsse überrollt und erkennen, daß die Schachzüge ihrer Führer eine schwere Gefahr für sie und eine Zerstückelung der gemeinsamen Front bedeuten. Die Arbeiterklasse kann es nicht verzeihen, in Zeiten der immer mehr erstarrenden Reaktion noch gespalten zu sein. Es handelt sich darum, Mittel zu finden und Ziele festzustellen, die zu erreichen sind. Die Republik ist nur ein Mittel, unser Gesellschaftsideal zu verwirklichen. Von Erhaltung der Republik um jeden Preis kann keine Rede sein. Wir können uns nur für eine Republik einrichten, in der es uns möglich ist, unser Ziel zu erreichen.

Die bisherigen Verhandlungen über die Regierungsumbildung waren nichts anderes als politische Täuschungsmanöver. Sie zu entlarven, sollte unsere Partei ihre Bedingungen. Wir können keine politische Arbeitsgemeinschaft mit Stinnes und Kompanie eingehen, ebenso wenig mit anderen bürgerlichen Parteien! (Stinnesches Sehr richtig!) Unsere Partei müßte aus politischen Gesichtspunkten bestehen, wenn wir nicht hinreichend wüßten, daß man mit bürgerlichen Parteien keine Regierung bilden kann, in der der Einfluß der Arbeiter entscheidend ist. Die Frage der Regierungsbildung mit Rechtssozialisten ist mit Ja zu beantworten, weil wir wissen, daß die rechtssozialistischen Arbeiter es durchaus aufrichtig mit der Arbeiterbewegung und ihren Zielen meinen und weil wir alles tun müssen, um die Einigung der Arbeiterklasse herbeizuführen.

Von großer Bedeutung werden die Entscheidungen der nächsten Zeit sein. Die Existenz des Ministeriums Wirth entscheidet sich mit der Frage der Steuern. Wird den Arbeitern die Masse der Steuern aufgehoben, dann können auch die Rechtssozialisten nicht mehr mitreden, weil ihre Mitglieder es nicht vertragen können. Würden den Reichen die Steuern aufgelegt, dann werden die Demokraten die ersten sein, die die Koalition sprengen. Deshalb wollen sie die Rechtspartei mit in der Regierung haben, um die Annahme je gearteter Steuererhöhungen überhaupt zu verhindern.

Um in Preußen in die Regierung kommen zu können, muß die Mehrheitssozialdemokratie die Volkspartei mit in die Regierung nehmen. Um aber Preußen, dem größten und rechtsmäßigsten sogenannten Freistaat, ein Gegengewicht zu schaffen, muß der Zusammenschluß der Bundesstaaten mit sozialistischen Mehrheiten, Sachsen, Thüringen und Braunschweig, erstrebt werden. Wenn wir die Reaktion bekämpfen wollen, müssen wir den Zusammenschluß der Arbeiter propagieren.

Der Zusammenschluß der Arbeiterklasse von rechts und links auf dem Boden der U.S.P. Politik macht jede Koalition mit bürgerlichen Parteien überflüssig und wird die Arbeiterklasse zum Siege führen. (Langandauernder klärender Beifall.)

In der Diskussion geistigte Genosse Bloch die Behauptungen der rechtsstehenden Presse, die U.S.P. habe eine erhebliche Schwächung vorgenommen. Die Partei hat stets erklärt, daß die Zusammenarbeit mit den Bürgerlichen in der Regierung für eine Partei des entschiedenen Sozialismus unmöglich sei. Die Gegenpartei habe bei den jetzigen Verhandlungen den Beweis erbracht, daß unsere Taktik richtig ist. Man will keine Verbreiterung des Einflusses der Arbeiterklasse und scheut den Eintritt der U.S.P., weil man sich sagt, daß die Durchführung selbst des Minimalprogramms in viel schärferer Weise fordern würden als die Rechtssozialisten. Der Redner schilbert dann eingehend, wie man die Delegierten, die mit ganz andern Absichten nach Görlitz gekommen waren, für ein Zusammengehen mit der Volkspartei einfließen, indem man ihnen vorlag, namhafte Führer der U.S.P. hätten das Zusammengehen der Rechtssozialisten mit der Volkspartei für notwendig. Er konstatiert, daß auch nicht ein einziger Genosse genannt werden kann, der sich so geäußert habe. Die Unselbständigkeit der Delegierten sei ein klägliches Zeugnis für die politische Bildung der rechtssozialistischen Anhänger. So etwas sei vor dem Kriege unmöglich gewesen. Der Austritt der U.S.P. habe den geistlichen Habitus der Partei außerordentlich herabgedrückt.

Genosse Bloch wendet sich dann gegen Segers Ansicht über den Wert der republikanischen Staatsform. Selbst die kapitalistische Republik ist ein Fortschritt gegen die deutsche Monarchie. Diese Klasse des Fortschritts dürfen wir uns nicht wieder entziehen lassen. In Krisenzeiten der Republik kann es zu Notzuständen kommen, wo wir gezwungen sein können, unsere grundsätzlichen Erkenntnisse, nicht mit bürgerlichen Parteien zusammenzuarbeiten, zurückzustellen, um schwere Bedrohungen von der Arbeiterklasse abzuwehren. Das wird aber immer nur ein Ausnahmefall sein. Genosse Bloch weist auf Deutschland hin, wo unsere Genossen nur die Wahl hatten, die Macht den Bürgerlichen zu überlassen oder mit ihnen zusammenzuarbeiten, und wo sie es verstanden haben, eine proletarische Armee zu schaffen, die heute noch, da unsere Genossen aus der Regierung ausgeschieden sind, die Grundlage ihrer Macht bildet. Solche Ausnahmestände werden uns aber immer gerettet finden müssen, damit wir uns von ihnen nicht feilschen lassen.

Genosse Fleißner verliest den Brief der Zentrale, aus dem sich ergibt, daß sie es abgelehnt hat, auf das taktische Wandern der Rechtssozialisten einzugehen.

Genosse Glöckler: Im kommenden Winter wird die Entscheidung über die Schulpolitik fallen. Die Rechtssozialisten scheinen erneut einen Verrat gegen die Schule begehen zu wollen. Wir werden ihnen nichts schenken, wenn sie das versuchen sollten. (Beifall.)

Genosse Segner führt im Schlußwort aus, daß die Rechtssozialisten in Görlitz ebenso wie 1911 die Einheit der Arbeiterklasse zerstückeln haben. Nicht durch Resolutionen, sondern nur durch lebendigen revolutionären Kampf kann die Arbeiterklasse zusammenkommen. Da ist es notwendig, ihre Nazumachen, welche Verkünder durch den Görtlicher Beschluß an ihr befangen worden ist. Der von der U.S.P. eingebrachte Beschlusstext zur Sicherung der Republik wird im Prinzipien für die Gewinnung der Bürgerlichen und der Rechtssozialisten sein. Neue werden geschlossen dagegen können, und es ist noch sehr möglich, daß diese dafür eintreten werden. Die Rechtssozialisten haben den Beschlusstext nicht mit unterzogen, weil sie angeblich immer noch keine Zeit fanden, sich mit ihm zu beschäftigen. Wenn die rechtssozialistischen Arbeiter diese Dinge konzentriert, würden sie wahrscheinlich eine

andere Stellung zu ihren Führern einnehmen. Genosse Segner schließt unter anderem Beifall mit den Worten, daß selbst vom Standpunkt der reinen Zweckmäßigkeit die rechtssozialistische Politik verfehlt ist und wir es ablehnen müssen, uns zu ihren Helfern und Mitschuldigen zu machen.

Hierauf wird die nachstehende Resolution einstimmig angenommen und nach einigen internen Mitteilungen die Versammlung geschlossen.

Resolution:

Die versammelten Mitglieder der U.S.P. Leipzigs billigen die Schritte, die Zentralkomitee und Reichstagsfraktion der U.S.P. in der Frage der Regierungsbildung getan haben, insbesondere deshalb, weil damit erneut die Möglichkeit der Auffassung der U.S.P. festgelegt wurde, daß eine Koalition zwischen sozialistischen und nichtsozialistischen Parteien nur dann möglich ist, wenn die sozialistischen Parteien auf die Durchsetzung sozialistischer Forderungen verzichten.

Die Versammelten bekunden ihre Auffassung dahin, daß alles getan werden muß, diese Erkenntnis zum Allgemeinort aller Hand- und Karpfänger zu machen, das Klassen- und Selbstbewußtsein der Arbeiterklasse zu stärken, die Einigkeit des Proletariats zu fördern und so die Voraussetzungen zu schaffen zur Überwindung der Regierungsgewalt in Reich, Staat und Gemeinde durch die Arbeiterklasse.

Sollte im Laufe der Zeit erneut die Frage des Eintritts der U.S.P. in eine Regierung mit nichtsozialistischen Parteien aufkommen, dann muß die letzte Entscheidung darüber einem Parteitag sein, den Parteigenossen selbst vorbehalten bleibt.

Gewerkschaftsbewegung. Ein Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung.

Versicherung statt Unterstützung.

Schon seit geraumer Zeit sind Kräfte am Werke, die Arbeitslosen unter Erhaltung in eine Erwerbslosenversicherung umzuwandeln. Der Zweck ist, einen möglichst großen Teil der aufzuwendenden Gelder von den Arbeitern selbst einzuziehen. Gegenüber dem Arbeitereinkommen verfährt man bekanntlich nicht so zimperlich, wie bei der Frage der Besteuerung.

Im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht ein Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium den Entwurf eines Gesetzes, der die Frage der Erwerbslosenversicherung umschließt. Nach diesem Entwurf sollen die Arbeiter, die Unternehmer, das Reich, die Länder und die Gemeinden die Mittel aufbringen. Es ist also die Fortführung des Gedankens, der erstmalig bei der Krankenversicherung, dann in weiterem Ausbau bei der Invalidenversicherung in gesetzgeberischer Form gefaßt wurde. Jetzt sollen als Schenkende noch die Länder und Gemeinden hinzukommen.

Vor dem Auskommen der Sozialversicherung hatten die Arbeiter das Risiko nicht nur bei Fällen von Arbeitslosigkeit, sondern auch in Krankheits-, Unfall- und Invaliditätsfällen durchweg allein zu tragen. Bei der Arbeitslosenversicherung, deren gesetzliche Regelung die Arbeiterklasse jahrzehntlang gefordert hat, die aber von den bürgerlichen Parteien stets abgelehnt wurde, ist dann nach Beendigung des Krieges umgekehrt verfahren worden, indem man alle Kosten auf das Reich und die Gemeinden übernahm. Dagegen hat die Unternehmerschaft von Anfang an Sturm gelaufen. Jetzt soll in Anlehnung an die Krankenversicherungsordnung auch die Erwerbslosenfürsorge in Form einer Versicherung geregelt werden. Praktisch läuft diese Regelung auf eine Behinderung der Arbeiterklasse hinaus. Die Unternehmer sind in der Lage, die Beiträge für die Sozialversicherung auf die Verbraucher abzuwälzen. Das hat ihnen schon vor mehr als einem Jahrzehnt der ehemalige Staatssekretär Graf v. Helldorf-Weinzierl vorgezeichnet. Die Arbeiter aber erleiden dadurch eine neue Lohnkürzung.

Nach dem Entwurf sollen Arbeiter und Unternehmer je ein Drittel des Bedarfs und das Reich, die Länder und die Gemeinden das letzte Drittel aufbringen, und die Beiträge nach Gefahrenklassen geteilt werden. Der Kreis der Versicherten wird ähnlich abgegrenzt wie bei der Krankenversicherung. Die reaktionäre Tendenz des Gesetzes kommt besonders darin zum Ausdruck, daß alle in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten, sowie Hausangestellte und im Wandergewerbe Tätigen usw. versicherungsfrei sein sollen. Damit soll jedenfalls erreicht werden, daß die Landarbeiter noch mehr als bisher auf Gehalt und Verberd im Agrarieren ausgeliefert sind.

Der Entwurf sieht, ähnlich wie bei der Krankenversicherung, eine Höchstunterstützungsdauer vor. 26 Wochen innerhalb 24 Monaten. Erwerbslose, die während der letzten zwei Jahre 26 Wochen hindurch Unterstützung erhalten haben, sollen erst ab dem 26. Wochen Beiträge zahlen müssen, ehe sie auf neue Unterstützung erhalten können. Das bedeutet eine große Härte gerade gegen die bedürftigsten Erwerbslosen, die unbedingt befristet werden muß. Im übrigen sind drei Unterstützungsformen gebildet: die Arbeitslosenunterstützung als Höchstbetrag, eine Arbeitslosen-Krankenunterstützung und eine Kurzarbeiterunterstützung. Die Unterstützungssumme soll 2/3 des Arbeitslohnes nicht übersteigen und erst nach einer siebenwöchigen Wartezeit in jedem Arbeitslosigkeitsfalle gezahlt werden. Während der Arbeitslosigkeit erfolgt die Krankenversicherung durch die Gemeinden. Im Falle der Erkrankung Arbeitsloser tritt an die Stelle der Arbeitslosenunterstützung die Arbeitslosen-Krankenunterstützung. Kurzarbeiterunterstützung soll gewährt werden, wenn bei Arbeits- und Lohnkürzungen die Hälfte des Wochenarbeitsverdienstes den Unterstützungsbetrag bei völliger Arbeitslosigkeit nicht erreicht. Kurzarbeiterunterstützung und Arbeitsverdienst sollen den Gesamtverdienst bei voller Arbeitszeit nicht übersteigen. Die Höhe der Unterstützungssätze soll vom Reichsarbeitsminister im Einverständnis mit einem 25gliedrigen Reichstagsausschuß festgesetzt werden. Vorher soll der Reichsrat gehört werden.

Es handelt sich bei dem vorliegenden Gesetzentwurf lediglich um die vorbereitende Arbeit eines Referenten, die dem Arbeitsminister zur Genehmigung vorzulegen ist, bevor sie das Reichskabinett passiert und sodann an die gesetzgebenden Körperschaften gelangt. Wenn freilich Herr Stresemann in das Reichskabinett eintritt, dann dürfte der Gesetzentwurf dort noch schlechter gestaltet werden als er an sich schon ist. Der Entwurf wird von den Vertretern der Arbeiterklasse einer gründlichen Kontrolle unterzogen werden müssen, ehe er die Parlamente verläßt und Rechtskraft erlangt.

Die 56-Stundenwoche in den Leunawerken.

Wir berichteten am Freitag, daß die Leitung des Leunawerkes durch Anschlag verkündet hat, daß vom 10. Oktober ab wöchentlich wieder 56 Stunden gearbeitet werden müßten.

Dazu wird von U n t e r n e h m e r Seite eine Darstellung verbreitet, in der es heißt, daß der Reichstagsbescheid für die chemische Industrie für Schichtarbeiter die 56-Stundenwoche vorsehe. Das müßte geltehen, weil der Betrieb ununterbrochen aufrechterhalten bleiben müßte. Am Achtstundentag würde damit nichts geändert. Die Ueberbreitung der 48-Stundenwoche geltehe, weil auch Sonntags gearbeitet werden müßte. Selbst die Reichsregierung erkenne die Notwendigkeit dazu an, der Entwurf des Gesetzes zur Regelung der Arbeitszeit bewiese dies.

Diese Darstellung ändert nichts an der Tatsache, daß der Achtstundentag resp. die 48-Stundenwoche in der chemischen Industrie durchbrochen wird. Keine Wortverdrehung kann dies aus der Welt schaffen. Wir wiederholen, was wir bereits bei der Besprechung des Gesetzentwurfs zur Regelung der Arbeitszeit gesagt haben: Der Achtstundentag darf unter keinen Umständen durchbrochen werden. Ist Sonntagsarbeit notwendig, dann ist durch Einführung einer weiteren Schicht für Abhilfe zu sorgen. Längere Arbeitszeit beeinträchtigt die Sorgfalt der Arbeiter. Diese ist aber gerade in der chemischen Industrie notwendiger als sonstwo.

Die Leitung des Leunawerkes begründet die Wiedereinführung der 56-Stundenwoche mit Arbeitermangel. Das ist überaus trübend. Besteht beträchtlich Arbeitermangel auf den Leunawerken, so höchstens wegen der Einwirkung der Oppauer Katastrophe und wegen der Gefahren, die den Arbeitern in dem Betrieb der Leunawerke drohen. Es wäre also höchstens die Angst, das Schicksal der Unglücklichen in Oppau teilen zu müssen. Bestünde diese Angst, bestünde diese Gefahren nicht, so könnten die Leunawerke bei der gegenwärtigen Lage des Arbeitsmarktes Tausende, ja Zehntausende Arbeitskräfte bekommen. Sind dies aber die Ursachen, so darf angesichts der Gefährlichkeit des Betriebs durch eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 56 Stunden und durch die damit verbundene größere Arbeitsleistung die Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der verbleibenden Arbeiter nicht noch mehr als ohnehin gefährdet werden. Wir verlangen deshalb, daß das Arbeitsministerium sofort das Erforderliche veranlaßt, um die Verlängerung der Arbeitszeit in den Leunawerken zu verhindern. Oder ist vielleicht auch der Arbeitsminister Braun der Ansicht des Beamten der Höfster Fabrik, der nach Bekanntwerden des Oppauer Unglücks meinte: Was ist denn eigentlich passiert. Es sind ja nur ein paar Proletarier in die Luft geflogen!

Streit der Leipziger Parteiführer.

Die in den Leipziger Parteiführerhöchstinstanzigen Parteiführer haben am 6. Oktober die Arbeit niedergelegt, da die Arbeitgeber die geforderten Lohnforderungen abgelehnt haben. Wir erlauben besonders die Äußerung, uns in unserem Kampfe zu unterstützen und keine Lagerarbeit, die etwa unterlassen werden sollte, zu verüben. Die Branchenleitung der Parteiführer.

Der Dreodner Metallarbeiterstreik vor dem Ende?

Nach einer Meldung aus Dresden sind in der Nacht zum Sonntag nach langwierigen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Dreodner Metallindustriellen und der streikenden Arbeiter Vereinbarungen getroffen worden, auf Grund deren der Streik, bezw. die Ausspernung beendet werden soll. Die Vereinbarungen gehen angeblich dahin, daß die Lohnverhältnisse in der Metallindustrie nicht nur für den November, sondern gleich für Dezember geregelt werden. Die Streikleitung habe sich am Sonntag mit den Vereinbarungen näher befaßt und zugleich den Streikbeschluss aufgehoben. Am Montag würden die Betriebsräte zu der Aufhebung Beschlusses fassen, und der Verband der Metallindustriellen wird am Montag zu der Frage Stellung nehmen.

Aus der Buchdruckerbewegung.

In U n n a sind 716 Buchdruckergehilfen in den Streik getreten, weil die Unternehmer sich weinerten, die über den Tarif hinausgehenden Lohnforderungen anzuerkennen. Der Buchdruckerstreik in Darmstadt ist nach achtstägiger Dauer beendet worden. Die Arbeit wurde am Montag früh wieder aufgenommen.

Aus der Bankangestelltenbewegung.

Wie der Alldeutsche Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat der Reichsverband der Bankleitungen die Forderung der Arbeitnehmerverbände, in Anbetracht der steigenden Teuerung eine Wirtschafstaxt bei den Angestellten zu gewähren, abgelehnt und stattdessen vorgeschlagen, im Reichsarbeitsministerium über Teuerungsausgleich zu verhandeln. Außerdem will er die Ueberkündung von 1000 Angestellten mit Wirkung vom 1. Oktober ab erzwingen. Die Arbeitnehmerverbände traten am Sonntag zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, um zu dem Angebot der Bankleitungen Stellung zu nehmen und ihrerseits sich über die Schritte schlüssig zu werden, die in Anbetracht der veränderten Situation zu ergreifen sind.

Vorschläge auf den Achtstundentag auch in Polen.

Das Unternehmertum der ganzen Welt rennt gegen den Achtstundentag an. Das zeigt u. a. folgende Meldung: Warschau, 7. Oktober. (D.N.) Der neue polnische Finanzminister Michalski findet bei der inständenden polnischen Presse heftige Ablehnung. Der sozialistische Robotnik greift ihn insbesondere wegen seines Vorhabens, den achtstündigen Arbeitstag aufzuheben, in scharfster Weise an. Demgegenüber erklärt der Przeglad Weczonny, der neue Finanzminister müßte rücksichtslos und unangenehm sein, da die Faulheit, die dem Durchsichtspolen von Natur angeboren sei, ihn zu jeglicher Intelligenz unfähig mache. Darum müßte auch der achtstündige Arbeitstag abgeschafft werden, der für Polen ganz ungeeignet sei und im Resultat nicht so viel ergäbe, wie sechs Stunden Arbeit in Deutschland, Frankreich oder England.

Verammlungskalender.

Montag, den 10. Oktober:
Metallarbeiter, Betriebsräte usw. Osten, Grüne Aue 7 Uhr.
Metallarbeiter, Betriebsräte usw. Norden, Restaur. Nidau 5 Uhr.
Bauarbeiter, Volkshaus 1/8 Uhr.

Dienstag, den 11. Oktober.
U.S.P. Böhmig, Gasthof zum Stern 8 Uhr.
Frauen und Mädchen, Weltendallen 7 Uhr.
Gesamtmallarbeiter, Betriebsräte usw., Volkshaus 1/7 Uhr.
Metallarbeiter, Betriebsräte usw., Weiten, 2 Linden 7 Uhr.
Metallarbeiter, Betriebsräte usw., U. Ger. III, Volkshaus 1/7 Uhr.
Fabrikarbeiter, Funktionäre, Volkshaus 1/7 Uhr.
Dezentl. Präsidenten-Versammlung, Bergdöll Stötterib 1/8 Uhr.
Mitarbeiterverein Markranstädt, Gute Quelle.
Tagesordnungen usw. in vorausgegangenen Inseraten ersichtlich.

In unserem Verlage erscheint:
Von der Demokratie zur Staats-Sklaverei
Eine Auseinandersetzung mit Trotski
von
Karl Kautsky
Preis M. 12.00
Alle Austräger und Billigen der Volkszeitung nehmen Bestellungen entgegen
Leipziger Buchdruckerei A.-G.
Abteilung Buchhandlung
Tauscher Straße 19/21.


Guch wir
sollen beim Friseur das Haar jedesmal mit
„Madaform-Haarpflege“
waschen. Das tut wohl!
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Direkt zur an Wiederverkäufer durch die Hersteller:
Hellbronner & Co., Hellbronn a. N.

Von der Weihnachtsgabe der Buchdruckerei A.G.
für die Arbeiterschaft, ein
Künstlerischer Wandspruch:
Bekenntnis zum Sozialismus
von **Leopold Jakoby**
gezeichnet von Gerhart Seger
sind noch Exemplare in unserer Buchhandlung,
Tauscher Str. 19/21 und in sämtlichen Filialen
für Mk. 1.— zu haben.
**Der Wandspruch darf in keiner
Arbeiter-Wohnung fehlen!**

Zigaretten
Hilfenlagert, versteuert zu
10 u. 15 Pfg.
Zigaretten-Spezialhaus
Leipzig, Blücherstr. 11

Reparaturen
an Uhren jed. Art
nur streng solide
Ausführung u.
unt. Garant. bei
Gustav Karant
Hilfsmann, Tauscher Str. 6.